

Berichte und Jahresabschluss 2010

Berichte und Jahresabschluss 2010

Lagebericht der Bremer Landesbank	3
1. Geschäft und Rahmenbedingungen	3
2. Ertragslage	8
3. Finanz- und Vermögenslage	14
4. Nachtragsbericht	26
5. Prognosebericht	26
6. Chancen- und Risikobericht	30
Bericht des Aufsichtsrates	68
Bericht der Trägerversammlung	69
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010	70
Gewinn- und Verlustrechnung	73
Anhang	74
Bilanz – Aktiva	83
Entwicklung des Anlagevermögens	85
Bilanz – Passiva	87
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	109
Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	110
Erläuterung der Bremer Landesbank zum Corporate Governance Kodex	111
Impressum	115

Lagebericht der Bremer Landesbank

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Lage und Finanzmärkte

Die seit dem zweiten Quartal 2009 andauernde Konjunkturerholung setzte sich 2010 weltweit fort. Das Wirtschaftswachstum erreichte trotz andauernder Finanzkrise global laut Internationalem Währungsfonds 4,8%. Der Welthandel legte um 11,5% zu.

Das Wachstum war ungleich verteilt. Während Industrienationen einen durchschnittlichen Anstieg der Wirtschaftsleistung um 2,2% verzeichneten, war das Wachstum in den Schwellenländern mit 7,1% deutlich ausgeprägter.

Insbesondere China nahm eine führende Rolle als Impulsgeber ein. Trotz diverser restriktiver Zentralbankmaßnahmen reüssierte China mit einem Wachstum von 10,3% im Jahr 2010. Auch Indien überzeugte mit knapp 9% Wachstum im asiatischen Raum. In Südamerika nahm Brasilien mit circa 8% Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) einen Spitzenplatz ein.

Deutschland setzte mit einer Expansion der Wirtschaftsleistung in Höhe von 3,6% positive Akzente in Europa. Die Vereinigten Staaten lieferten ein durchwachsenes Bild mit einem BIP-Anstieg um 2,5%, der von einer Staatsneuverschuldung oberhalb von 10% des BIP und extrem lockerer Zins- und Geldpolitik der Federal Reserve getragen ist. Strukturreformen nach Muster der Eurozone blieben in den USA unverändert aus.

Im Verlauf des Jahres 2010 dominierte die Staatsdefizitdebatte in Griechenland, Irland, Spanien und Portugal als Facette der unverändert andauernden globalen Finanzkrise. Als Folge aggressiver Spekulationen gegen die Defizitländer der Euro-Zone sahen sich die politischen Vertreter der Euro-Zone und des IWF im Mai 2010 genötigt, einen Schutzschirm mit einem Volumen von 750 Mrd. € aufzuspannen (EFSF). Seinerzeit hat sich die EZB entschlossen, Staatsanleihen der Defizitländer aufzukaufen, um damit sachlich nicht angemessene spekulative Bewertungen mit negativen systemischen Konsequenzen zu verhindern. Aktuell liegt das Ankaufvolumen bei 76,5 Mrd. €. Die EZB neutralisiert die durch den Ankauf erfolgten Liquiditätseffekte (Sterilisation).

Die in Angriff genommenen Reformen in den europäischen Defizitländern waren markant und übertrafen bereits 2010 die unterstellten Ziele. So konnte Griechenland seine Neuverschuldung gegenüber 2009 um 36,5% reduzieren. Portugal unterschritt das gesteckte Defizitziel bei 7,3% des BIP. Auch Spanien übertraf laut IWF die gemeinschaftlich definierten Ziele.

Die Folgen der europäischen Defizitkrise waren weitgehend auf die jeweiligen Länder beschränkt. In der Tendenz nahm global die Risikoaversion vor dem Hintergrund der positiv überraschenden Weltkonjunktur ab. Unter Schwankungen legten Aktienmärkte in den Industrienationen zu. Rohstoffpreise stiegen zum Teil deutlich an. Mit anziehendem Preisniveau kam es im zweiten Halbjahr 2010 zu merklichen Renditeanstiegen an den Kapitalmärkten. Zentralbanken der großen Industrienationen USA, Euro-Zone und Japan veränderten ihre Leitzinsen im Rahmen der Niedrigzinspolitik jedoch nicht.

Die deutsche Wirtschaft setzte nach einem zögerlichen Start - bedingt durch den harten Winter zu Beginn des Jahres 2010 – zu einer fulminanten Konjunkturerholung an. Der hohe Anteil des produzierenden und verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtwirtschaft wirkte sich im Vergleich zu anderen Industrienationen als ein treibender Katalysator aus. Exporte zogen 2010 um 14,2% an. Die Investitionstätigkeit nahm in Deutschland um 9,4% zu. Bauausgaben wuchsen um 2,8%. Aber auch der private Konsum legte für Experten überraschend als Folge einer deutlich verbesserten Arbeitsmarktsituation um 0,5% zu. Im Jahr 2010 sank die Arbeitslosigkeit von 8,1% auf 7,5% und markierte damit den niedrigsten Stand seit 1992. Die auslaufenden Konjunkturprogramme wirkten sich 2010 nicht belastend auf die Gesamtwirtschaft aus.

Ende 2010 erreichte der deutsche IFO-Geschäftsklimaindex, ein Frühindikator der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, einen historischen Höchstwert bei 109,8 Punkten. Damit war der Jahresausklang 2010 von einer weiter positiven konjunkturellen Tendenz gekennzeichnet.

Region

Die Handelskammer Bremen und die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven ziehen für 2010 eine positive Bilanz. Der Aufschwung gewann an Tiefe und Breite. Im Vergleich zu anderen Bundesländern ergab sich jedoch im Bereich der Beschäftigung keine nennenswerte Veränderung.

Im Verlauf des Jahres stellte sich durchgängig ein verbesserter Geschäftsausblick bei den Unternehmen ein. Knapp jedes zweite Unternehmen sah günstigeren Geschäften entgegen. Der Dienstleistungssektor, darunter Bereiche wie die Verkehrs- und Logistikwirtschaft sowie das Kreditgewerbe, zeigte sich neben dem Exportsektor besonders positiv. Zuversicht dominierte in der Industrie. In dem Zeitraum von Januar bis November 2010 nahm der Auftragseingang im Jahresvergleich um 24,1% zu. In den Sektoren Einzelhandel und Baugewerbe ist die Bewertung dagegen verhaltener. Im Baugewerbe belasten die auslaufenden Konjunkturprogramme. Der Tourismussektor präsentierte sich 2010 in gefestigter konjunktureller Verfassung.

Der Aufschwung im Oldenburger Land hat im Jahr 2010 an Tiefe und an Breite gewonnen. Der IHK-Klimaindex, der die Stimmung sowohl der gegenwärtigen als auch der zukünftigen Lage misst, legte im 4. Quartal 2010 von zuvor 124,4 auf 136,3 Punkte zu und erreichte damit einen neuen historischen Höchstwert. Sowohl die Industrie, die Baubranche, das Verkehrs- und Dienstleistungsgewerbe als auch der Handel sind mit der aktuellen Lage sehr zufrieden. Insbesondere das Weihnachtsgeschäft 2010 setzte im Handel sehr positive Akzente. Der Umsatz im Ernährungsgewerbe, dem stärksten Industriezweig im Oldenburger Land, ist im ersten Halbjahr 2010 gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich gestiegen. Das Umsatzvolumen nahm um 9,3% auf 3,7 Mrd. € zu.

Die Wirtschaft in Ostfriesland und Papenburg hat ein gutes Jahr hinter sich. Der Konjunkturklimaindikator, der die Lage und die Erwartungen der Betriebe abbildet, erreichte 124 von 200 möglichen Punkten und hat den zweithöchsten Wert innerhalb der letzten zehn Jahre erreicht. Auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise vor zwei Jahren lag der Indikator bei nur 69 Zählern. Weiterhin stabil ist die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Mehr als ein Drittel rechnet mit zunehmenden, nur ein Zehntel hingegen mit geringeren Investitionen. Die Erwartungen der Betriebe wirken sich positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Der Anteil der Betriebe, der für dieses Jahr von einer steigenden Beschäftigtenzahl ausgeht, ist zum Jahresende gestiegen.

Bremer Landesbank

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt und mündelsicher. Die Bremer Landesbank ist mit Niederlassungen an den beiden Oberzentren der Metropolregion Nordwest vertreten, in Oldenburg mit rd. 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, in Bremen mit über 700. Die Nordwest-Region ist ihr staatsvertraglich anerkanntes Geschäftsgebiet.

Als ein wichtiges Unternehmen der NORD/LB-Gruppe wird sie in deren Konzernabschluss einbezogen und voll konsolidiert. Gleichzeitig erstellt die Bremer Landesbank einen eigenen Teilkonzernabschluss nach den Vorschriften der internationalen Rechnungslegung.

Nach der Entscheidung der Europäischen Kommission zum Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung im Jahr 2001 hat sich die Bremer Landesbank ein fokussiertes Geschäftsmodell gegeben, das zügig umgesetzt wurde und stetig weiterentwickelt wird. Sie ist damit zukunftsfähig aufgestellt und in der Lage, schnell und flexibel auch auf heterogene Entwicklungen des regionalen Marktes und der überregionalen Spezialsegmente zu reagieren.

Die Rating-Agenturen bewerten das Geschäftsmodell der Bremer Landesbank als regionale Geschäftsbank mit guter Ertragskraft und angemessener Kapitalausstattung positiv (Moody's Financial Strength: C; FITCH Individual-Rating: C). Die Langfristratings (FITCH: A; Moody's: Aa2) ermöglichen der Bremer Landesbank den Zugang zu den nationalen und internationalen Kapitalmärkten.

Im Berichtsjahr stand die konsequente Verfolgung des Geschäftsmodells als regionale Geschäftsbank mit überregionalem Spezialgeschäft bei Wahrung der Funktion als Landesbank und Sparkassenzentralbank erneut im Vordergrund.

Die Fortführung des kundengetriebenen Wachstums der Erlöse sowie ein stringentes Kosten- und ein konsequentes Risikomanagement ermöglichen es der Bremer Landesbank nachhaltig, ihre Kapitalbasis zu stärken.

Kapitalmarkt- und Entscheidungskompetenzen vor Ort heben die Bremer Landesbank im regionalen Wettbewerb hervor. Die Erfolge als regionale Geschäftsbank und als Landesbank im öffentlich-rechtlichen Sektor bestätigen die strategische Ausrichtung und ihre erfolgreiche Positionierung.

Gesamtbanksteuerung

Die Gesamtbanksteuerung der Bremer Landesbank ist wert- und risikoorientiert ausgerichtet, neben der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen werden den Entscheidungsträgern wesentliche steuerungsrelevante Informationen bereitgestellt. Zentrales Steuerungsinstrument der Bank ist die nach Geschäftsfeldern und Kostenstellen strukturierte Deckungsbeitragsrechnung. Die Wert- und Risikoorientierung zeigt sich im Ansatz der Eigenkapitalkosten und des Expected Loss.

Zentrale Größe für die interne Steuerung der Geschäftsfelder ist der Wertbeitrag, den jedes Geschäftsfeld zum Unternehmenserfolg beiträgt. Als Wertbeitrag ist das Ergebnis eines Geschäftsbereiches unter Berücksichtigung des Expected Loss und der Kosten für das eingesetzte Kapital festgelegt. Hierdurch wird die Wertschaffung jedes einzelnen Geschäftsfeldes aufgezeigt.

Darüber hinaus werden die Geschäftsfelder über folgende Kennzahlen gesteuert:

$$\text{RaRoC} = \frac{\text{Wertbeitrag}}{\text{Gebundenes Kernkapital}}$$

$$\text{Cost-Income-Ratio} = \frac{\text{Verwaltungsaufwendungen}}{\text{Operative Erträge}}$$

Die Verwaltungsaufwendungen umfassen neben den Personal- und Sachaufwendungen auch die AfA auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte. Die operativen Erträge umfassen unter anderem Zins- und Dienstleistungserträge sowie Nettoergebnisse des Handelsbestandes.

Maßgebliche Größen der Rentabilitätssteuerung auf Gesamtbankebene sind die Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity = RoE) und die Cost-Income-Ratio (CIR). Der RoE ist wie folgt definiert:

$$\text{RoE} = \frac{\text{Betriebsergebnis nach Risikovorsorge und Bewertung}}{\text{Gebundenes Kernkapital}}$$

Das gebundene Kernkapital wird definiert als 7% der risikogewichteten Aktiva.

Die Gesamtbanksteuerung wird damit zur Verbindung folgender Steuerungskreisläufe:

- Interne betriebswirtschaftliche Größen wie zum Beispiel die empfängerorientierte Gestaltung des Deckungsbeitragschemas
- Handelsrechtliche Größen wie zum Beispiel der laufende Abgleich zwischen Deckungsbeitragsrechnung und GuV
- Aufsichtsrechtliche Größen wie zum Beispiel der konsequente Ausweis der „risk weighted assets“

Ausgangspunkt des Steuerungskreislaufs in der Bremer Landesbank ist der Strategie-Review durch den Vorstand und die zweite Führungsebene im Frühjahr. Neben der Überprüfung der strategischen Ausrichtung der Bank werden im Rahmen eines Strategieworkshops künftige Handlungsfelder für die Gesamtbank und die Geschäftsfelder herausgestellt. (Im Rahmen des Beteiligungscontrollings sind zudem die Tochtergesellschaften in den Planungs- und Steuerungsprozess des Konzerns einbezogen.)

Aus den Ergebnissen des Strategieworkshops leiten sich die Top-down-Vorgaben für die Geschäftsfelder auf Basis der dargestellten Steuerungsgrößen ab. Der sich anschließende Prozess der mittelfristigen Planung mit einem Fünfjahreshorizont findet seinen Abschluss in der Planungsklausur im Herbst. Erlösziele und Budgetvorgaben sind wesentliche Eingangsgrößen für den bankweiten Zielvereinbarungsprozess.

Dieser in sich geschlossene und etablierte Prozess der Unternehmenssteuerung, dessen integraler Bestandteil das Management von Chancen und Risiken inklusive des Monitorings von Zielerreichungsgraden ist, wird fortlaufend konzeptionell weiterentwickelt, das eingesetzte Instrumentarium kontinuierlich verfeinert.

Geschäftsentwicklung

Die operativen Erträge der Bremer Landesbank haben sich im vergangenen Jahr insgesamt erneut erfreulich entwickelt. Das Zinsergebnis als wichtigste Ertragsquelle stieg kundengetrieben erneut kräftig an. Das Provisionsergebnis hat sich von dem konjunkturbedingten Rückgang im Vorjahr erholt und zeigt ansteigende Tendenz. Das Nettoergebnis des Handelsbestandes fiel zwar etwas geringer aus als im Vorjahr. Dieses ist wegen der Umsetzung der Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) jedoch nicht vergleichbar.

Die Bremer Landesbank festigte im vergangenen Jahr weiter ihre Position als bedeutender Kreditgeber der Region und führende Bank im Nordwesten. Die negativen Auswirkungen der Finanzmarktkrise wirkten sich erfreulicherweise nicht so stark wie erwartet auf die Risikovorsorge der Bank aus. Das konsequente Risikomanagement der Bremer Landesbank hat sich in diesem Zusammenhang bewährt. Wertkorrekturen auf den Eigenbestand an Wertpapieren waren im vergangenen Jahr nicht erforderlich.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sind im Jahr 2010 wie erwartet angestiegen. Während sich die Aufwendungen für Löhne und Gehälter aufgrund des erweiterten Personalbestandes erhöhten, kam es hauptsächlich durch den Anstieg der Aufwendungen für Informationstechnologie und das Projekt zur Migration auf die Systeme der Finanz Informatik zu der erwarteten Erhöhung der anderen Verwaltungsaufwendungen.

Die Intensivierung der Zusammenarbeit im Verbund ist ein weiteres strategisches Ziel der Bremer Landesbank. Basierend auf den vertraglichen Regelungen der Verbundvereinbarung von 2006 hat die Umsetzung eines ganzheitlichen Betreuungskonzeptes für die 14 verbundenen Sparkassen des Geschäftsgebietes wesentlich zur Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit beigetragen.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2010 erlaubt es der Bremer Landesbank, sowohl die haftenden Eigenmittel deutlich zu stärken als auch eine angemessene Ausschüttung an die Träger vorzusehen. Eine Inanspruchnahme staatlich angebotener Unterstützungsleistungen ist für die Bremer Landesbank weiterhin nicht notwendig.

Im Folgenden wird über die geschäftliche Entwicklung der Bremer Landesbank im Jahr 2010 berichtet.

2. Ertragslage

Die Ertragslage der Bank hat sich im Jahr 2010 insgesamt erneut erfreulich entwickelt.

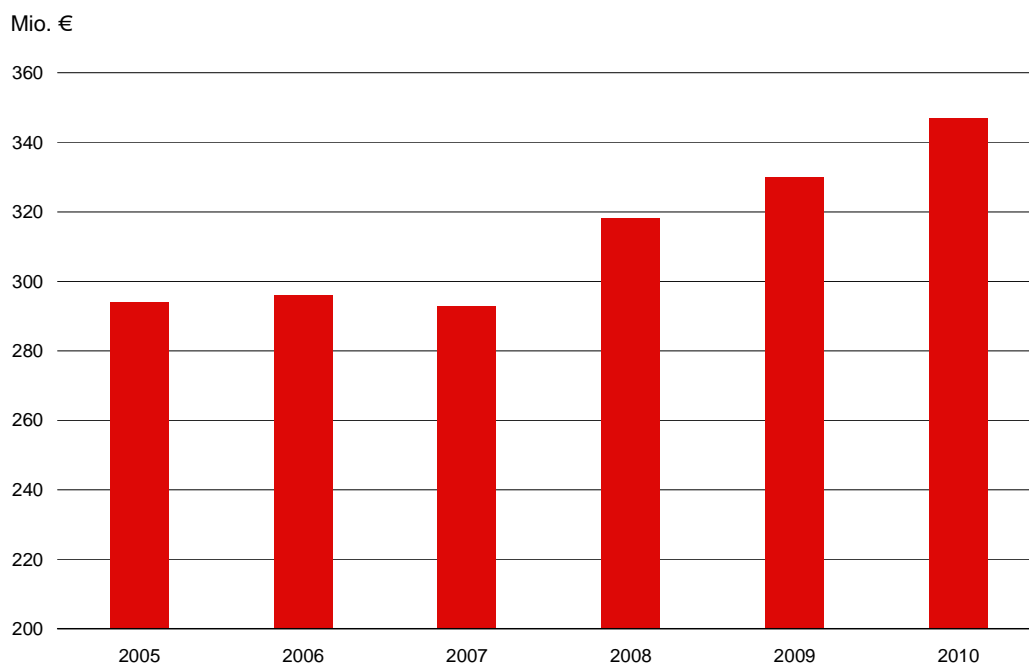
Zinsergebnis

Unter Zinsergebnis versteht die Bank den Saldo aus Zinserträgen und -aufwendungen inklusive der laufenden Erträge aus Wertpapieren des Nichthandelsbestandes, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen.

Das Zinsergebnis stieg um 5,2% von 330,2 Mio. € auf 347,2 Mio. €. Der erwartete Rückgang blieb aufgrund der erfreulich raschen konjunkturellen Erholung der heimischen Wirtschaft aus. Wesentliche Treiber im kundenorientierten Geschäft waren erneut das Segment Spezialfinanzierungen, aber auch die Geschäfte mit der regionalen Firmenkundschaft. Die Belastungen des Zinsergebnisses aus der gezielten Liquiditätsbevorratung konnten signifikant reduziert werden.

In den kommenden Jahren wird von einer Stabilisierung des Zinsergebnisses auf hohem Niveau ausgegangen.

Zinsergebnis



Provisionsergebnis

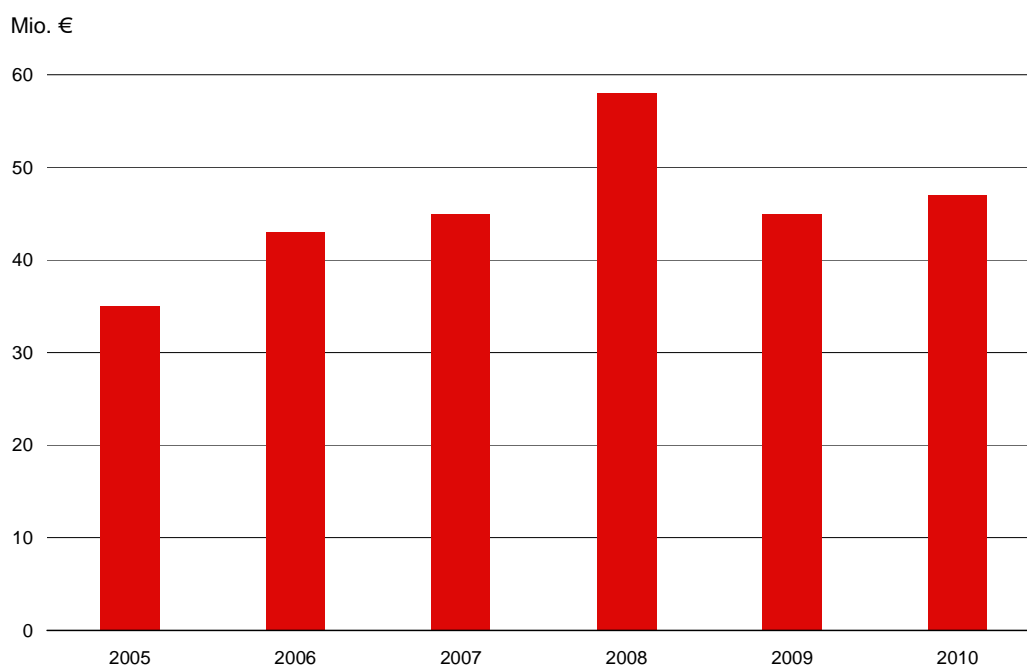
Das Provisionsergebnis ist von 44,6 Mio. € auf 47,0 Mio. € gestiegen und liegt damit um rd. 5,4% über dem konjunkturbedingt niedrigen Vorjahreswert. Die erwartete Stabilisierung konnte damit erreicht werden.

Während bei bestimmten Provisionen aus dem Kreditgeschäft, zu denen neben Einmalgebühren für Schiffsfinanzierungen auch Avalprovisionen zu zählen sind, weiter konjunkturbedingte

Rückgänge zu verzeichnen waren, haben sich die Konzeptionsgebühren für die Finanzierung alternativer Energiequellen im Vergleich zum Vorjahr sehr positiv entwickelt. Anstiege waren ebenfalls im Wertpapiergeschäft, im Auslandszahlungsverkehr und bei den Vermittlungen zu verzeichnen. Andere Ergebnisbeiträge, zum Beispiel aus dem Zahlungs- und Einzugsverkehr und dem Verkauf von Sorten und Edelmetallen, entwickelten sich relativ stabil.

In den Jahren 2011 und 2012 sollte das Provisionsergebnis auf dem 2010 erreichten Niveau gehalten werden können.

Provisionsergebnis



Nettoertrag des Handelsbestandes

Der Nettoertrag des Handelsbestandes des Jahres 2010 in Höhe von 19,8 Mio. € ist mit dem Vorjahreswert von 23,4 Mio. € nicht direkt vergleichbar.

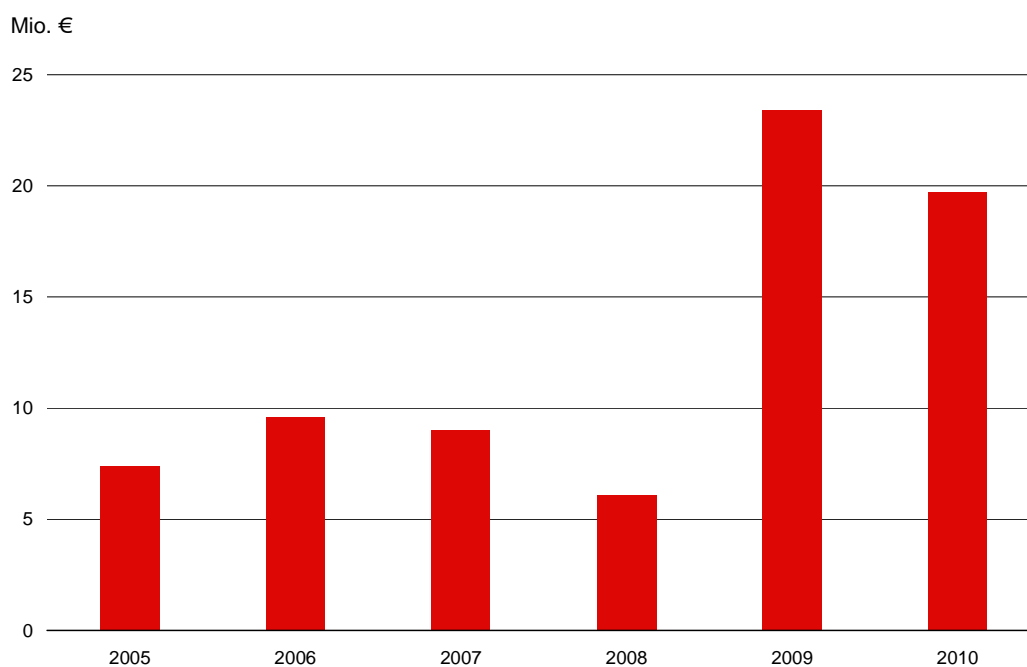
Mit dem BilMoG wurde die Zeitwertbilanzierung des Handelsbestandes von Kreditinstituten eingeführt. Zur Reduzierung der damit verbundenen Volatilitäten und zur Vermeidung von Ausschüttungen nicht realisierter Bewertungsergebnisse des Handelsbestandes wurde diese mit einem Risikoabschlag beziehungsweise -zuschlag und einem ausschüttungsgesperren Risikopuffer kombiniert. Effekte aus der Umstellung auf die Zeitwertbilanzierung zeigen sich zusammen mit anderen Umstellungsgrößen im außerordentlichen Ergebnis des Institutes.

Die akute Krise auf den Finanz- und Kapitalmärkten hat zwar weiter nachgelassen, die Unsicherheit über die Finanzierbarkeit der hohen Verschuldung einiger Staaten hat jedoch weiterhin zu deutlichen Ausschlägen auf den Märkten geführt. Die Bremer Landesbank hat die Schwankungen auf den Geld- und Kapitalmärkten im vergangenen Jahr erneut erfolgreich nutzen können. Der Nettoertrag des Handelsbestandes ist demzufolge trotz Risikoabschlag und -puffer deutlich positiv.

Während sich das leicht negative Realisierungsergebnis und das positive laufende Ergebnis aus Handelsbeständen fast neutralisierten, sind die Bewertungsergebnisse aus Devisen- und Zinsderivategeschäften deutlich im positiven Bereich.

Durch die Einführung der Zeitwertbilanzierung des Handelsbestandes von Kreditinstituten mit dem BilMoG wird sich die Volatilität des Nettoergebnisses des Handelsbestandes tendenziell erhöhen. Es werden dennoch gute Chancen gesehen, auch in den Jahren 2011 und 2012 erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren.

Nettoertrag des Handelsbestandes



Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen in Höhe von rd. 0,5 Mio. € ist wegen Effekten aus der Umstellung auf das BilMoG und Sonderfaktoren nicht mit dem des Jahres 2009 in Höhe von 5,9 Mio. € vergleichbar.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beliefen sich auf 16,7 Mio. € (Vorjahr: 3,1 Mio. €). In den Pensionsrückstellungen enthaltene Zinseffekte in Höhe von rd. 12,8 Mio. € werden nun in dieser Position ausgewiesen. Auch Zinseffekte aus anderen Personal- und sonstigen Rückstellungen in Höhe von 1,5 Mio. € finden sich nun in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind von 9,0 Mio. € auf 17,2 Mio. € angestiegen. Hier sind Erträge in Höhe von 7,2 Mio. € aus der Veräußerung gekündigter wertgeminderter Schuldverschreibungen isländischer Kreditinstitute enthalten. Für den verbliebenen Bestand dieser Titel wurde eine Wertaufholung in Höhe von rd. 3,9 Mio. € erfasst. Weitere Veränderungen ergeben sich darüber hinaus durch die Auflösung von Rückstellungen aus dem Personalbereich.

Verwaltungsaufwendungen

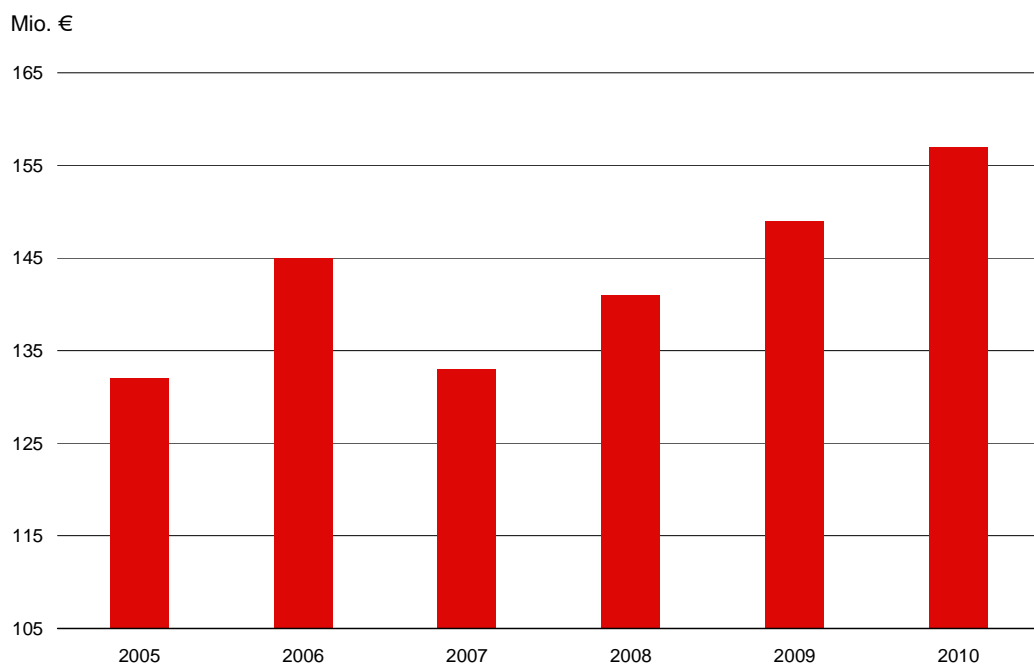
Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sind von 148,9 Mio. € um 8,5 Mio. € beziehungsweise 5,7% auf 157,4 Mio. € angestiegen.

Während die Aufwendungen für Löhne und Gehälter und soziale Abgaben wie erwartet tarifbedingt und aufgrund eines im Vergleich zum Vorjahr plangemäß höheren Personalbestandes angestiegen sind, kam es bei den Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung zu einem ausweisbedingten deutlichen Rückgang. In den Pensionsrückstellungen enthaltene Zins-
effekte in Höhe von rd. 12,8 Mio. € werden nun in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen gezeigt. Höheren Aufwendungen für Sozialabgaben und für Unterstützung stand eine steuerlich bedingt geringere Dotierung der Unterstützungseinrichtung gegenüber. Insgesamt liegen die Personalaufwendungen auf dem erwarteten Niveau.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind erneut um etwa 8,9 Mio. € oder 15,6% angestiegen. Während die Gebäudeaufwendungen leicht zurückgingen, stiegen die Aufwendungen für Informationstechnologie und die Beratungsaufwendungen erwartungsgemäß weiter an. Hauptursachen sind Projektaufwendungen für die im Jahr 2011 anstehende Migration auf die Systeme der Finanz Informatik, aber auch Projekte für Steuerungsmaßnahmen aufgrund gesetzlicher oder aufsichtsrechtlicher Änderungen. Insgesamt blieben die anderen Verwaltungsaufwendungen dennoch leicht unter dem geplanten Niveau.

Im Jahr 2011 werden die Personalaufwendungen leicht ansteigen. Für die anderen Verwaltungsaufwendungen wird im Jahr 2011 migrationsbedingt nochmals ein Anstieg erwartet, ab dem Jahr 2012 ist eine Konsolidierung des Kostenniveaus vorgesehen.

Verwaltungsaufwendungen



Abschreibungen und Wertberichtigungen

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen sind um 0,1 Mio. € auf 4,0 Mio. € angestiegen.

Das Bewertungsergebnis im Kredit- und Wertpapiergeschäft und aus den Beteiligungen der Bremer Landesbank beläuft sich auf einen Aufwandssaldo von 15,5 Mio. €. Mit dem Aufwandsaldo von 128,4 Mio. € des Jahres 2009 ist es aufgrund der nachfolgend erläuterten Sachverhalte nicht vergleichbar.

Im Jahr 2010 hat die Bank eine Umgliederung von stillen Reserven nach § 340f HGB in den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB vorgenommen, um das aufsichtsrechtliche Kernkapital zu stärken. 2009 wurden derartige Umgliederungen nicht durchgeführt.

Die negativen Auswirkungen der Finanzmarktkrise wirkten sich erfreulicherweise nicht so stark wie erwartet auf die Risikovorsorge der Bank aus. Die Risikovorsorgeaufwendungen aus dem Kundengeschäft – insbesondere bei den Schiffsfinanzierungen – erreichten nicht das vorher geplante Niveau. Das konsequente Risikomanagement der Bremer Landesbank hat sich in diesem Zusammenhang weiterhin bewährt.

Wesentliche Wertkorrekturen auf den Eigenbestand an Wertpapieren waren im vergangenen Jahr nicht erforderlich, mit dem Verkauf einer inflationsgebundenen Anleihe wurden entstandene Kursergebnisse realisiert.

Aus Abgängen von kleineren Beteiligungen ergaben sich im Berichtsjahr keine nennenswerten Effekte (Vorjahr: –0,7 Mio. €), während eine Anpassung von Beteiligungsbuchwerten in Höhe von insgesamt +9,3 Mio. € (Vorjahr: –5,5 Mio. €) vorzunehmen war.

Der Risikovorsorgebedarf in den Jahren 2011 und 2012 wird voraussichtlich noch von den allmählich nachlassenden realwirtschaftlichen Folgen der Finanzmarktkrise geprägt sein.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB, der aufsichtsrechtlich dem Kernkapital zuzurechnen ist, hat die Bank im Jahr 2010 110,0 Mio. € zugeführt (Vorjahr: 0,0 Mio. €).

Zusätzlich wurden nach den Vorschriften des BilMoG erstmals 10% der Nettoerträge des Handelsbestandes in Höhe von 2,2 Mio. € in einen separaten, ausschüttungsgesperren Unterposten nach § 340g HGB eingestellt.

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Jahres 2010 beträgt 127,7 Mio. € nach 122,9 Mio. € im Vorjahr, was einen Anstieg von 3,9% darstellt.

Außerordentliches Ergebnis

Die saldierten Aufwendungen und Erträge aus der erstmaligen Anwendung des BilMoG betragen rd. –4,6 Mio. €. Während die Umstellung auf die Zeitwertbilanzierung des Handelsbestandes Erträge in Höhe von 2,1 Mio. € erzeugte, fielen auf der Aufwandsseite Umstellungseffekte bei der Abzinsung und der Berücksichtigung von nach internationaler Rechnungslegung üblichen Parametern bei der Bewertung von Pensionsrückstellungen und anderen Personalarückstellungen in Höhe von 6,7 Mio. € an.

Steueraufwand

Der Steueraufwand der Bremer Landesbank hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 Mio. € auf 39,5 Mio. € erhöht. Ursächlich ist die Erhöhung des zu versteuernden Einkommens.

Zinsaufwand für stille Einlagen

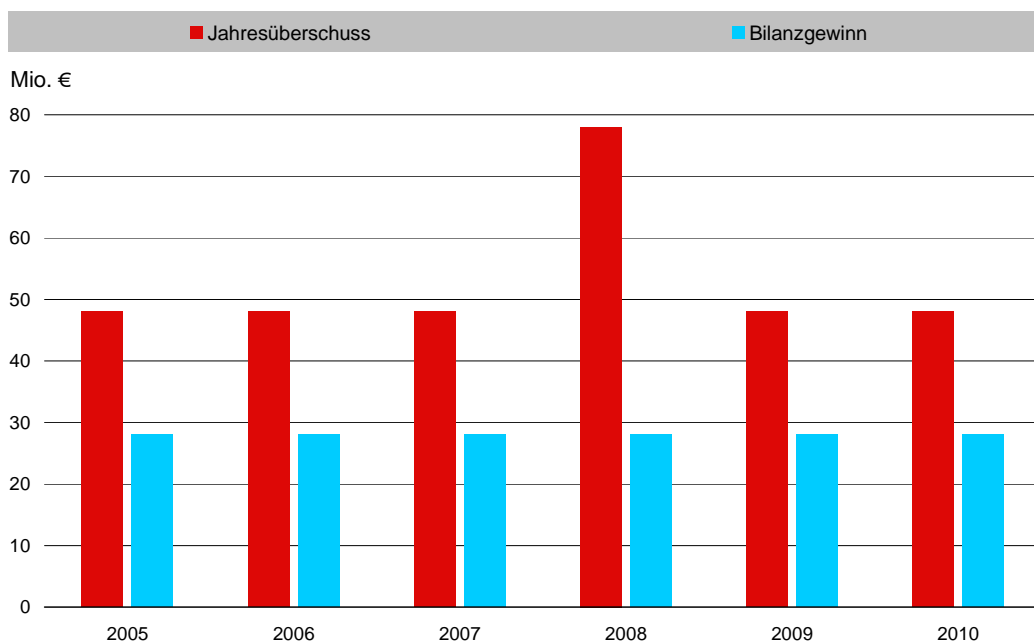
Der Zinsaufwand für die stillen Einlagen beträgt 35,6 Mio. € nach 37,0 Mio. € im Vorjahr. Die Veränderung resultiert aus vorgenommenen Neukonditionierungen.

Jahresüberschuss und Gewinnverwendung

Der Jahresüberschuss beträgt unverändert 48,0 Mio. €. Zur Einstellung in die Gewinnrücklagen sind unverändert 20 Mio. € vorgesehen. Der zur Ausschüttung an die Träger der Bank vorgesehene Bilanzgewinn in Höhe von 28,0 Mio. € verbleibt damit auf Vorjahresniveau und bedeutet eine Rendite von 20,0% auf das Stammkapital.

Nach den Einschätzungen der Bank wird der Jahresüberschuss auch in den Jahren 2011 und 2012 konstant gehalten werden können oder ansteigen. Ebenso wird von der Möglichkeit zur weiteren Stärkung der Kapitalbasis sowie der Zahlung einer angemessenen Dividende ausgegangen.

Jahresüberschuss und Bilanzgewinn

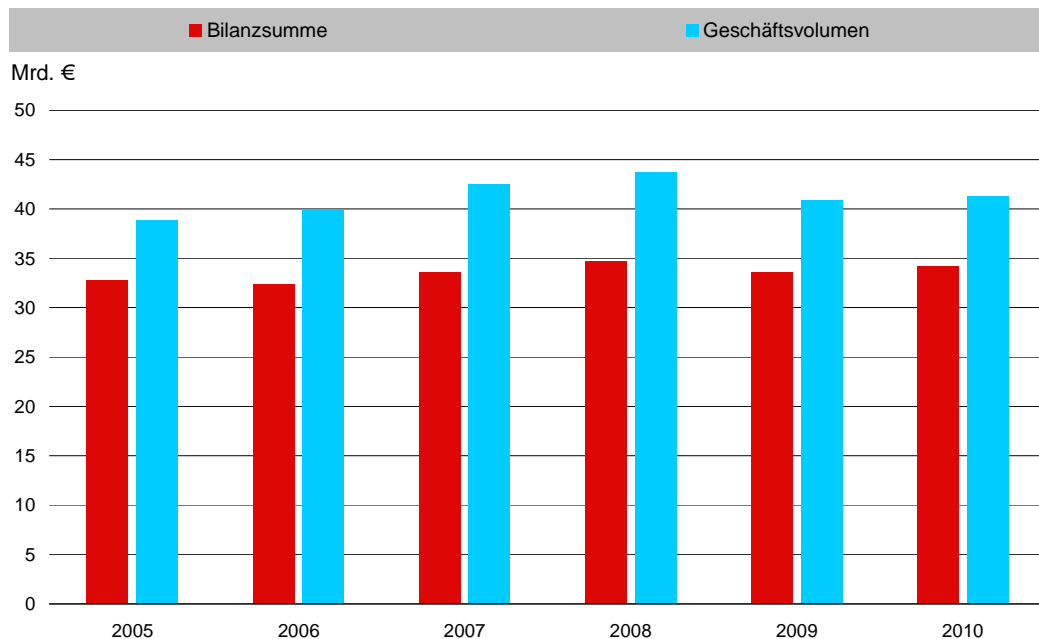


3. Finanz- und Vermögenslage

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bank konzentrierte sich wie in den Vorjahren verstärkt auf ertragsstarke Geschäfte. Mit dem Nachlassen der Liquiditätskrise hat das Interbankengeschäft sich wieder normalisiert. Im Ergebnis erhöhte sich die Bilanzsumme um 2,0% auf 34,2 Mrd. € (Vorjahr: 33,6 Mrd. €). Das Geschäftsvolumen erhöhte sich um 0,4 Mrd. € oder 1,0% auf 41,3 Mrd. €.

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen



Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute wurden im Zusammenhang mit der Normalisierung des Interbankengeschäftes im Geschäftsjahr 2010 vor allem im täglich fälligen Bereich um 0,7 Mrd. € auf 5,5 Mrd. € ausgeweitet.

Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich – durch leicht anziehendes Neugeschäft und durch die Valutierung bereits zugesagter Finanzierungen im Spezialfinanzierungsgeschäft – um rd. 1,1 Mrd. € auf 21,8 Mrd. €. Der Anteil der Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme beträgt 63,7% (Vorjahr: 61,8%). Eine differenzierte Betrachtung der Bilanzposition findet sich in den Erläuterungen zur Entwicklung der Geschäftsfelder.

Schuldverschreibungen und Aktien

Den Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren hat die Bank im Berichtsjahr vornehmlich durch Fälligkeiten, aber auch durch gezielte Veräußerungen weiter um 0,9 Mrd. € auf 5,6 Mrd. € reduziert. Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren spielt mit 16,7 Mio. € nach 24,0 Mio. € nur noch eine untergeordnete Rolle.

Handelsbestand

Mit der Umsetzung der Vorschriften des BilMoG wurden die Kreditinstitute dazu verpflichtet, ihre Handelsbestände zu Zeitwerten zu bilanzieren. Der Handelsbestand der Bremer Landesbank mit positiven Marktwerten beträgt zum Bilanzstichtag 534,2 Mio. €.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Traditionell kommt die Bremer Landesbank ihren öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen und den Verpflichtungen im Verbund auch über das Beteiligungsportfolio nach. Insbesondere sei hier die Förderung der Wirtschaft über Beteiligungen an Bürgschaftsbanken (z.B. Bürgschaftsbank Bremen, Niedersächsische Bürgschaftsbank), Spezialkreditinstituten (z.B. Deutsche Factoring Bank) sowie Wirtschaftsförderungsgesellschaften genannt.

Der regionale Bezug wird insbesondere durch die Beteiligung der Bank an mehreren Wohnungsbaugesellschaften, die teilweise dem im Anhang aufgelisteten Anteilsbesitz entnommen werden können, deutlich.

Im Verbund der deutschen Sparkassenorganisation sei hier die DekaBank mit ihrem breiten Spektrum an Fondsanlagemöglichkeiten erwähnt. Da verschiedene Landesbanken im Zuge der Bereinigung ihres Geschäftsmodells vermutlich gezwungen sein werden, ihre Anteile an der DekaBank zu veräußern, wird sich der Anteil der Landesbanken an der DekaBank voraussichtlich reduzieren. An den Verhandlungen in diesem Zusammenhang beteiligt sich die Bremer Landesbank gemeinsam mit der NORD/LB, eine definitive Entscheidung wurde jedoch noch nicht getroffen.

Wesentliche Beteiligungstransaktionen wurden im Jahr 2010 nicht durchgeführt.

Primär zielt das Beteiligungsgeschäft auf den strategischen und operativen Nutzen und erst sekundär auf das Ertragspotenzial ab. Im Rahmen der strategischen Fokussierung der Bremer Landesbank wird daher von einer stagnierenden bis rückläufigen Entwicklung des Beteiligungsvolumens ausgegangen. Neue Beteiligungen kommen künftig nur in Betracht, wenn sie einen deutlichen Mehrwert für die Bank respektive die Region generieren.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden im Zuge der Normalisierung des Interbankengeschäftes deutlich um 1,1 Mrd. € auf 11,6 Mrd. € nach 10,5 Mrd. € im Vorjahr ausgeweitet. Zur Refinanzierung der Bank wurden hier auch Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspapiere begeben.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Refinanzierung der Bank über Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ging nach 10,2 Mrd. € im Jahr 2009 leicht auf 10,1 Mrd. € zurück. Dabei stiegen die anderen Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit leicht an (+233,5 Mio. € auf 4,5 Mrd. €), während die Einlagen im täglich fälligen Bereich quasi unverändert 2,2 Mrd. € betragen. Der Bestand an Spareinlagen ist um 14,8 Mio. € auf 212,7 Mio. € gesunken.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Die verbrieften Verbindlichkeiten als eine der wesentlichen Finanzierungsquellen der Bank sind mit 9,0 Mrd. € gegenüber dem Vorjahresbestand von 9,3 Mrd. € um 3,6% gesunken. Eine differenzierte Darstellung der Refinanzierung der Bank über die verschiedenen Emissionsprogramme findet sich in den Erläuterungen zum Geschäftsfeld Financial Markets und im Abschnitt Finanzierungsmaßnahmen.

Handelsbestand

Mit der Umsetzung der Vorschriften des BilMoG wurden die Kreditinstitute dazu verpflichtet, ihre Handelsbestände zu Zeitwerten zu bilanzieren. Der Handelsbestand der Bremer Landesbank mit negativen Marktwerten beträgt zum Bilanzstichtag 428,8 Mio. €.

Rückstellungen

Die Rückstellungen der Bremer Landesbank sind im vergangenen Jahr um 28,1 Mio. € auf 257,2 Mio. € angestiegen. Mit dem BilMoG haben sich die Regelungen zur Bewertung von Rückstellungen grundlegend geändert.

Die Rückstellungen wurden für das Geschäftsjahr 2010 mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag bewertet. Bei der Ermittlung des Erfüllungsbetrages sind abweichend von den bisherigen gesetzlichen Regelungen zukünftige Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt worden. Darüber hinaus wurden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst. Der anzuwendende Abzinsungszinssatz wird von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) ermittelt und monatlich bekannt gegeben

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, die auf aktuarischen Gutachten basieren, haben sich um 15,9 Mio. € auf insgesamt 165,8 Mio. € erhöht.

Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen können anstelle des für jede einzelne Verpflichtung individuell in Abhängigkeit von der Restlaufzeit zu ermittelnden Abzinsungszinssatzes (siehe oben) auch pauschal mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst werden, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Die Bremer Landesbank hat im Jahresabschluss per 31.12.2010 von dieser Vereinfachungsregelung Gebrauch gemacht (siehe Anhang).

Aufgrund der geänderten Bewertung der Pensionsrückstellungen durch das BilMoG ist es zu einem Anstieg der Pensionsrückstellungen bei der Bremer Landesbank gekommen, der eine aufwandswirksame Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von insgesamt 93,2 Mio. € erforderlich macht. Der aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen resultierende Zuführungsbetrag ist bis spätestens zum 31.12.2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünftel anzusammeln (Art. 67 Abs. 1 EGHGB). Dementsprechend wurde den Pensionsrückstellungen im Geschäftsjahr 2010 ein Betrag in der Höhe von einem Fünftel des per 1.1.2010 festgestellten Unterschiedsbetrages (6,2 Mio. €) zugeführt.

Weitere Angaben zu den Pensionsrückstellungen ergeben sich aus dem Anhang.

Die Steuerrückstellungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 4,3 Mio. € auf 31,8 Mio. € erhöht. Dies erklärt sich hauptsächlich aus dem deutlich höher als erwartet ausgefallenen voraussichtlich zu versteuernden Einkommen.

Die anderen Rückstellungen stiegen um 8,0 Mio. € auf 59,6 Mio. € an. Wesentliche Bestandteile der anderen Rückstellungen stehen im Zusammenhang mit Personalaufwendungen, wie zum Beispiel Vorruhestandsverpflichtungen (+3,5 Mio. €) Abschlussvergütung oder Beihilfen (+0,5 Mio. €) sowie Rückstellungen im Kreditgeschäft (+4,8 Mio. €). Geringfügige Effekte ergaben sich darüber hinaus aus der Umstellung auf die neue handelsrechtliche Handhabung von Rückstellungen.

Nachrangige Verbindlichkeiten

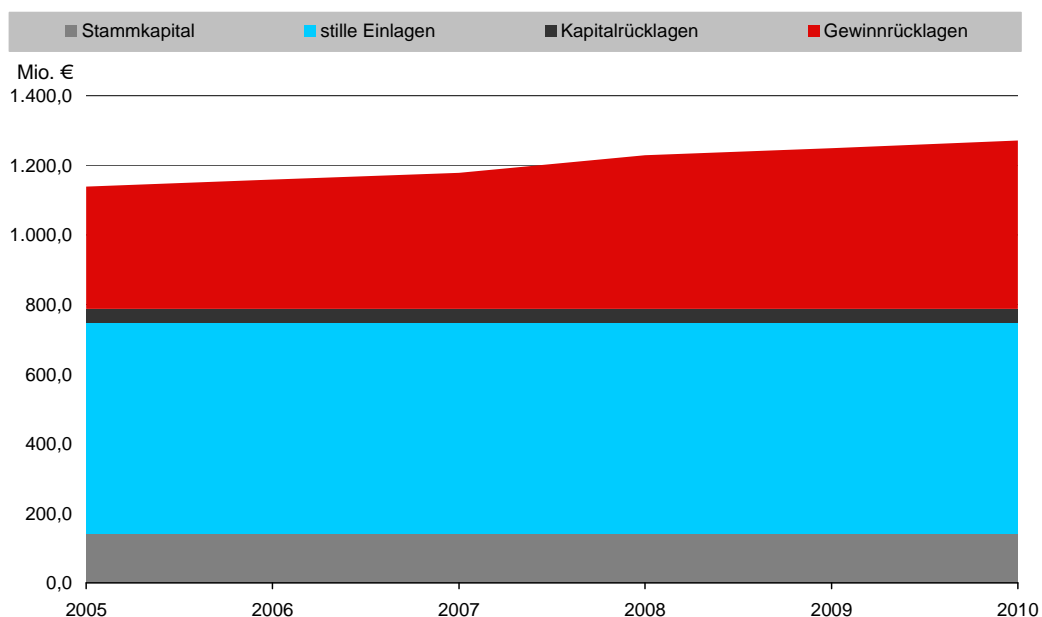
Die nachrangigen Verbindlichkeiten belaufen sich zum Jahresultimo auf unverändert 500,0 Mio. €.

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital beträgt 1.298,7 Mio. € nach 1.276,9 Mio. € im Vorjahr. Es entfallen unverändert 140,0 Mio. € auf das Stammkapital und 607,9 Mio. € auf die stillen Einlagen, davon 480,0 Mio. € mittelbar gehalten durch das Land Bremen sowie weiterhin 40,0 Mio. € unverändert auf die Kapitalrücklagen. Die Gewinnrücklagen betragen nach Einstellung von jeweils 10,0 Mio. € in die satzungsmäßigen und die anderen Gewinnrücklagen nunmehr 482,8 Mio. €. Der zur Ausschüttung an die Träger bestimmte Bilanzgewinn beträgt wie im Vorjahr 28,0 Mio. €.

Die Kernkapitalquote belief sich zum Jahresende unter Berücksichtigung der Gewinnverwendung und der im Jahresabschluss gebildeten Wertberichtigungen auf 9,3% (Vorjahr: 9,5%). Eine Inanspruchnahme staatlich angebotener Unterstützungsleistungen ist für die Bremer Landesbank daher weiterhin nicht notwendig.

Eigenkapitalbestandteile



Eventualverbindlichkeiten

Der Bestand an Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen beläuft sich auf 4,2 Mrd. € (Vorjahr: 4,5 Mrd. €).

Während die Eventualverbindlichkeiten aus dem traditionellen außerbilanziellen Geschäft nahezu unverändert geblieben sind, ist der Bestand an Credit Default Swaps (CDS), bei denen die Bremer Landesbank als Sicherungsgeber auftritt, aufgrund von Fälligkeiten zurückgegangen. Mit diesem sogenannten Kreditersatzgeschäft hat die Bremer Landesbank freie Eigenkapitalspielräume zur Erzielung von Provisionseinnahmen und zur Diversifikation ihres Kreditportfolios, insbesondere mit Blick auf Regionen/Länder und Ratingklassen, genutzt. Grundsätzlich hat die Bank nur Sicherung für Adressen mit einwandfreiem finanziellem Hintergrund und auf der Basis von anerkannten Standardverträgen gegeben. Aufgrund der seit dem Jahr 2007 aufgetretenen Schwierigkeiten auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten und der damit verbundenen Ausweitung der Credit Spreads hat die Bank ihr Neugeschäft in diesem Bereich bis auf vereinzelte selektive Positionsaufösungen beispielsweise -sicherungen eingestellt.

Der irische Staat war im späten Herbst gezwungen, den finanziellen Schutzschirm der EU in Anspruch zu nehmen, da er die finanziellen Lasten in Verbindung mit der Stützung verschiedener nationaler Banken offenbar nicht mehr allein bewältigen konnte. In diesem Zusammenhang wurde ein Credit Event für die Anglo Irish Bank erklärt. Die Bremer Landesbank hat verschiedene CDS als Sicherungsgeber in Höhe von 40 Mio. € im Bestand. Für einen Teilbetrag von 10 Mio. € ging der Bank noch im Jahr 2010 eine sogenannte Credit Event Notice zu, das heißt, der Bank werden gegen Zahlung des Nominalbetrages Papiere des Emittenten Anglo Irish Bank geliefert. Die Papiere, für die eine Durchhalteabsicht besteht, werden bei Zugang im Anlagevermögen bilanziert. Eine dauerhafte Wertminderung lag zum Bilanzstichtag nach der Einwertung der Bank nicht vor.

Weitere Credit Events, bei denen die Bank zum Beispiel durch Lieferung des Referenzaktivums als Sicherungsgeber in Anspruch genommen worden wäre, sind nicht aufgetreten. Die Notices im Zusammenhang mit dem Credit Event für die Anglo Irish Bank liegen mittlerweile vollständig vor.

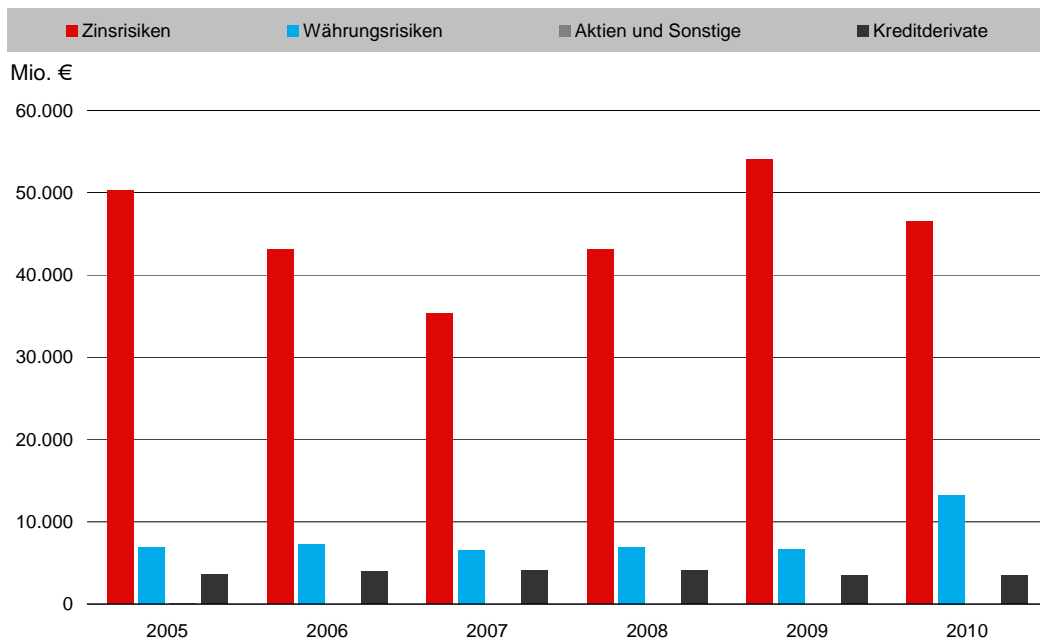
Andere Verpflichtungen

Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen beliefen sich zum Bilanzstichtag unverändert auf 2,8 Mrd. €.

Außerbilanzielle Finanzierungsinstrumente

Derivative Geschäfte werden in der Bremer Landesbank im Wesentlichen zur Steuerung und Absicherung von Zins- und Fremdwährungsrisiken, aber auch zur Erzielung von Eigenhandelserfolgen eingesetzt. Das Nominalvolumen zum Jahresende 2010 betrug 63,1 Mrd. € nach 64,1 Mrd. € im Vorjahr und damit das etwa 1,8-Fache (Vorjahr: 1,9-Fache) der Bilanzsumme. Im Vergleich zu anderen Instituten der Branche wird in der Bremer Landesbank also nur in relativ geringem Umfang auf solche Geschäfte zurückgegriffen. Kontrahenten sind fast ausschließlich Banken mit Sitz in Ländern, die der OECD angehören, sodass von einem einwandfreien finanziellen Hintergrund ausgegangen werden kann. Für Detailinformationen zu den Volumina sowie der Fristen- und Kontrahentengliederung wird auf die Darstellung im Anhang des Jahresabschlusses der Bremer Landesbank verwiesen.

Derivatevolumen



Finanzierungsmaßnahmen

Im Jahr 2010 waren die begebenen Inhaber- und Namensschuldverschreibungen erneut die wichtigste überjährige Refinanzierungsquelle der Bank.

Der Bruttoabsatz im Emissionsgeschäft der Bremer Landesbank einschließlich aufgenommener Schundscheindarlehen betrug aufgrund gesunkener Refinanzierungsanforderungen 1,8 Mrd. € (ohne ECP-Programm und EIB-Darlehen) gegenüber 4,2 Mrd. € im Jahr 2009.

Das Volumen der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen verminderte sich auf 17,4 Mrd. € (Jahresultimo Vorjahr: 18,7 Mrd. €).

Das ausstehende Gesamtvolumen aufgenommener Refinanzierungsdarlehen bei der Europäischen Investitionsbank betrug per 31.12.2010 rd. 1,1 Mrd. € (Jahresultimo Vorjahr: 1,0 Mrd. €).

Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank insbesondere neben dem Interbanken- und dem Repo-Markt die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank.

Das European-Commercial-Paper-Programm (ECP-Programm) wurde in der zweiten Jahreshälfte 2010 in den Währungen EUR und USD intensiv genutzt. Per 31.12.2010 beträgt das ausstehende Volumen 0,566 Mrd. € Gegenwert (Jahresultimo Vorjahr: 0,045 Mrd. €).

Für weitergehende Erläuterungen wird auf die Abschnitte Chancen- und Risikobericht und Geschäft und Rahmenbedingungen verwiesen.

Kennzahlen

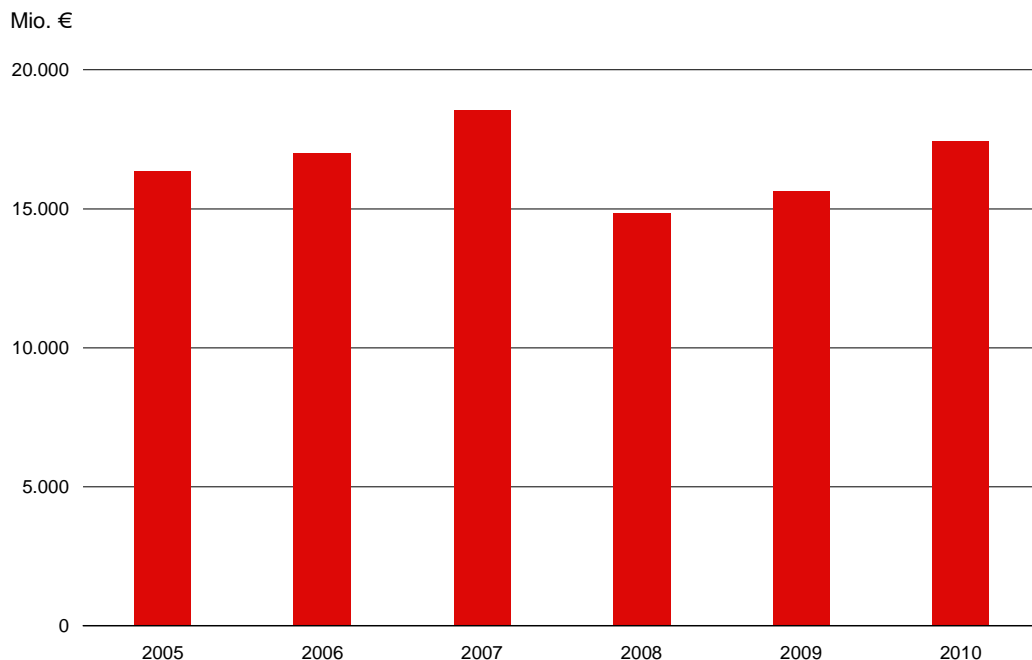
Der Return on Equity (RoE) für das Geschäftsjahr 2010 nach der oben definierten Bewertungsformel beträgt 17,0% nach 14,0% im Vorjahr. Der Anstieg hängt im Wesentlichen mit dem höheren Betriebsergebnis nach Risikovorsorge und Bewertung zusammen.

Die Cost-Income-Ratio (CIR) ist mit 38,9% nach 37,8% im Jahr 2009 nahezu stabil geblieben. Die operativen Erträge und die Verwaltungsaufwendungen der Bremer Landesbank haben sich also im Jahr 2010 in einem ähnlichen Verhältnis zueinander entwickelt wie im Vorjahr.

Die Risikoquote (definiert als das Verhältnis zwischen der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ohne Veränderungen der Vorsorge für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB und den Risikoaktiva) per 31.12.2010 beträgt 0,34% (Vorjahr: 0,51%). Der Rückgang resultiert hauptsächlich aus geringer als erwartet angefallenen Risikovorsorgeaufwendungen.

Die Eigenmittelanforderungen nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) betragen insgesamt rd. 1,4 Mrd. € (Vorjahr: rd. 1,3 Mrd. €), was Risikoaktiva in Höhe von rd. 17,4 Mrd. € (Vorjahr: rd. 15,6 Mrd. €) entspricht. Die Gesamtkennziffer beläuft sich auf 11,0% nach 11,9% zum Ende des Vorjahres. Wesentliche Ursachen für den Anstieg der Risikoaktiva und das Absinken der Gesamtkennziffer sind Ratingmigrationen und damit ein höherer sogenannter Shortfall für IRBA-Positionen.

Anrechnungspflichtige Positionen/Risikoaktiva (bis 2007 nach Grundsatz I, ab 2008 nach Basel II)



Investitionstätigkeit

Die Bremer Landesbank plant nach wie vor, erhebliche Investitionen in die Modernisierung und Umgestaltung ihrer Gebäude zu tätigen. Am Standort Oldenburg wurden die Baumaßnahmen im Jahr 2010 nahezu abgeschlossen. Der Standort Bremen befindet sich in der Planungsphase, der Architektenwettbewerb für das denkmalgeschützte Gebäude beginnt in Kürze.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Nähe zu den Märkten und den Menschen, die in der Region arbeiten und leben, ist für die Bremer Landesbank Anspruch und Verpflichtung zugleich. Dies dokumentiert sich zum Beispiel in ihrem sozialen und gesellschaftlichen Engagement, in der Auslobung des Förderpreises NordWest Award, aber auch darin, dass die Bremer Landesbank mit ihren 1.028 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Vorjahr: 971) zu den bedeutenden Wirtschaftsfaktoren des Landes Bremen und der Nordwest-Region zählt. Sie bietet attraktive Arbeitsplätze, was sich auch in der im Branchenvergleich niedrigen Fluktuationsrate von 2,0% (Vorjahr: 0,9%) und einer vergleichsweise hohen durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 16,1 Jahren (Vorjahr: 16,9 Jahre) widerspiegelt.

Als führende Regionalbank im Nordwesten hat es sich die Bremer Landesbank vorgenommen, auch in Sachen Familienfreundlichkeit mit gutem Beispiel voranzugehen und für ihre Beschäftigten eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erreichen. Dafür wurde sie im Sommer von der berufundfamilie gGmbH in Berlin mit dem Zertifikat zum audit berufundfamilie ausgezeichnet.

Die vorstehenden Sachverhalte beschreiben bereits einen kleinen Teil des Bestrebens der Bremer Landesbank, ihr Handeln in allen Bereichen nachhaltig in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht zu gestalten. Hierzu hat sie 2011 erstmalig einen Nachhaltigkeitsstatus entwickelt, der in einem gesonderten Dokument veröffentlicht wird. Die Bank wird ihre Aktivitäten zum Thema Nachhaltigkeitsmanagement in den nächsten Jahren weiter intensivieren.

Informationen zu den Geschäftsfeldern

Eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Kundensegmente des gewerblichen Kreditgeschäfts zeigt eine unterschiedliche Entwicklung.

Geschäftsfeld Firmenkunden

Das Geschäftsfeld Firmenkunden, ausgerichtet auf das Geschäft mit mittelständischen Firmenkunden und Gewerbekunden in der Nordwest-Region, steht seinen Kunden als zuverlässiger und innovativer Partner bei Finanzdienstleistungen zur Verfügung.

Im Jahr 2010 wurden die Vertriebsaktivitäten weiter ausgebaut. In einem sehr unterschiedlichen Marktumfeld konnten die Ertragserwartungen an das Geschäftsfeld übertroffen werden. Während das erste Quartal noch merklich von der vorhergehenden Wirtschaftskrise geprägt war, verstärkten sich im weiteren Verlauf des Jahres konjunkturelle Erholungstendenzen. Durch die zunehmende Umsatztätigkeit der Kunden war in der zweiten Jahreshälfte ein erfreulicher Anstieg der Inanspruchnahmen von Betriebsmittelkrediten zu verzeichnen. Die Investitionstätigkeit in der Region verlief über weite Strecken des Jahres verhalten, die vertriebliche Verstärkung des Bereiches „Öffentliche Fördermittel“ führte aber auch bei langfristigen Finanzierungen zu erfreulichen Volumenausweitungen. Trotz gestiegenen Kreditvolumens lagen die Risikokosten deutlich unterhalb der antizipierten Werte.

Parallel dazu führte der Anstieg des grenzüberschreitenden Warenverkehrs zu Ergebnisverbesserungen im Auslandsgeschäft. Als hoffnungsvolles Nischenprodukt zeigte sich der Warenerminhandel mit Agrarrohstoffen; hier soll durch die Einführung einer elektronischen Handelsplattform im Jahr 2011 die Basis für einen weiteren Ausbau gelegt werden.

Für 2011 wird eine weitere positive Entwicklung der Ertragslage erwartet. Hierbei ist von wesentlicher Bedeutung, dass die Konjunkturprognosen tatsächlich eintreten und zu weiter steigender Kreditnachfrage führen. Eine gesunde Risikostruktur versetzt das Geschäftsfeld auch in Zukunft in die Lage, umfangreiche Investitionsvorhaben der Kunden zu begleiten.

Insgesamt ist es das Ziel des Geschäftsfeldes Firmenkunden, die führende Bank im Firmenkundengeschäft der Region zu sein und dies durch weiter steigende Marktanteile zu unterlegen.

Die Bremer Landesbank hat traditionell in der Region den Ruf als stabiler und verlässlicher Partner. Während der Wirtschaftskrise konnte dieser Vertrauensbonus noch ausgebaut werden. Die Bank sieht darin eine gute Basis, neue Kunden gewinnen zu können und bei bedeutenden Unternehmen noch stärker die Hausbankfunktion zu übernehmen.

Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen

Das Spezialfinanzierungsgeschäft der Bremer Landesbank umfasst das Schiffsfinanzierungsgeschäft, die Refinanzierung von Mobilien-Leasinggesellschaften sowie Sozialimmobilien und Erneuerbare Energien mit den Teilsegmenten Windkraft, Biogas und Photovoltaik.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank hat sich auch im Jahr 2010 weiterhin positiv entwickelt. Die geplante Ertragsentwicklung konnte erneut erreicht werden. Insbesondere die Erneuerbaren Energien konnten Marktchancen nutzen und über Plan wachsen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat spürbare Auswirkungen auf das Segment Schifffahrt gehabt.

Im Schiffsfinanzierungsgeschäft hat die Bremer Landesbank seit Verschärfung der Schifffahrtskrise nur selektives Neugeschäft in begrenztem Umfang getätigt. Das Volumenwachstum ist insbesondere auf Ablieferungen aus bereits in den Vorjahren kontrahiertem Geschäft zurückzuführen. Das von der Bremer Landesbank praktizierte Krisenmanagement erweist sich als umsichtig und tragfähig. Gleichermäßen ist die Bank mit nachhaltigen Finanzierungsstrukturen und langjährigen Direktkundenbeziehungen unverändert gut aufgestellt und geht mittelfristig von einer gemäßigten, aber spürbaren Markterholung aus, die sich positiv auf die Charterraten und Schiffswerte auswirken wird. Langfristig wird aufgrund des Globalisierungstrends mit steigendem Welthandelsvolumen ein zunehmender Bedarf an moderner Schiffstonnage erwartet.

Bei der Refinanzierung von Mobilien-Leasinggesellschaften verzeichnete die Bremer Landesbank trotz dämpfender Konjunkturentwicklung Marktanteilszuwächse, sodass die Position als führender Finanzierer mittelständischer Leasinggesellschaften 2010 nachhaltig gestärkt und die Ertragssituation weiter ausgebaut werden konnte. Die Bremer Landesbank nimmt seit 2008 die Kompetenzcenterfunktion innerhalb des NORD/LB-Konzerns in diesem Teilsegment wahr und ist bei breiterer Kundenbasis unverändert verlässlicher Partner für banknahe Leasinggesellschaften.

Der deutliche Schwerpunkt in der Finanzierung von Sozialimmobilien der Bremer Landesbank liegt in der Finanzierung von Pflegeheimen, für die die Bank ebenfalls die Kompetenzcenterfunktion im NORD/LB-Konzern übernommen hat. Die demografische Entwicklung und der insgesamt zunehmende stationäre Pflegebedarf unterstreichen die strategische Bedeutung des Bereiches.

Im Segment der Erneuerbaren Energien verzeichnete die Bremer Landesbank im abgelaufenen Geschäftsjahr ein deutliches Wachstum. Die Neugeschäftsentwicklung spiegelt auch den verstärkten Strukturierungs- und Finanzierungsbedarf der Kunden nach erfolgter Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Jahr 2008 wider. Windkraft, Biogas und Photovoltaik können als Kernsegmente weiterhin von positiven Rahmenbedingungen profitieren. Innerhalb der NORD/LB-Gruppe nimmt die Bremer Landesbank die Kompetenzcenterfunktion für Biogas und Photovoltaik in Deutschland wahr. Darüber hinaus werden erfahrene Kunden selektiv ins europäische Ausland begleitet.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank sieht sich mit der Fokussierung auf die Teilsegmente Schifffahrt, Leasingrefinanzierung, Sozialimmobilien und Erneuerbare Energien bei nachhaltiger Ausrichtung auf langjährige, verlässliche Kundenbeziehungen im überwiegend mittelständischen Bereich weiterhin gut positioniert.

Geschäftsfeld Financial Markets

Das Geschäftsfeld Financial Markets stellt den Zugang zu den nationalen und internationalen Finanzmärkten für die privaten und institutionellen Kundengruppen der Bremer Landesbank sowie das Eigengeschäft der Bank bereit.

Hinzu kommen das unter Verbundgesichtspunkten mit den Sparkassen der Region getätigte Refinanzierungsgeschäft sowie die konsortial eingegangenen Kreditfinanzierungen für Sparkassenkunden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten im Verbund liegt in der Refinanzierung der öffentlichen Hand.

Im Jahr 2010 waren die begebenen Inhaber- und Namensschuldverschreibungen erneut die wichtigste überjährige Refinanzierungsquelle der Bank.

Der Bruttoabsatz im Emissionsgeschäft der Bremer Landesbank einschließlich aufgenommener Schuldscheindarlehen betrug aufgrund gesunkener Refinanzierungsanforderungen 1,8 Mrd. € (ohne ECP-Programm und EIB-Darlehen) ggü. 4,2 Mrd. € in 2009. Das Volumen der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen verminderte sich auf 17,4 Mrd. € (Jahresultimo Vorjahr: 18,7 Mrd. €). Das ausstehende Gesamtvolumen aufgenommener Refinanzierungsdarlehen bei der Europäischen Investitionsbank betrug per 31.12.2010 rd. 1,1 Mrd. € (Jahresultimo Vorjahr: 1,0 Mrd. €). Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank insbesondere neben dem Interbanken- und dem Repo-Markt die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank. Das European-Commercial-Paper-Programm (ECP-Programm) wurde in der zweiten Jahreshälfte 2010 in den Währungen EUR und USD intensiv genutzt. Per 31.12.2010 beträgt das ausstehende Volumen 0,566 Mrd. € Gegenwert (Jahresultimo Vorjahr: 0,045 Mrd. €).

Mit dem über das Kunden- und Kontrahentenportfolio generierten Geschäftsvolumen trägt das Geschäftsfeld Financial Markets wesentlich zu bilanzrelevanten Positionen des Hauses bei. Das Geschäftsvolumen im Interbankengeschäft wurde im Geschäftsjahr 2010 im Rahmen der unterjährigen Liquiditätssteuerung erhöht. Die Forderungen an Gebietskörperschaften und übrige kommunale Kunden liegen knapp unter Vorjahreshöhe. Das langfristige Kreditvolumen für die 14 verbundenen Sparkassen lag bei weiterhin geringer Refinanzierungsnachfrage in etwa auf Vorjahreshöhe.

Die Vertriebsaktivitäten der Handels- und Sales-Einheiten verliefen positiv, wobei die Steuerung der Liquiditäts- und Zinsrisiken und die Sicherstellung der Liquidität der Bank die Schwerpunkte des Handels bildeten.

Die Sales-Einheiten des Geschäftsfeldes verzeichneten weiterhin hohe Umsätze und einen anhaltenden Beratungsbedarf in allen Geld-, Devisen- und Derivateprodukten.

Das Verbundgeschäft der Bremer Landesbank wurde im Geschäftsjahr 2010 mit der ganzheitlichen Betreuung der verbundenen Sparkassen mit Erfolg fortgesetzt. In einem nicht leichten wirtschaftlichen Umfeld mit ausgeprägten Wettbewerbsstrukturen ist es wiederum gelungen, das Ergebnisniveau zu stabilisieren.

Im Konsortialgeschäft mit Firmenkunden der verbundenen Sparkassen standen neben dem klassischen Finanzierungsgeschäft erneut das Zins- und Währungsmanagement sowie das dokumentäre Auslandsgeschäft im vertrieblichen Fokus.

Im Kommunkundengeschäft bildete die Unterstützung der Verbundsparkassen bei der Umsetzung der DSGVO-Initiative „Kommunale Verschuldungsdiagnose“ den Kern der Vertriebsaktivitäten.

Geschäftsfeld Privatkunden

In diesem Geschäftsfeld sind die gesamten Aktivitäten der Bremer Landesbank rund um das Privatkundengeschäft zusammengefasst. Der Bereich besteht aus den Teilsegmenten Privatkundenbetreuung und Private Banking. Neben den verantwortlichen Vertriebseinheiten verfügt das Privatkundengeschäft über ein eigenes Asset- und Portfoliomanagement sowie Finanzierungsmanagement.

Ein wesentlicher Baustein für die positiven Ergebnisse ist die konsequente Umsetzung des ganzheitlichen Beratungsansatzes. Im Private Banking wird dies durch das finanzplanerische Vermögenskonzept unterstützt. Die Bank konnte im Jahr 2010 insgesamt ihre Spitzenposition im Private Banking weiter ausbauen.

Ein weiterer Baustein für die positiven Ergebnisse ist der im Asset- und Portfoliomanagement konzipierte SIP®-Investmentprozess, der insbesondere in den Vermögensverwaltungen, der SIP®-Fondsfamilie sowie im Beratungsprozess zum Tragen kommt.

Das Finanzierungsgeschäft profitierte 2010 von einer gegenüber dem Jahr 2009 verbesserten Refinanzierungssituation, sodass das Neugeschäft sowohl im Standard- als auch Individualfinanzierungsgeschäft gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert werden konnte.

Insgesamt konnte das Geschäftsfeld trotz schwieriger Rahmenbedingungen die Ertragsplanung erfüllen.

Die kontinuierliche Steigerung der Kundenzufriedenheit steht im Mittelpunkt der Anstrengungen.

Diese nachhaltige Kundenorientierung hat zu einer Fortsetzung des stetigen Netto-Kundenwachstums geführt. Der Kundenbestand an den beiden Standorten Bremen und Oldenburg konnte abermals deutlich ausgebaut werden. Zu diesem Wachstum hat auch das „Unternehmerbanking“ beigetragen. In enger Zusammenarbeit und Vernetzung mit den Geschäftsfel-

dem Spezialfinanzierung und Firmenkunden konnte die Geschäftsverbindung der Kunden zur Bremer Landesbank weiter intensiviert werden.

Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr sind schwer abschätzbar. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise werden auch 2011 deutlich spürbar bleiben. Die Privatkunden sind durch die anhaltend schlechten Nachrichten über die Euro-Krise und die Staatsverschuldung stark verunsichert und in ihrem Investitionsverhalten weiter sehr risikoavers. Zudem werden neue regulatorische Anforderungen, beispielsweise im Rahmen des Gesetzes zur Stärkung des Anlegerschutzes, zu weiteren Belastungen führen.

Das Augenmerk gilt dem Ausbau des Marktanteils im Private Banking und der weiteren qualitativen Verbesserung der Beratungsprozesse. Die mittelfristige Geschäftsentwicklung wird dabei vom Kundenverhalten, dem sich verändernden Wettbewerbsumfeld und der Entwicklung an den Zins- und Kapitalmärkten wesentlich beeinflusst werden.

Als erster Ansprechpartner für die private Seite des Unternehmers unterstützt das Geschäftsfeld Privatkunden die Bank bei der Positionierung als Unternehmerbank.

Damit wird der Anspruch als regionaler Marktführer für anspruchsvolle Privatkunden in einem weiterhin wachstumsstarken Markt im Nordwesten untermauert.

Gesamtaussage

Das trotz schwieriger konjunktureller Lage – insbesondere bei den Schiffsfinanzierungen – erneut sehr gute Ergebnis des Jahres 2010 bestätigt die Ausrichtung der Bremer Landesbank als Regionalbank mit Spezialitäten – im und für den Nordwesten. In enger Zusammenarbeit mit den Sparkassen und den Verbundpartnern hat sie sich nachhaltig als führende Bank in der Region positioniert und etabliert und ist nach wie vor mit Abstand größter Partner der mittelständischen Wirtschaft im Nordwesten. Mit der rechtzeitigen und konsequenten Ausrichtung auf ihr Geschäftsmodell hat die Bremer Landesbank sich gut positioniert, um von dem sich abzeichnenden wirtschaftlichen Aufschwung zu profitieren und ihre geschäftliche Entwicklung in den Jahren 2011 und 2012 weiter zielgerichtet voranzutreiben.

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Lage der Bank nach Abschluss des Geschäftsjahres 2010 sind bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses nicht eingetreten beziehungsweise sind entsprechend berücksichtigt.

Bestandsgefährdende Risiken liegen unverändert nicht vor.

5. Prognosebericht

Wirtschaftliche Lage und Finanzmärkte

Nach dem starken Aufschwung der Weltwirtschaft im Jahr 2010 zeichnet sich für das laufende Jahr 2011 ein positives konjunkturelles Umfeld ab, das eine Expansion der Weltwirtschaft von deutlich mehr als 4% zulässt. Wie bereits 2010 werden auch 2011 die Schwellenländer mit einem Anteil von circa 50% an der Weltwirtschaft wesentlicher Motor sein. Fiskalisch gesunde Industrienationen und Rohstoffländer stellen mit circa 20% Anteil an der Weltwirtschaft den zweiten Treiber dar. Auf globaler Ebene unbefriedigend bestückte Lager, international zunehmende Investitionspläne und als Folge erhöhter Beschäftigung anziehender Konsum sind die tragfähigen zyklischen Kräfte des aktuellen Aufschwungs.

Nach knapp zwei Jahren Aufschwung stellen sich sowohl am Rohstoffmarkt als auch am Arbeitsmarkt in entscheidenden Teilen der Weltwirtschaft Knappheiten ein, die die Inflationsrisiken erkennbar erhöhen und eine Neuausrichtung der Zinspolitik in den Industrienationen in den Raum stellen.

Die deutsche Bundesbank schreibt in ihrem Monatsbericht Januar 2011, dass die im November stark angestiegenen Auftragseingänge die Perspektiven für die deutsche Industrie für das erste Quartal 2011 und darüber hinaus aufgeheitelt hätten.

In der Erholung der deutschen Konjunktur wirkt sich der im internationalen Vergleich hohe Anteil der Produktion an der Wirtschaftsleistung derzeit als Katalysator des deutschen Konjunkturerfolgs aus. Das attraktive Angebot von deutscher Seite führt zu unverändert hoher Auslandsnachfrage neben einer robuster werdenden Inlandsnachfrage. Auslaufende Konjunkturprogramme der Bundesregierung haben keine belastenden Folgen für die Gesamtkonjunktur zur Folge gehabt. Das Bauhauptgewerbe profitiert von zunehmender privater Nachfrage bei stagnierender öffentlicher Auftragsvergabe. In der Folge der Belebung setzt sich die positive Tendenz am deutschen Arbeitsmarkt fort. Laut der Bundesagentur für Arbeit erwies sich der deutsche Arbeitsmarkt in der Krise als sehr robust, in den aktuellen saisonbereinigten Werten steht er bei Arbeitslosigkeit und Beschäftigung sogar besser da als vor dem wirtschaftlichen Einbruch.

Nach 3,6% Wachstum im Jahr 2010 unterstellt die Bundesregierung für 2011 eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 2,3%, während die Wirtschaftsweisen ihre Prognose bei 2,2% ansiedelten.

Die fiskalische Erholung der öffentlichen Haushalte ist ausgeprägt. Die Neuverschuldung der öffentlichen Hand lag nicht wie für 2010 prognostiziert bei 80 Mrd. €, sondern betrug auf

44 Mrd. €. Die Fortsetzung der wirtschaftlichen Expansion wird die Gesundung der öffentlichen Haushalte 2011 positiv beeinflussen.

Wie in den Vorjahren bleiben die Finanzmärkte zu Jahresbeginn zunächst trotz der guten Konjunkturlage nervös. Im Verlauf des Jahres 2011 sollte diese Nervosität sukzessive rückläufig sein. 2011 ist voraussichtlich das Jahr der Zinswende bei der EZB. Erfolge in der Reformpolitik der Defizitländer, eine solide konjunkturelle Wachstumslage im Bereich von 2% und zunehmender Inflationsdruck sowohl endogener als auch exogener Natur bieten ein Umfeld, das die EZB im Rahmen ihrer Verpflichtung zu Stabilitätspolitik fordern wird. Aktien bleiben ob der nervösen Verfassung am Finanzmarkt derzeit unterbewertet und bieten im Gesamtumfeld attraktive Chancen.

Region

Laut der Umfrage der Handelskammer Bremen erwartet jedes dritte Unternehmen 2011 eine günstigere Geschäftslage. Damit stellt sich die positivste Bewertung seit dem 4. Quartal 1999 ein.

Das Auslandsgeschäft war 2010 und ist 2011 ein tragender Pfeiler der Bremer und Bremerhavener Konjunktur. 45% der befragten Unternehmen erwarten für 2011 eine Zunahme der Exporte. Die Binnenkonjunktur nimmt dagegen nur zaghafte Fahrt auf. Der Dienstleistungssektor zeigt sich in den Erwartungen für 2011 sehr optimistisch. Knapp jedes zweite Unternehmen sieht einer verbesserten Situation entgegen. Die Investitionsplanung der Wirtschaft ist ausgeprägt. 27% der Unternehmen wollen verstärkt aktiv werden. Nach einem verhaltenen, aber stabilen Jahr 2010 am bremischen Arbeitsmarkt dominieren 2011 positive Vorzeichen. Laut Handelskammerumfrage planen 15% der Unternehmen Personal aufzustocken und 10% sehen geringere Beschäftigung vor. 2011 steht für Bremen solides Wachstum auf der Agenda.

Laut der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer nimmt die Konjunktur in ihrem Bezirk zum Jahreswechsel weiter an Fahrt auf. Die Industrie hat eine anhaltend gute Auftragslage. 50% der Unternehmen erwarten einen günstigeren Verlauf als 2010. Der Export ist und bleibt tragender Pfeiler. 48% der befragten Unternehmen gehen von Umsatzsteigerungen aus. Als Risiko werden steigende Energie- und Rohstoffpreise gesehen. Die positive Tendenz im Baugewerbe hält 2011 an. Die Auftragsreichweite ist gestiegen. Einzelhandel und Großhandel sehen zuversichtlich in das laufende Jahr. Das Verkehrsgewerbe profitiert 2011 von der Ausweitung der Gesamtnachfrage. Der Agrarsektor reüssiert im Rahmen von deutlich angestiegenen Agrarrohstoffpreisen.

Insgesamt bietet sich ein Bild, das für 2011 ein tragfähiges Wachstum eröffnet.

Die Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg berichtet, dass die Unternehmen in Ostfriesland und Papenburg zuversichtlich ins neue Jahr gestartet sind. Die Konjunkturumfrage zeigt, dass die Unternehmen mehrheitlich eine gleichbleibende bis bessere Geschäftslage erwarten. Das Auslandsgeschäft schätzen die Unternehmen durchweg positiv ein. Auch die Binnennachfrage hat durch die gute Arbeitsmarktentwicklung einen merklichen Auftrieb erhalten. Weiterhin stabil ist die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Mehr als ein Drittel rechnet mit zunehmenden, nur ein Zehntel hingegen mit abnehmenden Investitionen. Die Erwartungen der Betriebe führen zu einer Verbesserung am regionalen Arbeitsmarkt. Der Anteil der Betriebe, der für dieses Jahr von einer steigenden Beschäftigtenzahl ausgeht, ist zum Jahresende gestiegen.

Bremer Landesbank

Mit der rechtzeitigen und konsequenten Ausrichtung auf ihr Geschäftsmodell hat die Bremer Landesbank sich gut positioniert, um von dem sich abzeichnenden wirtschaftlichen Aufschwung zu profitieren und ihre geschäftliche Entwicklung in den Jahren 2011 und 2012 weiter zielgerichtet voranzutreiben. Die akute Krise auf den Finanz- und Kapitalmärkten hat zwar weiter nachgelassen, die Unsicherheit über die Finanzierbarkeit der hohen Verschuldung einiger Staaten hat jedoch weiterhin zu deutlichen Ausschlägen auf den Märkten geführt. Dies wird vermutlich auch in den kommenden Jahren noch eine Rolle spielen. Unterstützende Impulse werden von den diversen Konjunkturmaßnahmen der öffentlichen Hand, aber auch von der Geschäftsausweitung in Zukunftsbranchen erwartet. Die Anerkennung des Nordwestens als Metropolregion kann der regionalen Wirtschaft, insbesondere dem Mittelstand, zu weiterem Wachstum verhelfen, ebenso umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen entlang von Straße, Schiene und Wasserwegen sowie Großprojekte, wie zum Beispiel in der Hafenvirtschaft.

Der Wettbewerb im Kreditgewerbe wird weiter zunehmen. Speziell der in der Vergangenheit oftmals untergewichtete Mittelstand ist mittlerweile in den Fokus der Großbanken geraten. Mit Blick auf Wettbewerbsvorteile wie ortsansässige Beratung, kurze Entscheidungswege und Kapitalmarktcompetenz vor Ort, Expertise im Auslandsgeschäft und eine umfangreiche Produkt- und Leistungspalette ist die Bremer Landesbank dennoch zuversichtlich, sich im Wettbewerb um dieses risikoarme und ertragreiche Geschäft nicht nur zu behaupten, sondern ihre Marktanteile durchaus noch weiter ausbauen zu können.

Die nachhaltig gestärkte Kooperation mit den verbundenen Sparkassen und Landesbanken, kurze Entscheidungswege und hohe Reaktionsgeschwindigkeit bilden Erfolg versprechende Rahmenbedingungen für eine weitere solide Entwicklung des Ergebnisses in den Kerngeschäftsfeldern.

Gesamtbanksteuerung

Verantwortung für die laufende Weiterentwicklung der wert- und risikoorientierten Steuerung trägt der Bereich Gesamtbanksteuerung. 2010 wurde das Berichtswesen der Bank planmäßig und grundlegend überarbeitet. Wesentliches Ziel im laufenden Jahr ist die weitere Optimierung der entscheidungsrelevanten Transparenz und Konsistenz zwischen den Steuerungskreisläufen.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Nach den Einschätzungen der Bank wird der Jahresüberschuss auch in den Jahren 2011 und 2012 konstant gehalten werden können oder ansteigen. Die Bank geht trotz der im Kreditgewerbe normalerweise erst mit einiger Verzögerung zu spürenden Rezessionsauswirkungen davon aus, auch in den kommenden Jahren in der Lage zu sein, ihre Kapitalbasis weiter zu stärken und eine angemessene Dividende auszuschütten. Eine Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungsmaßnahmen wird nach den Planungen der Bank nicht erforderlich sein.

In den kommenden Jahren wird von einer Stabilisierung des Zinsergebnisses auf hohem Niveau ausgegangen. In den Jahren 2011 und 2012 sollte sich das Provisionsergebnis auf dem 2010 erreichten Niveau weiter stabilisieren können. Durch die Einführung der Zeitwertbilanzierung des Handelsbestandes von Kreditinstituten mit dem BilMoG wird sich die Volatilität des Nettoergebnisses des Handelsbestandes tendenziell erhöhen. Es werden dennoch gute

Chancen gesehen, auch in den Jahren 2011 und 2012 erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren. Im Jahr 2011 werden die Personalaufwendungen leicht ansteigen. Für die anderen Verwaltungsaufwendungen wird im Jahr 2011 projektbedingt nochmals ein Anstieg erwartet, ab dem Jahr 2012 ist eine Stabilisierung des Kostenniveaus vorgesehen. Der Risikovorsorgebedarf in den Jahren 2011 und 2012 wird voraussichtlich noch durch die allmählich nachlassenden realwirtschaftlichen Folgen der Finanzmarktkrise geprägt sein. Insgesamt wird für das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Jahre 2011 und 2012 davon ausgegangen, das Ergebnisniveau fortzusetzen.

Es wird erwartet, dass der Return on Equity nach dem erfreulichen Ergebnis des Jahres 2010 in der Betrachtungsperiode zuerst zurückgehen wird, in der Folge jedoch sich wieder auf dieses Niveau hin entwickelt. Die Cost-Income-Ratio wird sich im Jahr 2011 über dem Niveau des Jahres 2010 bewegen, 2012 allerdings wieder leicht zurückgehen. Die Risikoquote wird im Jahr 2011 konjunkturbedingt vermutlich nochmals ansteigen und im Jahr 2012 voraussichtlich zurückgehen. Nach den Planungen der Bank werden die Risikoaktiva im Prognosezeitraum weiter ansteigen.

Nach den Einschätzungen der Bank wird der Jahresüberschuss auch in den Jahren 2011 und 2012 konstant gehalten werden können oder ansteigen. Ebenso wird von der Möglichkeit zur weiteren Stärkung der Kapitalbasis sowie der Zahlung einer angemessenen Dividende ausgegangen.

Die Schwierigkeiten an den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten und deren negative Folgen hatten auch Einfluss auf das handelsrechtliche Ergebnis der Bremer Landesbank. Die Auswirkungen konnte die Bank jedoch ohne substanzielle Beeinträchtigungen ihrer guten Ertragslage verkraften. Die Bank geht davon aus, dass dies auch in den Jahren 2011 und 2012 so bleibt.

6. Chancen- und Risikobericht

Gesamtbanksteuerung

Als Risiko definiert die Bremer Landesbank aus betriebswirtschaftlicher Sicht die Möglichkeit direkter oder indirekter finanzieller Verluste aufgrund unerwarteter negativer Abweichungen der tatsächlichen von den prognostizierten Ergebnissen der Geschäftstätigkeit. Hieraus ergibt sich, dass die erwarteten Verluste kein Risiko im engeren Sinne darstellen, da sie bereits in der Kalkulation berücksichtigt wurden. Als Puffer gegen unerwartete finanzielle Verluste muss jederzeit Eigenkapital in angemessener Höhe zur Verfügung stehen. Erklärtes Ziel der Bremer Landesbank ist es, durch einen verantwortungsvollen Umgang mit Risiken eine angemessene Eigenkapitalverzinsung zu erwirtschaften. Um diese Zielsetzung so weit wie möglich abzusichern, hat sich die Bremer Landesbank ein umfassendes Regelwerk gegeben.

Die Bremer Landesbank verfügt über angemessene Systeme und Prozesse der Risikosteuerung, die insbesondere auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllen. Das Instrumentarium zur Risikosteuerung wird sowohl durch betriebsorganisatorische Maßnahmen als auch durch die Anpassung von Risikomess- und Risikosteuerungsparametern laufend verfeinert. Die Prozesse werden im Rahmen des Internen Kontrollsystems kontinuierlich überwacht.

Der Umgang mit Risiken ist kein einmaliger Vorgang, sondern ein dauerhafter Prozess und damit fest in den Geschäftsabläufen der Bremer Landesbank verankert. Die tatsächliche Wirksamkeit eines effektiven Risikomanagements hängt entscheidend davon ab, ob die Prozesse im Sinne einer risikoorientierten Unternehmenskultur auch täglich gelebt werden, und das nicht nur von der Unternehmensleitung, sondern von allen Mitarbeitern. Dieses bedingt das Vorhandensein einer offenen Risikokultur und damit die Förderung des bewussten Umgangs mit Risiken. Eine risikoorientierte Unternehmenskultur äußert sich in den Einstellungen, Fähigkeiten und der fachlichen Kompetenz der Mitarbeiter und wird maßgeblich durch die Unternehmensphilosophie und den Führungsstil beeinflusst. Die klare Verteilung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten innerhalb der Bremer Landesbank, Transparenz und offene Kommunikation sind unerlässliche Bestandteile einer gelebten Risikokultur. Durch die Sicherstellung einer funktionierenden horizontalen und vertikalen Kommunikation wird die Sensibilisierung aller Mitarbeiter für Risiken in der Bremer Landesbank und ihren Geschäftsabläufen zusätzlich unterstützt.

Der Rahmen für die Ausgestaltung des Risikomanagements wird auf der Grundlage des § 25a KWG von den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) vorgegeben. Demnach hat die Geschäftsleitung eine nachhaltige Geschäftsstrategie sowie eine dazu konsistente Risikostrategie festzulegen. Basierend auf der Gruppenrisikostrategie der NORD/LB-Gruppe, der Geschäftsstrategie und einem integrierten Strategie- und Planungsprozess wird vom Vorstand eine gesamtbankweite Risikostrategie festgelegt. Diese orientiert sich an den Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement. In der Risikostrategie werden alle wesentlichen Risikoarten erfasst und mittels eines Risikotragfähigkeitsmodells wird das Risikokapital der Bremer Landesbank auf die wesentlichen Risikoarten allokiert. Die Risikostrategie dient als Leitlinie für den gesamten Konzern Bremer Landesbank und enthält Aussagen zu den risikopolitischen Grundsätzen und der Organisation des Risikosteuerungsprozesses sowie Risikoteilstrategien zu den wesentlichen bankspezifischen Risikoarten. Basierend auf der Ist-Situation und unter Berücksichtigung der geplanten Geschäftstätigkeit legt die Risikostrategie ihren Fokus auf die zukunftsgerichtete Sicherstellung der Risikotragfähigkeit der Bank.

Die Risikostrategie wird dem Aufsichtsrat der Bremer Landesbank zur Kenntnis gegeben und mit ihm erörtert.

Die Bremer Landesbank hat eine Risikoorganisation implementiert, die den risikopolitischen Grundsätzen der Risikostrategie entspricht. Ihr Aufbau gewährleistet dauerhaft ein geregeltes Zusammenspiel aller am Risikomanagementprozess beteiligten Bereiche. Des Weiteren sorgen effiziente Risikosteuerungs- und -controllingprozesse mit klar definierten Aufgaben und Kompetenzen für einen reibungslosen Ablauf, unterstützt durch eine adäquate IT-Infrastruktur und qualifizierte Mitarbeiter.

Die Verantwortung gegenüber ihren Gläubigern verpflichtet die Bank zudem zu einer konservativen Risikopolitik und einem konsequenten Risikomanagement, deren Rahmenbedingungen vom Vorstand vorgegeben werden. Dieser trägt auch die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement.

Das Risikocontrolling ist auf Gesamtbankebene dafür verantwortlich, die verschiedenen Risiken zu identifizieren, messbar zu machen, zu bewerten und darüber zu informieren. Die Aufgaben verteilen sich einerseits auf die Gruppe Marktpreisrisikocontrolling und andererseits auf die Gruppe Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling. Sie entwickeln die Methoden, implementieren die notwendigen Systeme, überwachen den gesamten Risikomanagementprozess und berichten über die Risiken. Die Zeitintervalle der Berichterstattung orientieren sich an der Dynamik der jeweiligen Risikoart. Dem Vorstand werden monatlich im Rahmen der Risikoberichterstattung ein Bericht über die Risikotragfähigkeit (RTF-Bericht), ein Bericht über die Intensivbetreuungs- und Problemengagements sowie die Entwicklung der Risikoversorge (IPE-Bericht) und ein Bericht über die Überwachung von Konzentrationsrisiken bei Kreditnehmereinheiten (LEM, Large Exposure Management) vorgelegt. Der RTF-Bericht umfasst die Risikotragfähigkeit und eine Risikostrukturanalyse über alle Risikoarten. Im Rahmen des vom Bereich Marktfolge Finanzierungen auf Einzelkreditnehmerbasis erstellten Berichts über Intensiv- und Problemengagements erfolgt eine enge Überwachung der Entwicklung potenziell problematischer und ausgefallener Kreditnehmer. Unter anderem können dadurch kurzfristige oder sich über einen längeren Zeitraum erstreckende strukturelle Veränderungen in diesem Portfolio beziehungsweise hieraus abgeleiteten Teilportfolien erkannt und Aktionsfelder für risikobegrenzende beziehungsweise risikoreduzierende Maßnahmen identifiziert werden. Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss wird fünfmal pro Jahr über die Risikosituation informiert, darüber hinaus wird auch dem Aufsichtsrat in seinen mindestens halbjährlich stattfindenden Sitzungen über die Risikolage berichtet.

Die Risikosteuerung erfolgt aktiv von den vier Geschäftsfeldern und dem Bereich Marktfolge Finanzierungen innerhalb vorgegebener Rahmenbedingungen.

Die Organisationseinheit (OE) Marktfolge Finanzierungen ist eine von den Marktbereichen unabhängige Instanz, die die Risiken auf Einzelkreditnehmerebene beziehungsweise der Teilportfolioebene überwacht. Die mit den Einzelkrediten in Zusammenhang stehenden administrativen Tätigkeiten werden ebenfalls von dem Bereich Marktfolge Finanzierungen durchgeführt. Ferner obliegen dem Bereich die Optimierung und Qualitätssicherung des gesamten Kreditprozesses (Markt, Marktfolge) sowie die zentrale Zuständigkeit für die Regularien und die Meldungen gemäß § 13 und § 14 KWG.

Der Bereich Unternehmensservice ist für die Abwicklung und Kontrolle der im Marktbereich abgeschlossenen Handelsgeschäfte verantwortlich. Die Aufgaben beinhalten unter anderem die Kontrolle der vollständigen und korrekten Erfassung der Geschäfte sowie die Prüfung auf Abweichungen von vorgegebenen Standards. Die Prüfung der Marktgerechtigkeit der Geschäfte erfolgt durch das Marktpreisrisikocontrolling.

Die risikoorientierte und prozessunabhängige Prüfung der Wirksamkeit und Angemessenheit des gesamten Risikomanagements erfolgt durch die Interne Revision. Als ein Instrument des Vorstands ist sie Bestandteil des Internen Überwachungssystems. Zu den Zielen der Internen Revision zählt auch, einen Beitrag zur Sicherung der Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Geschäftstätigkeit zu leisten. Weiterhin fördert sie die Optimierung der Geschäftsprozesse sowie der Steuerungs- und Überwachungsverfahren. Im Rahmen der Weiterentwicklung der gruppenweiten Überwachungsinstrumente arbeitet die Interne Revision der Bremer Landesbank auf Basis einer einheitlichen Revisionspolicy und weitestgehend vereinheitlichten Revisionsmethoden eng mit der Konzernrevision der NORD/LB und den Internen Revisionen der NORD/LB Luxembourg und der Deutschen Hypothekenbank zusammen.

Ein funktionierendes Internes Kontrollsystem (IKS) als Bestandteil des Internen Überwachungssystems sorgt für Prozesssicherheit, stellt die Verlässlichkeit der Finanzdaten sicher und minimiert wirtschaftskriminelles Handeln. Neben der Erfüllung gesetzlicher Anforderungen werden Prozesswissen gesichert, Geschäftsabläufe optimiert und das Risikobewusstsein im Unternehmen erhöht. Es schafft eine einheitliche prozess- und risikoorientierte Aufbau- und Ablauforganisation. Dem IKS werden hierzu sämtliche organisatorischen Sicherungs- und Kontrollmaßnahmen zugeordnet. Sie ermöglichen eine umfassende Kontrolle aller relevanten Geschäftsabläufe innerhalb der Bremer Landesbank.

In der Aufbauorganisation sind Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten klar verteilt. Die Fachbereiche führen die Kontrollen im Rahmen des Tagesgeschäftes durch. Die IKS-Evidenz liegt in der Organisation/Informatik. Sie entwickelt die Methoden und Instrumente weiter, beurteilt die Angemessenheit und Wirksamkeit der Kontrollen in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen und leitet gegebenenfalls Maßnahmen ab.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Als kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaft im Sinne des § 264d HGB ist die Bremer Landesbank verpflichtet, gemäß § 289 Abs. 5 HGB die wesentlichen Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben.

Das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist gesetzlich nicht definiert. Die Bank versteht das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem als umfassendes System und lehnt sich dabei an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf, zum rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystem (IDW PS 261 Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340, Tz. 4) an.

Unter einem Internen Kontrollsystem werden danach die von dem Management im Unternehmen eingeführten Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen verstanden, die gerichtet sind auf die organisatorische Umsetzung der Entscheidungen des Managements

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens, einschließlich der Verhinderung und Aufdeckung von Vermögensschädigungen),
- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Die Bremer Landesbank erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 289 Abs. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Jahresabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird sachverhaltsabhängig festgelegt. Die Beurteilung der Wesentlichkeit ist abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Bremer Landesbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Jahresabschluss aus.

Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Bremer Landesbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des Internen Kontrollsystems.

Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sind bei der Bremer Landesbank folgende Strukturen und Prozesse implementiert.

Organisation des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie die Lageberichterstattung verantwortlich. Er hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet.

Die Bremer Landesbank stellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB auf. Die für Kreditinstitute spezifischen Vorschriften des § 340 HGB und diejenigen der Rechnungslegungsverordnung für Kreditinstitute (RechKredV) und die Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) sowie ergänzende Vorschriften der Satzung werden zusätzlich beachtet.

Die Erstellung des Jahresabschlusses und die Rechnungslegung werden überwiegend durch den Bereich Gesamtbanksteuerung gesteuert und durchgeführt. Dieser nimmt dabei die folgenden wesentlichen Aufgaben wahr:

- Überwachung gesetzlicher Neuerungen
- Erstellung und Pflege der Jahresabschlussanweisungen
- Zusammenstellung des Jahresabschlusses nebst Lagebericht
- Bereitstellung bestimmter Anhangangaben
- Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Marktpreis-, Kredit-, Liquiditäts- und operationellen Risiken

Im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses sind weitere Bereiche unter anderem mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- Ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen
- Berechnung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben
- Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten
- Bereitstellung relevanter Angaben zum Anhang und Lagebericht

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fällt ihm die Feststellung des Jahresabschlusses der Bremer Landesbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- Beratung und Überwachung hinsichtlich Rechnungslegung, Internes Kontrollsystem, Risikomanagement und -controlling, Interne Revision (inklusive Auskunftsrecht)
- Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Bremer Landesbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstands Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und Angemessenheit des Internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind, bevor der Jahresabschluss festgestellt wird, durch den vom Aufsichtsrat beauftragten Abschlussprüfer zu prüfen.

Die Grundsätze, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems (inklusive des rechnungslegungsbezogenen) sind in einer Arbeitsanweisung niedergelegt, die in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst wird.

Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess erachtet die Bremer Landesbank solche Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems als wesentlich, die die Bilanzierung und die Gesamtaussage des Jahresabschlusses einschließlich Lagebericht maßgeblich beeinflussen können. Dies sind insbesondere die folgenden Elemente:

- Identifikation der wesentlichen Risikofelder und Kontrollbereiche mit Relevanz für den Rechnungslegungsprozess
- Bereichsübergreifende Kontrollen zur Überwachung des Rechnungslegungsprozesses
- Präventive Kontrollmaßnahmen im Finanz- und Rechnungswesen der Bank, in den strategischen Geschäftsfeldern sowie in operativen, leistungswirtschaftlichen Unternehmensprozessen, die wesentliche Informationen für die Aufstellung des Jahresabschlusses einschließlich Lagebericht generieren, inklusive einer Funktionstrennung und vordefinierte Genehmigungsprozesse in relevanten Bereichen
- Maßnahmen, die die ordnungsmäßige EDV-gestützte Verarbeitung von rechnungslegungsbezogenen Sachverhalten und Daten sicherstellen
- Maßnahmen zur Überwachung des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Komponenten des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Als eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Bremer Landesbank den Rahmen dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen in der Bremer Landesbank eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das Interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Für die Buchungen verwendet die Bremer Landesbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Datenverarbeitungs-Tools zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des IDV-Monitorings überwacht wird. Aus diesen Daten sowie auf Basis weiterer von den betroffenen Einheiten zur Verfügung gestellten Informationen erstellt die Bank ihren Jahresabschluss.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vier-Augen-Prinzip eine hohe Bedeutung zu. Bei der Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei kommt entweder ein technisches und/oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip zum Einsatz.

Der Rechnungslegungsprozess für den Jahresabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung. Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich

um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie der Bremer Landesbank, bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch. Die Buchung erfolgt im Vier-Augen-Prinzip.

Das Risikomanagementsystem beinhaltet die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risikoerkennung und zum Umgang mit den Risiken unternehmerischer Betätigung.

Die Bank hat risikoartenspezifische Frühwarnsysteme eingerichtet. Diese versetzen die Bank in die Lage, latente Risiken im zeitlichen Vorlauf frühzeitig zu identifizieren und zu analysieren. So wird sichergestellt, dass die für die kritischen Erfolgsfaktoren der Bank relevanten risikobezogenen Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden. Es besteht aus den Reportings (Marktpreis- und Liquiditätsrisiken und monatlichem RTF-Bericht) und den risikoartenspezifischen Methoden der Früherkennung.

Das Risikoberichtssystem gewährleistet die frühzeitige Risikoerkennung und stellt dem Vorstand die für die Risikosteuerung nötigen Informationen, auf Anforderung auch weitere Analysen und Zwischenberichte zur Verfügung und unterstützt die dezentrale Risikosteuerung in den Geschäftsfeldern.

Der Risikomanagementprozess ist aufgrund der bereichsübergreifenden Aufgaben und der sich in verschiedenen Bereichen ständig ändernden Parameter einer stetigen Überprüfung und Weiterentwicklung unterworfen. Die gegebenenfalls erforderlichen Anpassungen umfassen organisatorische Maßnahmen, die Änderung von Verfahren der Risikoquantifizierung sowie die laufende Aktualisierung relevanter Parameter.

Die Verfahren zur Risikoquantifizierung innerhalb der Bremer Landesbank werden mit dem Risikocontrolling der NORD/LB abgestimmt. Ziel ist die Anwendung grundsätzlich einheitlicher Methoden und Verfahren in der NORD/LB-Gruppe.

Die Einführung von neuen Produkten, neuen Märkten, neuen Vertriebswegen, neuen Dienstleistungen und deren Varianten (NPP, Neue-Produkte-Prozess) erfolgt über einen strukturierten Prozess, der die Auswirkungen auf das Risikoprofil und das Risikomanagement berücksichtigt. Ein Produkt wird durch sein individuelles Risiko- und Ertragsprofil definiert. Das Risikoprofil ergibt sich aus den jeweiligen Risikoarten gemäß der vorliegenden Risikostrategie.

Wesentliches Ziel des Neue-Produkte-Prozesses ist es, dass alle potenziellen Risiken für die Bremer Landesbank im Vorfeld der Geschäftsaufnahme aufgezeigt, analysiert und bewertet werden. Damit verbunden ist eine Dokumentation der neuen Geschäftsaktivitäten, deren Behandlung im operativen Gesamtprozess, der Entscheidungen zur Geschäftsaufnahme sowie gegebenenfalls der damit verbundenen Restriktionen. Zwischenzeitlich wurde im Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling eine unabhängige zentrale Evidenz eingerichtet.

Das Risikohandbuch trägt zu einem einheitlichen Risikoverständnis innerhalb der Bank bei. Es bietet einen Überblick über das gesamte Risikomanagementsystem und ist die Basis, um die für die Weiterentwicklung des Risikobewusstseins notwendige Transparenz zu schaffen. Konkretisierungen und Details werden in Arbeitsanweisungen, Organisationsrichtlinien beziehungsweise Vorstandsbeschlüssen geregelt. Im Rahmen der ständigen Qualitätskontrolle werden die Regularien regelmäßig aktualisiert. Etwaige Änderungen im Risikocontrolling- und Risikomanagementsystem werden in den jeweiligen Arbeitsanweisungen beziehungsweise Handbüchern dargestellt.

Das Gesamtrisikoprofil der Bremer Landesbank bildet die für die Bank relevanten Risiken ab. Zur weiteren Differenzierung erfolgt eine Unterscheidung in wesentliche und nicht wesentliche Risiken. Das Gesamtrisikoprofil der Bremer Landesbank wird mindestens jährlich sowie anlassbezogen überprüft (Risikoinventur) und bei Bedarf angepasst. Gemäß MaRisk AT 4.1 Tz. 1 ist auf der Grundlage des Gesamtrisikoprofils der Bremer Landesbank sicherzustellen, dass die wesentlichen Risiken der Bremer Landesbank durch das Risikodeckungskapital laufend abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

Im Berichtsjahr wurde das RTF-Modell der Bremer Landesbank gemeinsam mit der NORD/LB-Gruppe grundlegend überarbeitet. Im Mittelpunkt steht neben einer weiteren Verbesserung der Gesamtbanksteuerung insbesondere die Umsetzung der Anforderungen der 2. MaRisk-Novelle hinsichtlich einer erweiterten Darstellung von risikoartenübergreifenden Stresstests sowie einer detaillierteren gruppenweiten Risikosteuerung. Es bildet die methodische Basis für das Monitoring der Risikostrategie durch die OE Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling.

Das RTF-Modell besteht aus den drei Sichtweisen „Going Concern“, „Kapitaladäquanz (ökonomisch)“ und „Kapitaladäquanz (regulatorisch)“. In den beiden Sichtweisen zur Kapitaladäquanz wird zusätzlich in „Status quo“ und „unter Stress“ unterschieden.

Die erste Sichtweise stellt den als Frühwarnstufe fungierenden Going Concern Case dar und geht von der Unternehmensfortführung aus. Er stellt ökonomisch ermittelte Risikopotenziale den freien aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln gegenüber. Überdies werden im Rahmen einer Dynamisierung unterjährige risikokapitalwirksame Effekte berücksichtigt.

In den beiden Sichtweisen „ökonomische Kapitaladäquanz“ sowie „regulatorische Kapitaladäquanz“ wird im Risikopotenzial auf höhere Konfidenzniveaus abgestellt. Die Risikomessung reflektiert schwerwiegende Ereignisse, welche in dieser Höhe statistisch circa alle 1.000 Jahre auftreten. Die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen, wonach ein Konfidenzniveau von 99,9% anzuwenden ist, werden damit auf den internen Nachweis zur Angemessenheit in der Eigenmittelausstattung (ICAAP – Internal Capital Adequacy Assessment Process) übertragen, um eine Vergleichbarkeit zwischen den Steuerungskreisen zu wahren. Kapitalseitig stellen sowohl die ökonomische als auch die regulatorische Adäquanzprüfung auf sämtliche Eigenkapital- und eigenkapitalnahen Bestandteile ab, welche laut bankaufsichtsrechtlichen Regelungen den Eigenmitteln zuzurechnen sind. In der ökonomischen Betrachtung wird ebenfalls eine Dynamisierung um unterjährige risikokapitalwirksame Effekte durchgeführt. Für die Bremer Landesbank wird konservativ festgelegt, dass im Normalfall maximal 80% der ökonomischen Risikodeckungsmasse mit Risikopotenzialen belegt werden dürfen. Ein Teil der gesamten Risikodeckungsmasse wird so bewusst als Puffer vorgehalten und dient insbesondere zur Abdeckung der Risikobeiträge aus Stresssituationen.

Bei der Ermittlung der Risikotragfähigkeit werden auch Risikokonzentrationen berücksichtigt, sowohl innerhalb einer Risikoart als auch über Risikoarten hinweg. Konzentrationen innerhalb einer Risikoart betreffen maßgeblich Kreditrisiken als bedeutendste Risikoart der Bremer Landesbank. Diese werden über das interne Kreditrisikomodell in das RTF-Modell integriert. Darüber hinaus wird den Anforderungen der MaRisk hinsichtlich risikoartenübergreifender Konzentrationen in der ökonomischen Kapitaladäquanz über Stresstests Rechnung getragen. Die Stresstests reflektieren die Geschäfts- und Risikoschwerpunkte der Bremer Landesbank. Es werden die Branchen, Segmente, Regionen und Kunden selektiert, die einen maßgeblichen Einfluss auf die Risikosituation der Bremer Landesbank haben. Im Kontext der Risikotragfähigkeit wird regelmäßig über die Ergebnisse berichtet.

Die Ableitung strategischer Limite aus der Risikotragfähigkeit erfolgt aus dem Going Concern Case unter Berücksichtigung der in der Risikostrategie vorgenommenen Risikokapitalallokation. Die internen Vorgaben der Risikostrategie zur Risikoneigung sowie zur Allokation des Risikokapitals werden regelmäßig monatlich im Rahmen der Risikoberichterstattung überwacht.

Risikopotenzialauslastung des vorhandenen Risikokapitals im ICAAP

in Mio. €	Risikotragfähigkeit			
	31.12.2010		31.12.2009	
Risikokapital	1.912,8	100,0%	1.853,1	100,0%
Kreditrisiken	942,7	49,3%	894,7	48,3%
Beteiligungsrisiken	28,1	1,5%	19,7	1,1%
Marktpreisrisiken	67,3	3,5%	27,8	1,5%
Liquiditätsrisiken	49,5	2,6%	0,1	0,0%
Operationelle Risiken	42,3	2,2%	55,1	3,0%
Risikopotenzial gesamt	1.129,9	59,1%	997,4	53,8%
Überdeckung	782,9	40,9%	855,7	46,2%
Risikodeckungsgrad		169,3%		185,8%

Der Risikodeckungsgrad belief sich zum 31.12.2010 auf 169,3%. Er liegt damit nach wie vor deutlich über dem intern vorgegebenen Mindestdeckungsgrad von 125%. Die Verringerung des Deckungsgrades gegenüber dem Vorjahr ist zum einen auf die methodischen Änderungen bei der Messung der Risikopotenziale von Marktpreis- und Liquiditätsrisiken im Rahmen des RTF-Konzeptes zurückzuführen. Zum anderen sind aufgrund erhöhter Ausfallwahrscheinlichkeiten bei Schiffsfinanzierungen die Risikopotenziale aus Kreditrisiken angestiegen.

Ausgehend von der Risikotragfähigkeit und unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Ergebnisplanungen erfolgt auch die Kapitalallokation auf die Geschäftsfelder in Form von Obergrenzen für die risikogewichteten Aktiva (RWA). Dies wird monatlich im RTF-Bericht überwacht. So können frühzeitig Risikoaktiva für die betroffenen Geschäftsfelder reallokiert und die Marktaktivitäten unterjährig im Kontext der Gesamtrisikosituation gesteuert werden.

Kreditrisiko

Das Adressrisiko (inkl. Länderrisiko) umfasst das Kreditrisiko und das Beteiligungsrisiko. Neben das originäre Adressrisiko tritt bei grenzüberschreitenden Transaktionen das Länderrisiko (Transferrisiko). Es beinhaltet die Gefahr, dass trotz Fähigkeit und Willigkeit der Gegenpartei,

den Zahlungsansprüchen nachzukommen, ein Verlust aufgrund übergeordneter staatlicher Hemmnisse entsteht.

Das Kreditrisiko untergliedert sich in das klassische Kreditrisiko und in das Adressrisiko des Handels.

Das klassische Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Kreditschuldners ein Verlust eintritt.

Das Adressrisiko des Handels bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners beziehungsweise eines Vertragspartners bei Handelsgeschäften ein Verlust eintritt. Es gliedert sich in das Ausfallrisiko im Handel, das Wiedereindeckungs-, das Settlement- und das Emittentenrisiko.

Das Ausfallrisiko im Handel bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners ein Verlust eintritt. Es entspricht dem klassischen Kreditrisiko und bezieht sich auf Geldhandelsgeschäfte der Bereiche Geldmarkt beziehungsweise Treasury.

Das Wiedereindeckungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass in einer schwebenden Transaktion mit positivem Barwert der Vertragspartner ausfällt und diese Transaktion mit Verlust wiedereingedeckt werden muss.

Das Settlementrisiko untergliedert sich in das Vorleistungs- und das Abwicklungsrisiko. Das Vorleistungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass bei Erfüllung eines Geschäfts nach erbrachter eigener (Vor-)Leistung keine Gegenleistung durch den Vertragspartner erfolgt beziehungsweise bei gegenseitiger Aufrechnung der Leistungen die Ausgleichszahlung nicht erbracht wird. Das Vorleistungsrisiko kann ausgeschlossen werden, wenn der Gegenwert vom Vertragspartner vorab valutengerecht angeschafft wird beziehungsweise Zug um Zug anzuschaffen ist oder wenn entsprechende Deckung besteht. Das Abwicklungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Transaktionen zum oder nach Ablauf des vertraglich vereinbarten Erfüllungszeitpunktes beidseitig nicht abgewickelt werden können.

Das Emittentenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder aufgrund der Bonitätsverschlechterung eines Emittenten oder eines Referenzschuldners (Kreditderivate) ein Verlust eintritt.

Für die Bank stellt das Kreditgeschäft und somit das Management von Kreditrisiken eine Kernkompetenz dar, die es gilt, permanent weiterzuentwickeln und auszubauen. Das Selbstverständnis der Bank ist auch künftig, sich gegenüber den Kunden als zuverlässige Regionalbank mit überregionalem Spezialgeschäft zu positionieren.

Um den besonderen Erfordernissen jedes Geschäftsfeldes gerecht zu werden, hat die Bank für jedes Marktsegment Finanzierungsgrundsätze festgelegt, die für den zuständigen Marktbereich verbindliche Leitplanken für das Kreditneugeschäft darstellen. Der Fokus im Kreditneugeschäft liegt eindeutig auf Abschlüssen mit Kunden von guter Bonität.

Die Aufbauorganisation der Bremer Landesbank gewährleistet für das Kreditgeschäft eine funktionale Trennung der Marktbereiche von der Marktfolge beziehungsweise dem Risikocontrolling bis auf Vorstandsebene. Die Aufgaben der unabhängigen Marktfolge werden vom Bereich Marktfolge Finanzierungen, die Aufgaben der unabhängigen Überwachung der Risiken auf Portfolioebene und das unabhängige Berichtswesen vom Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling im Bereich Gesamtbanksteuerung wahrgenommen.

Das von der Bank gewählte Modell zur Funktionstrennung im Kreditentscheidungsprozess trägt ihrer strategischen Ausrichtung als Regionalbank mit überregionalem Spezialfinanzierungsgeschäft Rechnung, indem die Kreditentscheidung sowohl eine qualitativ hochwertige Risikoanalyse im Rahmen des Marktvotums als auch ein Zweitvotum der Marktfolge voraussetzt, welche damit die unabhängige und einheitliche Qualitätssicherungsfunktion für die Risikobeurteilung im Kreditgeschäft übernimmt. Die Marktfolge ist neben der Erstellung des Zweitvotums für die Überprüfung und Festsetzung des Ratings, die Überprüfung von Sicherheitenwerten, die Bearbeitung und Betreuung der Sanierungs-/Abwicklungsfälle und der Risikovorsorge sowie die Gestaltung der Prozesse und Regelwerke des Kreditgeschäfts der Bank zuständig.

Ab bestimmten Größenordnungen werden Entscheidungen durch den Vorstand, den Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss (AAKA) beziehungsweise dessen Vorsitzenden getroffen. Der AAKA als Ausschuss des Aufsichtsrats hat die Aufgabe, in regelmäßig stattfindenden Sitzungen Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats bei der Beratung und Überwachung der Geschäftsführung wahrzunehmen.

Basis der operativen Tätigkeiten im Kreditgeschäft sind die in den Organisationsrichtlinien der Bank enthaltenen Arbeitsanweisungen und internen Richtlinien, insbesondere die Kredit-, Zuständigkeits-, Votierungs-, Sicherheiten- und Ratingrichtlinien, welche die wesentlichen Grundsätze der Kreditvergabe enthalten.

Grundlage zur individuellen Beurteilung des Adressausfallrisikos auf Kundenebene sind die in der Sparkassenfinanzgruppe entwickelten Ratingverfahren, die auf die jeweiligen Kundensegmente individuell zugeschnitten und bankaufsichtlich zugelassen sind. Neben den wirtschaftlichen Verhältnissen werden in Abhängigkeit von der Kundengruppe auch die Marktverhältnisse, die Produktqualität, die Wettbewerbssituation, das Management sowie Cashflow- und zukunftsbezogene Daten analysiert und beurteilt.

Mit Hilfe dieser Ratingverfahren wird die Ausfallwahrscheinlichkeit von Kreditnehmern und Kontrahenten ermittelt und einer entsprechenden Ratingklasse zugeordnet.

Masterskala der Bremer Landesbank

IFD	Ratingklasse	Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit	Kundenklasse
Sehr gut bis gut	1 (AAAA)	0,00%	Normalbetreuung
	1 (AAA)	0,01%	
	1 (AA+)	0,02%	
	1 (AA)	0,03%	
	1 (AA-)	0,04%	
	1 (A+)	0,05%	
	1 (A)	0,07%	
	1 (A-)	0,09%	
	2	0,12%	
	3	0,17%	
Gut/zufriedenstellend	4	0,26%	
	5	0,39%	
Noch gut/befriedigend	6	0,59%	
	7	0,88%	
Erhöhtes Risiko	8	1,32%	
	9	1,98%	
Hohes Risiko	10	2,96%	Intensivbetreuung
	11	4,44%	
	12	6,67%	
Sehr hohes Risiko	13	10,00%	
	14	15,00%	
	15	20,00%	
Default (=Non-Performing-Loans)	16	100,00%	Sanierung
	17	100,00%	
	18	100,00%	
			Abwicklung

Die Ratingverfahren stellen ein Instrument des aktiven Risikomanagements dar. Die Trennschärfe (Prognosequalität) der Ratingverfahren, jeder einzelnen Ratingkomponente und deren Zusammenwirken wird regelmäßig von den Ratingdienstleistern durch Backtesting und Validierung auf Basis der Datenpools geprüft. Diese unter anderem über beobachtete Ausfallraten durchgeführten Qualitätskontrollen bestätigen nicht nur die Einhaltung von Mindeststandards, sondern geben auch Impulse für Weiterentwicklungen.

Die Validierung der Ratingverfahren erfolgt über die beiden zentralen Ratingdienstleister der Sparkassenfinanzgruppe, die „Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH“ (S Rating), eine Tochtergesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), und die „Rating Service Unit GmbH & Co. KG“ (RSU), eine zusammen mit anderen Landesbanken gegründete Gesellschaft. Beide Ratingdienstleister gewährleisten ein internes Rating im Sinne der Solvabilitätsverordnung. Auf Basis eines strukturierten Prozesses wird die Bankenaufsicht regelmäßig über Änderungen und Weiterentwicklungen bei den Ratingverfahren und sonstigen IRBA-Systemen informiert.

Die Daten der Bremer Landesbank werden bei den beiden Ratingdienstleistern gepoolt. Aufgabe der Bremer Landesbank ist es jeweils, die Angemessenheit der auf Poolebene validierten Ratingmodule für das bankinterne Portfolio nachzuweisen (Repräsentativitätsnachweis).

Die Bank hat die Anforderungen der Solvabilitätsverordnung umgesetzt und unterlegt seit 2008 ihre Ausfallrisiken auf Basis des auf internen Ratings basierenden Ansatzes (Basis-IRBA) mit Eigenkapital.

Bei den Ratingsystemen der RSU engagiert sich die Bank bei der Weiterentwicklung der Methodik. Die Schwerpunkte liegen hier bei den Schiffs-, Projekt- und Leasingfinanzierungen, bei denen die Bank über eine besondere Expertise verfügt. Bei den Ratingsystemen der S Rating engagiert sich die Bank in der Qualitätssicherung der Kommunikation der erarbeiteten Ergebnisse innerhalb der Sparkassenfinanzgruppe.

Zur Ermittlung der Länder- und Transferrisiken nutzt die Bremer Landesbank das volkswirtschaftliche Know-how der NORD/LB.

Die Module Banken, Corporates, Länder- und Transferrisiko, Leasing sowie das DSGVO-StandardRating und das DSGVO-KundenkompaktRating basieren auf Scorecard-Verfahren. Im Rahmen von Scorecard-Ansätzen werden Merkmale und Faktoren identifiziert, die die Fähigkeit aufweisen, zwischen guten und schlechten Kreditnehmern zu differenzieren. Voraussetzung für die Anwendung eines Scorecard-Ansatzes ist eine ausreichende Anzahl an relativ homogenen Kreditnehmern.

Da diese Voraussetzung bei Spezialfinanzierungen häufig nicht gegeben ist, kommt hier vorwiegend die Simulationstechnik zum Einsatz. So wird die Bewertung der Finanzierungen von Projekten, Schiffen und nationalen Immobilien mit Hilfe von Cashflow-Simulationsmodellen durchgeführt. Primäre Quelle für die Rückführung der Verbindlichkeit sind die Einkünfte aus dem finanzierten Objekt. Das Kreditrisiko wird insofern durch die Schwankung der Einkünfte und Ausgaben des Objekts bestimmt. Im Simulationsverfahren wird der Cashflow des Objekts in verschiedenen Szenarien nachgebildet, die hinsichtlich der makroökonomischen und industriespezifischen Gegebenheiten variieren und die zukünftige Entwicklung von Faktoren wie zum Beispiel Mieten und Charratens simulieren. Unter der Vielzahl der Szenarien lassen sich im Anschluss diejenigen identifizieren, in denen der Kreditnehmer als ausgefallen gelten muss.

Im Rahmen der Ratingmodule werden sowohl bei den Scorecard- als auch bei den Simulationsverfahren neben den quantitativen auch qualitative Faktoren berücksichtigt. Im Anschluss sind noch Überschreibungsmöglichkeiten vorgesehen, die jedoch in Richtung einer Ratingverbesserung begrenzt sind. Zudem werden Warnsignale und der Konzernhintergrund einbezogen. Erst die Berücksichtigung dieser Aspekte führt dann zum endgültigen Ratingergebnis.

Im Jahr 2011 wird sich die Zusammenarbeit mit der NORD/LB, den in der RSU zusammengeschlossenen Landesbanken und dem DSGVO bei der Weiterentwicklung der Ratingverfahren fortsetzen. Einen Schwerpunkt wird die Zusammenarbeit in der Schätzung von ausfallgefährdetem Volumen und Verlustquoten bilden.

Die vollständige Bewertung des Kreditnehmers beziehungsweise der Transaktion bildet die Grundlage für die Kreditgewährung, die Kreditrisikosteuerung und die risikoadjustierte Kreditbepreisung des erwarteten Verlustes. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei die sich in den Ratingergebnissen widerspiegelnde Ausfallwahrscheinlichkeit der Kreditnehmer beziehungsweise der Transaktionen. Über die Ausfallwahrscheinlichkeit hinaus sind jedoch auch die Verlustquote, die Laufzeit, der ausfallgefährdete Betrag sowie weitere transaktionsspezifische Risiken (unter anderem Währung, Produkt) von zentraler Bedeutung.

Zur Steuerung der Risiken auf Einzelgeschäftsebene wird für jeden Kreditnehmer ein spezifisches Limit festgelegt. Die wesentlichen Parameter zur Ableitung dieses Limits sind die Bonität des Schuldners, ausgedrückt durch eine Ratingnote, sowie die ihm zur Verfügung stehenden freien Mittel zur Bedienung des Kapitaldienstes.

Die Risikobewertung der Engagements erfolgt mittels Ratingverfahren und im Rahmen definierter Kreditprozesse. Im Bestandsgeschäft wird – ausgehend von den Ergebnissen beziehungsweise Warnhinweisen turnusmäßig oder aufgrund von Negativinformationen anlassbezogen eingesetzter Ratingverfahren – ein Handlungsbedarf in den operativen Bereichen identifiziert. Wesentliche Rating- beziehungsweise Bonitätsverschlechterungen lösen je nach Rating-/Bonitätsstufe und Engagementhöhe die Erstellung eines Sachstandsberichts oder einer Kreditüberwachungsvorlage aus.

Die Bank stellt weiterhin sicher, dass Engagements mit höherer Ausfallwahrscheinlichkeit in gesonderten Organisationseinheiten von besonders qualifizierten Mitarbeitern betreut werden. Höhere Engagementrisiken führen gemäß Kreditregularien zu Zwangsläufigkeiten in der Bearbeitung und Steuerung. Diese Engagements sind in wesentlich kürzeren Zeitintervallen (halbjährlich oder anlassbezogen bei Negativinformationen) vorzutragen. In Abhängigkeit von Ratingklasse und Engagementhöhe reicht der Genehmigungsprozess bis in den Gesamtvorstand. Grundsätzlich gilt folgende Zuordnung:

1. Engagements ab Ratingklasse 9 sind „intensiv“ zu betreuen. Zu analysieren sind die Ursachen für die Situationsverschlechterung und die Engagementstrategie unter Kosten-Nutzen-Aspekten. Gegebenenfalls werden die Sicherheiten verstärkt, die Konditionen angepasst, die Berichterstattungspflichten des Kunden intensiviert sowie Sanierungsbetreuer oder externe Berater hinzugezogen.
2. Ab der Ratingklasse 12 erfolgt eine Übertragung in die der „Marktfolge“ zugeordnete OE Sanierung. Dort erfolgt eine Überprüfung auf Sanierungsfähigkeit und -würdigkeit. Eine Neufestsetzung der Engagementstrategie ist unter Kosten-Nutzen-Aspekten vorgeschrieben. Gegebenenfalls erfolgt eine Absicherung des Sanierungskredites durch weitere adäquate Sicherheiten, eine Anpassung der Konditionen sowie eine Entscheidung über die Kündigung der Geschäftsverbindung.
3. Werden akute Ausfallrisiken erkannt, wird ein Prozess initiiert, der die zeitnahe Bildung, DV-Erfassung und Kommunikation einer Einzelwertberichtigung einheitlich in der Bank sicherstellt. Diese Engagements sind grundsätzlich neu zu bewerten, wobei der Ausfallgrund „EWB-Bildung“ zu erfassen ist. Aus der Einstufung ergeben sich die bereits aufgeführten Zwangsläufigkeiten. Bei erheblichem Risikovorsorgeneu-/mehrbedarf (ab 1 Mio. € im laufenden Jahr) wird über den Dezernenten Marktfolge der Gesamtvorstand unverzüglich informiert.
4. Gekündigte Engagements werden durch die OE Abwicklung bearbeitet; bei Kündigung des Engagements, Insolvenz oder Ähnlichem ist ein neues Rating zu erstellen, wobei der jeweilige Ausfallgrund zu erfassen ist.

Zur Identifizierung und Überwachung von Risikokonzentrationen auf Ebene der Kreditnehmereinheiten hat die Bank ein LEM-Limitmodell im Einsatz. Die Limitierung erfolgt dabei auf Basis wirtschaftlicher Verbände, die mindestens Kreditnehmereinheiten nach § 19 Abs. 2 KWG, gegebenenfalls ergänzt um indirekte Obligen, umfassen. Das Modell erlaubt eine Bewertung des Risikokonzentrationsgehalts eines Engagements unter Berücksichtigung des Risikodeckungskapitals der Bank und der Risikopräferenzen der Geschäftsleitung sowie unter Berücksichtigung der Bonität des Kreditnehmers und der Besicherung der Forderung.

Das Limitmodell definiert für jedes Large Exposure Grenzen, anhand derer ein Engagement als unauffällig (Weiß-Bereich), risikokonzentrationsbehaftet (Grau-Bereich) oder stark risikokonzentrationsbehaftet (Schwarz-Bereich) klassifiziert wird. Ziel ist es, Engagements im Schwarz-Bereich zu reduzieren und im Grau-Bereich ein ausgewogenes Verhältnis von Risiko und Ertrag zu erhalten. Damit ist ein Schutz vor zu hohen Konzentrationen auf Adressebene gewährleistet.

Die Steuerung von Risiken auf Portfolioebene erfolgt im Wesentlichen auf Basis von Risikoaktivobergrenzen für Geschäftsfelder sowie auf Basis von Länder- und Branchensegmentlimiten. Die Obergrenzen werden aus der Risikotragfähigkeit der Bremer Landesbank abgeleitet.

Für die Bemessung der Adressausfallrisiken sind neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten auch die zur Verfügung gestellten banküblichen Sicherheiten und andere Risikominderungstechniken von wesentlicher Bedeutung. Die Bank nimmt daher zur Reduzierung des Adressausfallrisikos in- und ausländische Sicherheiten in Form von Gegenständen und Rechten (Beleihungsobjekten) herein. Bei der Hereinnahme von Sicherheiten wird auf die Verhältnismäßigkeit von Kosten und Nutzen der Besicherung geachtet.

Die Sicherheiten werden sowohl zum Zeitpunkt der Kreditgewährung als auch in der laufenden (mindestens jährlichen) Überwachung danach beurteilt, ob sie nach der voraussehbaren wirtschaftlichen Entwicklung während der (Rest-)Laufzeit des Kredites zu dem angenommenen Wert als verwertbar erscheinen. Es wird daher in jedem Einzelfall geprüft, ob der Wertansatz nach der besonderen Art der Sicherheit und nach ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Verwertbarkeit unter Würdigung der Person des Kreditnehmers und der Art des Kredites gerechtfertigt erscheint. Sofern sich bewertungsrelevante Einflussfaktoren geändert haben, wird die Bewertung entsprechend angepasst.

In den Kreditrichtlinien und Beleihungsgrundsätzen der Bank ist festgelegt, welche grundsätzlichen Arten von Sicherheiten und Beleihungsobjekten Verwendung finden sollen und bis zu welchem Anteil des Beleihungswertes (Beleihungsgrenze) ein Beleihungsobjekt maximal beliehen werden kann. Als Kreditsicherheiten werden Bürgschaften, bürgschaftsähnliche Kreditsicherheiten, Sicherungsabtretungen von Forderungen und anderen Rechten, Pfandrechte an beweglichen Sachen, Immobilien, Forderungen und anderen Rechten sowie Sicherungsübereignungen von beweglichen Sachen hereingenommen. Darüber hinaus können weitere Sicherheiten mit dem Kreditnehmer kontrahiert werden, die jedoch den Blankoanteil des Engagements nicht reduzieren.

Zur Berechnung der Kreditrisikominderung werden die relevanten Sicherheiten vollständig im Collateral-Management-System (CMS) erfasst. Die realistische Einschätzung der Sicherheiten-erlöse beziehungsweise der Verlustquote bei Ausfall sowie der ausfallgefährdeten Beträge ermöglicht zusammen mit der Ausfallwahrscheinlichkeit eine detaillierte Quantifizierung der Verlustpotenziale aus den einzelnen Kreditengagements.

Die Bank ist zuletzt 2004 im Rahmen von Verbriefungstransaktionen als Investor aufgetreten und verfügt per Jahresultimo durch vorzeitige Tilgung der unbedeutenden Restposition über keinen Bestand mehr. Verbriefungen des eigenen Kreditgeschäftes hat die Bank – abgesehen vom traditionellen Pfandbriefgeschäft und von Kommunalobligationen – nicht vorgenommen.

Des Weiteren ist die Bremer Landesbank im Rahmen einer Solidaraktion der Landesbanken unter Führung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V. (DSGV) an der Stützungsaktion der Sachsen LB im Rahmen eines Darlehens für die Zweckgesellschaft Sealink Funding beteiligt. Die mit diesem Darlehen verbundenen Risiken sind begrenzt. Die Position wird planmäßig abgebaut.

Die Quantifizierung des Ausfallrisikos (Kreditrisiko und Beteiligungsrisiko) erfolgt mit den Risikokennzahlen Erwarteter Verlust und Unerwarteter Verlust. Der Erwartete Verlust wird auf Basis einjähriger Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD) unter Berücksichtigung von Verlustquoten ermittelt. Die Risikoprämie, die zur Abdeckung des Erwarteten Verlustes vereinnahmt werden muss, wird mit der Software CPC (Credit Pricing Calculator) berechnet.

Im Gegensatz zum Erwarteten Verlust besteht das eigentliche Risikopotenzial für die Bank in dem Unerwarteten Verlust risikobehafteter Geschäfte, das heißt in der Gefahr, dass tatsächlich eintretende Verluste höher ausfallen als erwartet.

Der Unerwartete Verlust wird für unterschiedliche Konfidenzniveaus und einen Zeithorizont von einem Jahr quantifiziert. Die Bank hat diesbezüglich 2009 ein konzerneinheitliches ökonomisches Kreditrisikomodell eingeführt und 2010 erstmals validiert. Das Modell dient der Schätzung der Eintrittswahrscheinlichkeiten von Unerwarteten Verlusten (Unexpected Loss) unter Berücksichtigung von Portfolioeffekten (Konzentrations- und Diversifikationseffekte aufgrund von Korrelationen im Portfolio). Ziel ist die Überwachung und Begrenzung von Kreditrisiken auf Portfolioebene, insbesondere unter Einbeziehung von Adress- und Branchenkonzentrationen. Das Kreditrisikomodell wird stetig weiterentwickelt.

Das Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling verfasst monatlich für den Vorstand den RTF-Bericht, der alle wesentlichen Strukturmerkmale und Parameter darstellt und analysiert, die für die Steuerung des Kreditportfolios benötigt werden. Das gesamte Berichtswesen basiert auf dem „KRC-Datenpool“, der vom Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling betrieben wird. 2011 wird der KRC-Datenpool durch einen SAP-Datenhaushalt abgelöst. Im Rahmen der Weiterentwicklung des RTF-Konzeptes wird auch der RTF-Bericht in der bisherigen Form abgelöst. Künftig erfolgt die Darstellung des Kreditrisikos in einem separaten Kreditportfoliobericht, der den Vorstand quartalsweise detailliert über das Kreditrisiko informiert.

Die gesamte Methodenhoheit (Rating, Scoring, Risikomodellierung) ist im Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling gebündelt, das im Rahmen seiner Berichterstattungspflichten auch für die notwendige Evidenz über das Kreditrisiko Sorge trägt.

Die Risikoberichterstattung der Bank erfolgt nach dem Management Approach. Interne und externe Risikoberichterstattung basieren damit grundsätzlich auf gleichen Begriffen, Methoden und Daten. Im Kontext der Kreditrisikosteuerung spielt der Begriff des Kreditexposures eine maßgebliche Rolle. Diese Zahl spiegelt den Gegenwartswert aller kreditrisikobehafteten Transaktionen mit einem Kontrahenten wider.

Basis für die Berechnung des Kreditexposures sind die Inanspruchnahmen (bei Garantien der Nominalwert, bei Wertpapieren der Buchwert) und die Kreditäquivalente aus Derivaten (inklusive AddOn und unter Berücksichtigung von Netting). Unwiderrufliche und widerrufliche Kreditzusagen werden transaktionsspezifisch in das Kreditexposure eingerechnet, während Sicherheiten unberücksichtigt bleiben.

Das Kreditexposure der Bank beträgt zum 31. Dezember 2010 rd. 39.423 Mio. € und ist damit gegenüber dem Vorjahresresultimo um rd. 1,0 % gestiegen.

Die nachfolgende Tabelle vergleicht die Ratingstruktur des Kreditbestandes mit dem Vorjahr. Die Klassifizierung entspricht dabei der Standard-IFD-Ratingskala, auf die sich die in der Initiative Finanzstandort Deutschland (IFD) zusammengeschlossenen Banken, Sparkassen und Verbände geeinigt haben. Diese soll die Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Ratingeinstufungen der einzelnen Kreditinstitute verbessern.

Die Ratingklassen der in der Bank genutzten 18-stufigen DSGV-Rating-Masterskala können direkt in die IFD-Klassen überführt werden.

Kreditgeschäft nach Ratingstruktur

Risikostruktur ^{1) 2)} in Mio. €	Darlehen ³⁾	Wertpapiere ⁴⁾	Derivative ⁵⁾	Sonstige ⁶⁾	Gesamt	
					31.12.2010	31.12.2009
Sehr gut bis gut	14.205	5.455	3.537	4.322	27.518	28.401
Gut/zufriedenstellend	3.449	57	196	515	4.216	4.432
Noch gut/befriedigend	3.118	–	63	382	3.563	3.139
Erhöhtes Risiko	1.036	37	71	87	1.232	1.008
Hohes Risiko	898	–	16	36	950	469
Sehr hohes Risiko	1.161	–	13	15	1.189	921
Default (= NPL)	719	–	8	27	755	640
Gesamt	24.586	5.549	3.904	5.383	39.423	39.010

¹⁾ Zuordnung gemäß IFD-Ratingklassen.

²⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

³⁾ Beinhaltet in Anspruch genommene bzw. zugesagte Kredite, Bürgschaften, Garantien und andere nicht-derivative außerbilanzielle Aktiva, wobei analog zur internen Berichterstattung die unwiderruflichen und die widerruflichen Kreditzusagen anteilig einbezogen sind.

⁴⁾ Beinhaltet den Wertpapier-Eigenbestand fremder Emittenten (nur Anlagebuch).

⁵⁾ Beinhaltet derivative Finanzinstrumente wie Finanzswaps, Optionen, Futures, Forward Rate Agreements und Devisengeschäfte.

⁶⁾ Beinhaltet sonstige Produkte wie Durchleitungs- und Verwaltungskredite.

Der hohe Anteil in den Klassen „sehr gut“ und „gut“ resultiert aus der großen Bedeutung des Interbankengeschäfts beziehungsweise des Geschäfts mit öffentlichen Haushalten und ist gleichzeitig ein Spiegelbild der Risikopolitik der Bank. Insgesamt hat sich jedoch 2010 die Risikostruktur des Kreditportfolios weiter verschlechtert. Die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat sich insbesondere negativ auf das Schiffsfinanzierungsportfolio ausgewirkt. Der in den letzten Jahren eingebrochene Welthandel führte zu sinkenden Charraten und Schiffspreisen. Durch die 2010 eingetretene Erholung der Weltwirtschaft sind in einigen Schiffahrtsmärkten Raten- und Wertverbesserungen eingetreten. Die gesunkene Bonität vieler Reedereien wirkt sich ratingsystembedingt allerdings zeitverzögert aus. Aufgrund der breiten Streuung des Portfolios in den verschiedenen Teilmärkten und Schiffgrößen ist der Anstieg der Risikovor-

sorge bisher geringer als prognostiziert ausgefallen. Sofern sich die eingetretene Markterholung 2011 fortsetzt, dürften sich analog dazu die rechnerischen Risikopotenziale wieder zurückbilden. Für mögliche weitere Ausfälle hat die Bank durch die Bildung von Reserven nach §§ 340f und 340g HGB vorgesorgt.

Aufgeteilt nach Regionen stellt sich das Kreditexposure wie folgt dar:

Kreditgeschäft nach Regionen

Regionen in Mio. €	Darlehen	Wertpapiere	Derivative	Sonstige	Gesamt	
					31.12.2010	31.12.2009
Euro-Länder	23.125	5.060	3.030	5.377	36.594	35.974
Sonstiges Westeuropa	472	328	848	1	1.649	1.804
Osteuropa	51	–	0	4	55	63
Nordamerika	108	141	26	0	275	293
Lateinamerika	130	–	–	0	130	137
Naher Osten/Afrika	110	–	–	1	110	101
Asien	64	20	0	0	84	93
Übrige	526	–	0	–	526	545
Gesamt	24.586	5.549	3.904	5.383	39.423	39.010

Exposure in ausgewählten Ländern ¹⁾ in Mio. €	Gesamtexposure	
	31.12.2010	31.12.2009
Portugal	226	227
– davon Sovereign Exposure ²⁾	–	–
– davon Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	225	225
Irland	385	423
– davon Sovereign Exposure ²⁾	–	–
– davon Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	366	423
Italien	866	865
– davon Sovereign Exposure ²⁾	73	69
– davon Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	792	795
Griechenland	57	67
– davon Sovereign Exposure ²⁾	56	60
– davon Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	1	0
Spanien	584	627
– davon Sovereign Exposure ²⁾	–	–
– davon Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	582	600
Gesamt	2.118	2.209
– davon Sovereign Exposure ²⁾	129	129
– davon Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	1.966	2.043

1) Die Zuordnung erfolgt analog zur internen Berichterstattung nach wirtschaftlichen Kriterien.

2) Enthält Exposures gegenüber Staaten, Regionalregierungen und Kommunen.

Die Tabellen belegen, dass das Länderrisiko für die Bank von nachgeordneter Bedeutung ist. Der Euro-Raum ist nach wie vor das mit Abstand wichtigste Geschäftsgebiet der Bank. In den von der Euro-Krise besonders betroffenen PIIGS-Staaten beläuft sich das Gesamtexposure auf 2,1 Mrd. €. Direkte Engagements gegenüber Staaten, Regionalregierungen und Kommunen spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Die Abweichungen zwischen der Gesamtsumme gemäß vorstehender Tabelle nach Regionen und derjenigen für die in der Bilanz enthaltenen Finanzinstrumente resultieren aus unterschiedlichen Bewertungen und anderen AddOns.

Der Anteil von Finanzierungsinstitutionen/Versicherern am Gesamtexposure ist mit 39% zwar relativ hoch, aber er beinhaltet Institutionen mit sehr guten bis guten Ratingnoten. Die bedeutendsten Kreditrisiken resultieren weiterhin aus dem Spezialfinanzierungs- und Firmenkundengeschäft.

Kreditgeschäft nach Branchengruppen

Branchen in Mio. €	Darlehen	Wertpapiere	Derivative	Sonstige	Gesamt	
					31.12.2010	31.12.2010
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherer	5.209	4.160	3.395	2.418	15.182	14.923
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	7.859	1.384	167	712	10.122	10.575
– davon Grundstücks-, Wohnungswesen	1.017	–	13	156	1.186	1.223
– davon öffentliche Verwaltung	3.702	1.384	132	63	5.281	5.431
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	7.618	–	117	120	7.855	7.793
– davon Schifffahrt	6.938	–	113	52	7.103	7.008
– davon Luftfahrt	93	–	0	–	94	118
Verarbeitendes Gewerbe	712	–	33	155	900	850
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	1.728	–	10	1.639	3.377	3.107
Handel, Instandhaltung, Reparatur	1.012	5	179	149	1.346	1.077
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	136	–	2	114	252	214
Baugewerbe	312	–	1	76	389	431
Übrige	–	–	–	0	0	40
Gesamt	24.586	5.549	3.904	5.383	39.423	39.010

In der Bank werden für akute Ausfallrisiken bei Vorliegen objektiver Hinweise Einzelwertberichtigungen gebildet. Der Risikovorsorgebedarf basiert auf einer barwertigen Betrachtung der noch zu erwartenden Zins- und Tilgungszahlungen sowie der Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten.

Der Bestand an Einzelwertberichtigungen (EWB) und Rückstellungen für das Kreditgeschäft ist im Jahr 2010 nochmals deutlich gestiegen. Dies ist insbesondere auf die Krise in der Schiffsfinanzierung zurückzuführen. Die EWB-Quote als das Verhältnis von EWB-Bestand zur Summe der Exposures beträgt 0,53% (Vorjahr: 0,42%).

Der Anteil der Non-Performing Loans am Gesamtexposure beträgt 1,69% (Vorjahr: 1,64%). Die Non-Performing Loans sind vor Sicherheitenanrechnung zu 31,7% (Vorjahr: 25,6%) durch Einzelwertberichtigungen abgesichert.

Der seit Spätsommer 2008 stattfindende drastische Verfall der Frachtraten hatte seinen Tiefpunkt im ersten Halbjahr 2010 erreicht. Im weiteren Jahresverlauf 2010 waren in wichtigen Teilmärkten Erholungen der Frachtraten zu beobachten. Die Charraten lagen zum Jahreswechsel 2010/11 zum Teil weiterhin deutlich unter dem durchschnittlichen Niveau der letzten fünfzehn Jahre. In der Folge ist festzustellen, dass mit den niedrigen Fracht- und Charraten auch die Wertentwicklung der Schiffspreise und der Sicherheitenwerte negativ beeinflusst wurde.

Risikovorsorgebedarf nach Branchengruppen

Branchen in T€	Kreditexposure wertgeminderter Forderungen ¹⁾		Bestand EWB		Bestand Rückstel- lungen für das Kreditgeschäft		Nettozuführung/ Auflösungen von EWB/Rück- stellungen	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherer	3.517	15.405	8.316	6.851	2	148	1.319	5.855
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	116.336	139.586	59.048	64.057	1.970	1.819	-4.857	5.557
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	362.178	123.262	92.697	48.815	4.641	3.334	45.189	46.965
Verarbeitendes Gewerbe	18.056	24.858	7.999	12.062	1.530	3.242	-5.775	4.539
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	6.955	345	2.959	60	2.183	1.050	4.032	579
Handel, Instandhaltung, Reparatur	20.461	24.236	14.398	14.059	323	893	-231	2.538
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	4.328	5.456	4.075	2.614	0	2.273	-812	-242
Baugewerbe	35.808	24.267	21.375	15.050	10.058	8.470	7.913	4.809
Übrige	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	567.640	357.416	210.867	163.568	20.707	21.229	46.777	70.601

¹⁾ Exposure notleidender Forderungen vor Wertberichtigungsbedarf mit Wertminderungen.

Risikovorsorgebedarf nach Regionen

Regionen in T€	Kreditexposure wertgeminderter Forderungen		Bestand EWB		Bestand Rückstel- lungen für das Kreditgeschäft		Nettozuführung/ Auflösungen von EWB/Rück- stellungen	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Euro-Länder	547.339	354.140	204.357	161.769	20.641	21.166	42.063	70.227
Sonstiges Westeuropa	19.338	426	5.834	388	-	-	5.446	-736
Osteuropa	66	66	-	-	66	63	3	-63
Nordamerika	896	2.783	676	1.411	-	-	-735	1.411
Lateinamerika	-	-	-	-	-	-	-	-238
Naher Osten/Afrika	-	-	-	-	-	-	-	-
Asien	-	-	-	-	-	-	-	-
Übrige	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	567.640	357.416	210.867	163.568	20.707	21.229	46.777	70.601

Die folgenden Tabellen geben Auskunft über den in Verzug geratenen, aber noch nicht wertgeminderten Forderungsbestand. Als überfällig werden alle Forderungen ausgewiesen, die ab dem ersten Tag in Überziehung sind.

Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Branchengruppen

Branchen in T€	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter ¹⁾ Forderungen ²⁾	
	2010	2009 ³⁾
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer	128.716	35.235
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	66.966	135.693
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	283.515	684.524
Verarbeitendes Gewerbe	16.602	13.165
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	42.225	41.281
Handel, Instandhaltung, Reparatur	54.628	33.463
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	9.321	1.344
Baugewerbe	20.137	11.933
Übrige	–	–
Gesamt	622.110	956.638

¹⁾ Der Begriff „wertgemindert“ bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen. Portfoliowertberichtigungen bleiben unberücksichtigt.

²⁾ Forderungen mit Rückständen > 0 Tage, die nicht wertgemindert sind, auch hier EAD.

³⁾ Vorjahreszahlen methodisch angepasst, da in 2010 das gesamte Portfolio berücksichtigt wurde und nicht nur Engagements der Ratingklassen 16–18.

Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Regionen

Regionen in T€	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen	
	2010	2009
Euro-Länder	588.705	889.704
Sonstiges Westeuropa	17.952	44.312
Osteuropa	12.780	5.405
Nordamerika	1	–
Lateinamerika	0	17.071
Naher Osten/Afrika	345	–
Asien	–	146
Übrige	2.327	–
Gesamt	622.110	956.638

Aufgeteilt nach Überziehungstagen ergeben sich folgende überfällige, nicht wertgeminderte Forderungen an Kunden.

Überfällige, nicht wertgeminderte Forderungen

Risikotragende Finanzinstru- mente und Sicherheiten in Mio. €	Verzug ≤ 90 Tage		Verzug > 90 Tage, ≤ 180 Tage		Verzug > 180 Tage		Gesamt		Fair Value der Sicherheiten überfälliger, nicht wertgeminderter Finanzinstru- mente	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Forderungen an Kunden	591	798	6.	64	24	95	622	957	510	742

Der Bestand an überfälligen oder wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten in der Bank ist überwiegend durch bankübliche Sicherheiten und sonstige Kreditverbesserungen besichert, deren Bewertung anhand von Beleihungsgrundsätzen erfolgt. Die folgende Tabelle zeigt wertgeminderte finanzielle Vermögenswerte zu den Stichtagen.

Des Weiteren wird ersichtlich, dass der Buchwert nach Wertminderung weitestgehend durch den Fair Value der Sicherheiten abgedeckt wird.

Risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten in Mio. €	Betrag vor Wert- minderung		Betrag der Wert- minderung		Buchwert nach Wertminderung		Fair Value der Sicherheiten wert- geminderter Instrumente	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Forderungen an Kunden	568	357	205	160	362	197	314	179
Forderungen an Kreditinstitute	26	26	6	3	20	22	0	0

Die Bremer Landesbank hat im Berichtsjahr bei finanziellen Vermögenswerten, die ansonsten überfällig oder wertgemindert geworden wären, keine Neuverhandlungen der Vertragskonditionen durchgeführt.

Im Zusammenhang mit der Verwertung gehaltener Sicherheiten und sonstiger Kreditverbesserungen infolge des Ausfalls von Kreditnehmern hat die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Vermögenswerte erworben.

Die Bank wird auch im Jahr 2011 ihre Ausfallrisikosteuerung weiterentwickeln. In diesem Zusammenhang werden – wie jedes Jahr – die Risikoparameter und das Kreditrisikomodell insgesamt validiert. Die weiter zu intensivierenden Ausfallrisikoanalysen mit Schwerpunkt Stresstesting sowie die Risikokonzentrationsanalysen auf Adress- und Kreditportfolioebene werden weitere Impulse zur effizienten Kreditrisikosteuerung in der Bank liefern.

Die Bank rechnet in 2011 mit einem Rückgang der erforderlichen Risikovorsorge im Kreditgeschäft, insbesondere in der Schiffsfinanzierung.

Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital an Dritte Verluste entstehen. Darüber hinaus ist ein potenzieller Verlust aufgrund von sonstigen finanziellen Verpflichtungen (z.B. Gewährträgerhaftung, Patronat, Ergebnisabführungsvertrag) Bestandteil des Beteiligungsrisikos, sofern er nicht bei den weiteren Risiken berücksichtigt wurde.

Mit ihren Beteiligungen kommt die Bank ihrer besonderen Verantwortung für die Nordwest-Region nach. Dementsprechend bilden Beteiligungen an regionalen Unternehmen neben Beteiligungen im Rahmen des Sparkassenfinanzverbundes den Schwerpunkt des Beteiligungsportfolios. Die Bank trägt mit ihren Beteiligungen gleichermaßen zur Erfüllung des öffentlichen Auftrags und der Stärkung des regionalen Wirtschaftsraumes bei.

Die Tochtergesellschaften sind in die Unternehmensstrategie eingebunden und nehmen am konzernweiten Risikosteuerungsprozess im Sinne des § 25a KWG teil.

Die laufende Kontrolle und Steuerung der Beteiligungsgesellschaften erfolgen durch die Auswertung und Analyse des regelmäßigen Reportings der wichtigen Beteiligungsgesellschaften und die Einflussnahme in den jeweiligen Gremien der Gesellschaft (Gesellschafterversammlung, Aufsichts-, Verwaltungs- oder Beirat).

Die Steuerung der Adressausfallrisiken bei Beteiligungen erfolgt durch die OE Vorstandsassistenz/Unternehmensentwicklung/Beteiligungen, die Überwachung durch das Risikocontrolling.

Die Beteiligungen der Bank werden – bis auf wenige Ausnahmen – analog zum Kreditprozess dem Ratingprozess unterzogen. Ausnahmen hiervon bestehen lediglich dann, wenn bei eigenen Beteiligungen mit geschäftspolitischer Ausrichtung ohne Kreditgeschäft der Buchwertanteil der Bremer Landesbank 1.000 T€ gemäß § 19 Abs. 2 KWG nicht übersteigt. Das Risikopotenzial wird auf der Grundlage der Beteiligungsbuchwerte und der zugeordneten Ausfallwahrscheinlichkeit nach den Methoden der Ausfallrisikomessung quantifiziert.

Das Risikomanagement erfolgt in einem systematischen und permanenten Vorgehen und umfasst die Identifikation, die Analyse und Bewertung sowie die Dokumentation und Kommunikation etwaiger Risiken. Das mit den Beteiligungen verbundene Ausfallrisiko wird dabei im monatlichen RTF-Bericht kommuniziert. Darüber hinaus wird der Vorstand mindestens halbjährlich in Form eines Beteiligungsreports über die wesentlichen beteiligungsrelevanten Sachverhalte informiert.

Das Beteiligungsportfolio wurde während der letzten Jahre einer kritischen Prüfung unterzogen. Die Bank hat sich seither von einigen Beteiligungen getrennt und hat diesen Prozess auch 2010 weiter vorangetrieben.

Die Optimierung des Beteiligungsportfolios wird auch 2011 konsequent fortgesetzt.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko bezeichnet potenzielle Verluste, die sich aus Veränderungen von Marktparametern ergeben können. Das Marktpreisrisiko unterscheidet in das Zins-, das Währungs-, das Aktienkurs-, das Fondspreis-, das Volatilitätsrisiko sowie das Credit-Spread- und das Rohwarenrisiko.

Das Zinsrisiko besteht aus den Komponenten allgemeines Zinsrisiko (inkl. Credit-Spread-Risiko im Handelsbuch) und besonderes Zinsrisiko.

Ein allgemeines Zinsrisiko besteht immer dann, wenn der Wert einer Position oder eines Portfolios auf Veränderungen von einem oder mehreren Zinssätzen beziehungsweise auf Veränderungen von kompletten Zinskurven reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können. Darunter wird auch das Credit-Spread-Risiko des Handelsbuchs subsumiert.

Der aufsichtsrechtlichen Definition folgend werden unter dem besonderen Zinsrisiko potenzielle Wertveränderungen subsumiert, die sich aus Ratingmigrationen oder aus dem Ausfall von Emittenten (bei Wertpapieren) beziehungsweise Referenzschuldern (bei Kreditderivaten) ergeben. Im Verständnis der Bremer Landesbank entspricht das besondere Zinsrisiko dem Emittentenrisiko.

Das Währungsrisiko (oder Wechselkursrisiko) beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Devisenwechselkurse reagiert und die Veränderungen der Wechselkurse zu einer Wertminderung der Position führen können.

Das Aktienkursrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Aktienkurse beispielsweise -indizes reagiert und die Veränderungen der Aktienkurse oder -indizes zu einer Wertminderung der Position führen können.

Das Fondspreisrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Fondspreise reagiert und die Veränderungen der Fondspreise zu einer Wertminderung der Position führen können.

Das Volatilitätsrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Optionsposition aufgrund potenzieller Wertänderungen, die aus Marktbewegungen der für die Optionsbewertung herangezogenen Volatilitäten resultieren, reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können. Volatilitätsrisiken werden abhängig von der Art der Optionsprodukte den Risikokategorien Zinsänderungsrisiko, Aktienkursrisiko und Wechselkursrisiko zugeordnet.

Analog zum Handelsbuch bezeichnet das Credit-Spread-Risiko im Anlagebuch potenzielle Wertveränderungen, die sich ergeben, wenn sich der für den jeweiligen Emittenten, Kreditnehmer oder Referenzschuldner gültige Credit Spread verändert, welcher im Rahmen der Marktbewertung der Position verwendet wird. Um Doppelzählungen von Risiken zu vermeiden, können bonitätsinduzierte Ratingveränderungen bei der Ermittlung von Credit-Spread-Risiken des Anlagebuchs vernachlässigt werden, da diese im Emittentenrisiko berücksichtigt sind.

Das Rohwarenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass eine Position (auch Indizes und Derivate) an Wert verliert, weil sich der Preis der entsprechenden Commodities (z.B. Öl, Weizen) verändert.

Das Rohwarenrisiko besitzt für die Bremer Landesbank derzeit keine Relevanz, da keine offenen Positionen geführt werden.

Im Rahmen des Managements der Marktpreisrisiken konzentrieren sich die Aktivitäten der Bank auf ausgewählte Märkte, Kunden und Produktsegmente. Die Positionierung an den Geld-, Devisen- und Kapitalmärkten orientiert sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Kunden und der Unterstützung der Banksteuerung. Daneben werden auch Eigenhandelsaktivitäten ausgeübt und strategische Investitionen gehalten, die Marktpreisrisiken tragen.

Hinsichtlich des Zinsrisikos ist es das Ziel der Bank, Fristentransformation zu betreiben und an den allgemeinen Marktentwicklungen im Rahmen der Risikolimits zu partizipieren. Aus den strategischen Investitionen in fristenkongruent refinanzierte Wertpapiere und Kreditderivate resultieren darüber hinaus bedeutsame Credit-Spread-Risiken. Für diese Positionen wird allerdings weit überwiegend eine Buy&Hold-Strategie verfolgt. Die Abbildung der Geschäfte erfolgt daher grundsätzlich im Anlagebuch. Fondsrisiken, Aktienkurs- und Wechselkursrisiken sind 2010 strategisch von untergeordneter Bedeutung.

Gemäß Handelsstrategie liegt der Schwerpunkt der Handelsaktivitäten und damit eine bewusste Risikokonzentration beim Zinsrisiko. Wesentliche Produkte sind Zinsderivate und Renten (Bankanleihen, Pfandbriefe, öffentliche Anleihen). Eine Begrenzung der Risikokonzentrationen erfolgt durch eine Limitierung der unterschiedlichen Risikokategorien.

Das Management der offenen Marktpreisrisikopositionen erfolgt im Geschäftsfeld Financial Markets in den Handelseinheiten sowie im Aktiv-Passiv-Management, welches unter anderem die im Einlagen- und Kreditgeschäft begründeten Marktpreisrisiken zentral für Laufzeiten von mehr als zwölf Monaten disponiert und steuert. Der Geldhandel steuert das Zinsänderungsrisiko für Laufzeiten bis zwölf Monate, dem Devisenhandel obliegt die Verantwortung für Abläufe in Fremdwährung über alle Laufzeiten.

Im Dispositionsausschuss stellt das Aktiv-Passiv-Management die aktuelle Situation der strategischen Anlagen vor und unterbreitet Handlungsvorschläge. Der Dispositionsausschuss votiert über das weitere strategische Dispositionsverhalten. Bei diesem zweiwöchentlich tagenden Ausschuss handelt es sich um ein Beratungsgremium des Gesamtvorstandes, dem Vertreter der Bereiche Financial Markets und Gesamtbanksteuerung angehören. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt durch das Aktiv-Passiv-Management nach Beschluss des Vorstandes und innerhalb des Risikolimits für die strategische Disposition (Gesamtbankdisposition).

Im Credit Investment Board stellt der Bereich Credit Investments die Positionierung in fristenkongruent refinanzierten Wertpapieren sowie Kreditderivaten des Anlagebuches dar und unterbreitet Vorschläge zur Risikosteuerung des Portfolios. Das Board tagt in der Regel zweiwöchentlich. Es berät den Vorstand bezüglich der Steuerung und zeigt die wirtschaftlichen Auswirkungen auf. Dem Credit Investment Board gehören der Risiko- und der Marktvorstand, Vertreter der OE Financial Markets, Marktfolge Finanzierungen und der Gesamtbanksteuerung an. Die Umsetzung der vom Vorstand beschlossenen Maßnahmen erfolgt durch die OE Credit Investments.

Serviceleistungen erbringen der Bereich Unternehmensservice und die Gruppe Financial Markets Zentrale Aufgaben. Das Marktpreisrisikocontrolling ist den MaRisk entsprechend funktional wie organisatorisch unabhängig von den Marktpreisrisikosteuerungsbereichen. Das Marktpreisrisikocontrolling nimmt Überwachungs-, Limitierungs- und Berichterstattungsaufgaben wahr und ist verantwortlich für die Bewertungsmethodik von Marktpreisrisiken.

Für die Steuerung und die Überwachung von Marktpreisrisiken werden für alle Portfolien Value-at-Risk-(VaR-)Verfahren eingesetzt.

Die Ermittlung der Value-at-Risk-Kennzahlen erfolgt mittels eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Dabei kommen konzerneinheitlich ein einseitiges Konfidenzniveau von 95% und eine Haltdauer von einem Handelstag zur Anwendung. Grundlage der Analyse sind die historischen Veränderungen der Risikofaktoren (Zinssätze, (Wechsel-)Kurse, Volatilitäten etc.) über die letzten zwölf Monate. Die Modelle berücksichtigen direkt oder indirekt Korrelationseffekte zwischen den Risikofaktoren, den Risikoarten, den Währungen und den Teilportfolien.

Für die Value-at-Risk-Werte werden Limite festgelegt, die sich pro Handelsbereich aus den vom Vorstand festgelegten Verlustlimiten ableiten. Etwaige Verluste der Handelsbereiche werden umgehend auf die Verlustlimite angerechnet und führen dem Prinzip der Selbstverzehrung folgend zu einer Reduzierung der Value-at-Risk-Limite. Die genannten Limite werden für den Bereich Financial Markets und die strategische Position in Strukturlimite für die verschiedenen Risikokategorien untergliedert.

Die Credit-Spread-Risiken des Anlagebuchs werden aktuell nicht mit Hilfe eines Value-at-Risk-Verfahrens gesteuert, sondern über eine Szenario-Analyse ermittelt und separat limitiert. Durch die Marktverwerfungen aufgrund der Finanzmarktkrise und die daraus resultierende stark verminderte Marktliquidität im Wertpapierhandel führt die Modellierung der betroffenen Anlagebuchpositionen über einen Value-at-Risk-Ansatz zwangsläufig zu sehr volatilen Risikowerten. Daher erweist sich die Steuerung des auf eine Buy&Hold-Strategie ausgelegten Portfolios anhand der Szenario-Analysen als stabiler.

Die täglichen Value-at-Risk-Berechnungen werden im Marktpreisrisikocontrolling anhand von Backtesting-Analysen überprüft. Dazu werden im Rahmen des Backtestings die täglichen Ergebnisschwankungen der Handelsbereiche den Value-at-Risk-Prognosen vom Vortag gegenübergestellt.

Die zur Quantifizierung der Marktpreisrisiken verwendeten Prognosemodelle und Parameter werden laufend überprüft und gegebenenfalls der aktuellen Marktentwicklung angepasst.

Parallel zur Ermittlung der Value-at-Risk-Kennzahlen werden täglich die Auswirkungen von Stress-Szenarien auf die Positionen der Handelsbereiche und der Gesamtdisposition berechnet. Für jedes Risiko sind konzerneinheitlich Stressparameter definiert.

Den MaRisk entsprechend berichtet das von den positionsverantwortlichen Bereichen unabhängige Marktpreisrisikocontrolling dem Gesamtvorstand täglich über die Marktpreisrisiken. In der täglichen Marktpreisrisikomeldung enthalten ist die Berichterstattung der Credit-Spread-Risiken des Anlagebuchs. Im Rahmen der monatlichen Risikoberichterstattung wird der Gesamtvorstand umfassend über die Marktpreisrisiken und die Ergebnislage informiert, die Information des AAKA

erfolgt fünfmal jährlich. Im Berichtsjahr 2010 beträgt die durchschnittliche Auslastung des Risiko-limits der OE Financial Markets 16%, die der Gesamtbankdisposition 23%.

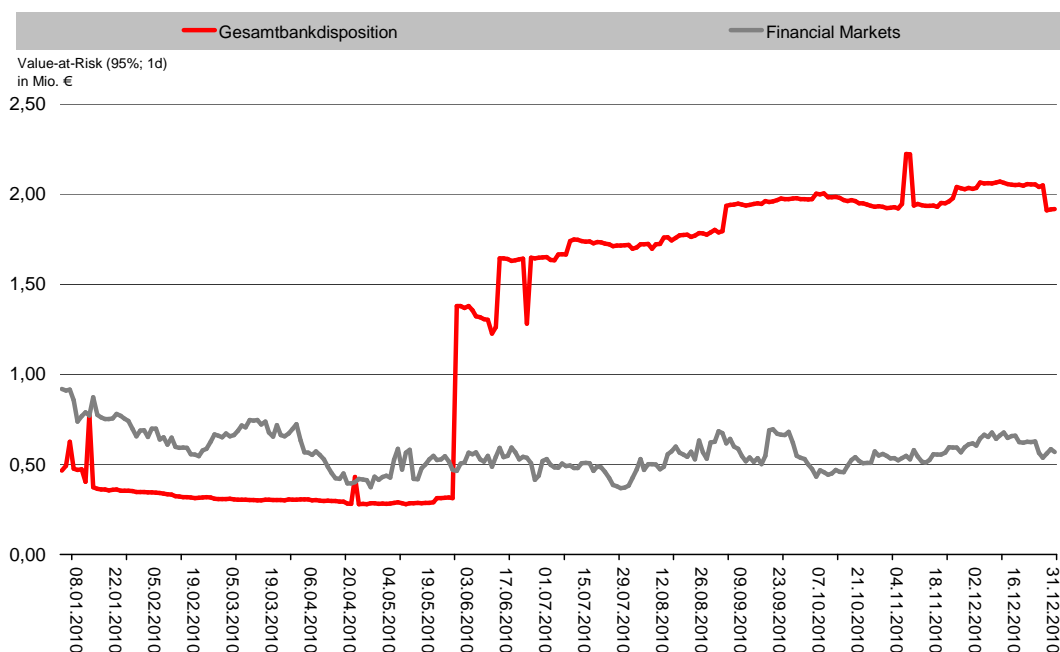
In der folgenden Tabelle werden die Marktpreisrisiken der Bank im Berichtsjahr sowie im Vorjahr gezeigt (Credit-Spread-Risiken des Anlagebuchs sind nicht Bestandteil dieser Übersicht):

Marktpreisrisiken – Überblick

Marktpreisrisiken in T€	Maximum		Durchschnitt		Minimum		Jahresendwert	
	1.1.2010	1.1.2009	1.1.2010	1.1.2009	1.1.2010	1.1.2009	31.12.2010	31.12.2009
	? 31.12.2010	? 31.12.2009	? 31.12.2010	? 31.12.2009	? 31.12.2010	? 31.12.2009		
Zinsrisiko (VaR)	2.959	3.189	1.838	1.495	653	1.019	2.666	1.285
Währungsrisiko (VaR)	224	218	80	66	18	16	165	28
Aktienkurs- und Fondsrisko (VaR)	164	1.364	109	185	83	95	99	164
Gesamt	2.673	3.575	1.617	1.457	554	892	2.412	1.244

Der Verlauf des Value-at-Risk der Bank wird in der nachstehenden Grafik für das Jahr 2010 gezeigt. Auch hier sind die Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches nicht enthalten.

Marktpreisrisiken Value-at-Risk-Verläufe



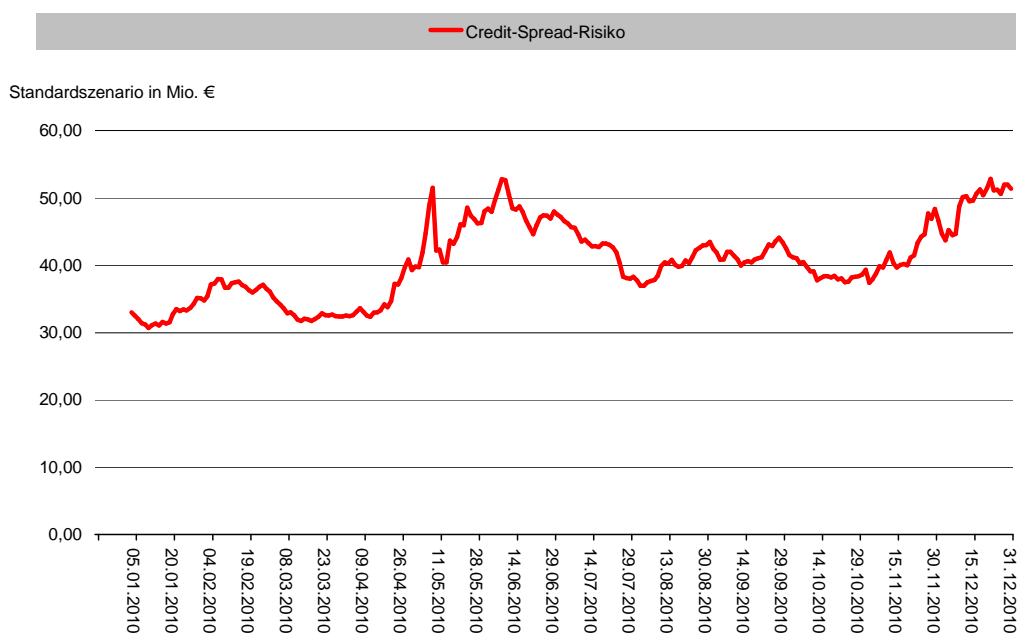
Die Auslastung des Marktpreisrisiko-Limits für die Gesamtbank lag im Jahresdurchschnitt bei 22% (die maximale Auslastung betrug 36%, die minimale Auslastung 7%). Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 betrug der Value-at-Risk (Konfidenzniveau von 95% und Haltedauer von einem Tag) der Bank 2,41 Mio. €.

Im Berichtsjahr 2010 ergaben die durchgeführten Stresstests auf Gesamtbankenbene ein maximales Risiko von 35 Mio. € sowie einen Durchschnittswert von 21 Mio. € bei einem Minimum von 0,5 Mio. €. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 betrug der Stresstestwert der Gesamtbank 28,9 Mio. €.

Einen wesentlichen Einfluss auf die Risikoauslastungsgrade im Jahr 2010 hatte die Umsetzung der neuen MaRisk BTR 2.3 Abs. 7 Marktpreisrisiken des Anlagebuches im Mai 2010. Nach den MaRisk dürfen Eigenkapitalbestandteile, die der Bank zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, nicht in die barwertige Ermittlung der Zinsänderungsrisiken einbezogen werden. Damit entfällt die risikoreduzierende Wirkung dieser (modellierten) Eigenkapitalbestandteile, was zu einem deutlichen Anstieg des ausgewiesenen Risikos führt. Die Limitauslastung ist dennoch weiterhin moderat.

Im Rahmen der Finanzmarktkrise hat sich für die Bank das Marktpreisrisiko aus der Änderung der Credit Spreads im Credit-Investment-Portfolio seit Mitte 2007 deutlich erhöht und betrug gemäß Szenarioansatz am 31. Dezember 2010 51 Mio. €. Dabei lag das Risiko unter dem Niveau des Vorjahres (das maximale Risiko im Jahr 2009 betrug 80 Mio. €, im Jahr 2010 53 Mio. €). Für diese Position steht ein separates Risikolimit zur Verfügung, das im Rahmen des Steuerungsprozesses maßgeblich ist. In zweiwöchentlichen Sitzungen haben sich das Credit Investment Board und der Vorstand weiter eingehend mit der Markt- und Risikoentwicklung befasst, das Gesamtportfolio einer intensiven, laufenden Durchschau unterzogen und selektiv Einzelpositionen abgebaut.

Verlauf des Credit-Spread-Risikos im Jahr 2010



Im Rahmen der Überarbeitung des Risikotragfähigkeitskonzeptes soll die angemessene, konzerneinheitliche Berücksichtigung der Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches insbesondere hinsichtlich der Abgrenzung zu den Kredit- und Marktpreisrisiken kritisch überprüft werden. Zudem arbeitet die Bank gemeinsam mit der NORD/LB-Gruppe an der Weiterentwicklung des Konzern-Value-at-Risk-Modells für Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches, insbesondere bezüglich der Modellierung von weniger liquiden Positionen.

Des Weiteren wird monatlich der von Basel II unterstellte Zinsschock berechnet. Bei diesem Zinsschock handelt es sich – den Anforderungen eines Rundschreibens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) folgend – um eine Parallelverschiebung der Zinsstruktur-

kurve um 130 Basispunkte (BP) nach oben und 190 BP nach unten für das Berichtsjahr 2010. Die BaFin überprüft die Parallelverschiebung mindestens jährlich und passt gegebenenfalls bei deutlichen Abweichungen die Höhe des Zinsschocks entsprechend an.

Im Berichtsjahr 2010 betrug das Zinsänderungsrisiko bezogen auf das haftende Eigenkapital durchschnittlich 3,11%. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bank weit von einer Klassifizierung als „Outlier-Bank“ entfernt ist. Eigenkapitalbestandteile, die der Bank zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die barwertige Ermittlung der Zinsänderungsrisiken mit einbezogen.

Für die Berechnung der Eigenkapitalunterlegung für Marktpreisrisiken gemäß SolvV verwendet die Bremer Landesbank das Standardverfahren. Die Meldung an die Bundesbank erfolgt monatlich auf Basis des Monatsultimos durch die OE Meldewesen/Rechnungslegungssysteme.

Die Bank hat Ende 2010 ein Projekt zur Überprüfung und Weiterentwicklung des Marktpreisrisikomodells gestartet. Hauptpfeiler des Projektes ist die Überprüfung des Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Im Sinne einer einheitlichen Konzernsteuerung wird überprüft, inwieweit ein Wechsel zur historischen Simulation sinnvoll sein kann.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko umfasst Risiken, die sich aus Störungen in der Liquidität einzelner Marktsegmente, unerwarteten Ereignissen im Kredit-, Einlagen- oder Emissionsgeschäft oder Verschlechterungen der eigenen Refinanzierungsbedingungen ergeben können. Im Verständnis der Bremer Landesbank ist das Platzierungsrisiko Bestandteil des Liquiditätsrisikos. Es beschreibt die Gefahr, dass eigene Emissionen am Markt nicht oder nur zu schlechteren Konditionen platziert werden können.

Das Liquiditätsrisiko wird in klassisches Liquiditätsrisiko, Refinanzierungsrisiko und Marktliquiditätsrisiko unterteilt.

Als klassisches Liquiditätsrisiko wird die Gefahr bezeichnet, dass Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht fristgerecht nachgekommen werden kann. Potenzielle Ursache kann eine allgemeine Störung in der Liquidität der Geldmärkte sein, die einzelne Institute oder den gesamten Finanzmarkt betrifft. Insbesondere können Marktstörungen dazu führen, dass maßgebliche Asset-Klassen in der Sicherheitenverwendung ausfallen. Alternativ können auch unerwartete Ereignisse im eigenen Kredit-, Einlagen- oder Emissionsgeschäft eine Ursache für Liquiditätsengpässe darstellen. Der Fokus der Betrachtung liegt in der Bremer Landesbank auf den jeweils nächsten zwölf Monaten.

Als Refinanzierungsrisiko werden die potenziellen Ergebniseinbußen bezeichnet, die sich durch die Verschlechterung der eigenen Refinanzierungsbedingungen am Geld- oder Kapitalmarkt ergeben. Wichtigste Ursache ist eine veränderte Einschätzung der Bonität der Bank durch andere Marktteilnehmer. Der Fokus der Betrachtung liegt auf dem gesamten Laufzeitspektrum.

Als Marktliquiditätsrisiko werden die potenziellen Verluste bezeichnet, die zu tragen sind, wenn aufgrund geringer Liquidität in einzelnen Marktsegmenten Transaktionen zu Konditionen abgeschlossen werden müssen, die nicht dem fairen Marktwert entsprechen. Marktliquiditätsrisiken können in erster Linie aus den Wertpapier-Positionen in den Handels- und Anlagebüchern resultieren.

Die Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität stellt für die Bank eine betriebswirtschaftliche, strategische und aufsichtsrechtliche Notwendigkeit dar. Während das klassische Liquiditätsrisiko grundsätzlich durch das Vorhalten ausreichend liquider Aktiva (insbesondere notenbankfähiger Wertpapiere) vermieden wird, wird das Refinanzierungsrisiko durch eine strukturelle Liquiditätsfristentransformation begründet. In beiden Fällen werden die Risiken durch entsprechende Limite begrenzt. Bei der Bemessung der Höhe der Liquiditätsrisikolimiten werden die Faktoren Sicherstellung der ausreichenden Liquidität, Risikotragfähigkeit und Nutzung der Chance auf einen Erfolgsbeitrag aus der banktypischen Erfolgsquelle Liquiditätsspreads berücksichtigt. Durch die Liquiditätsrisikolimiten erhalten die Fachbereiche den zur Zielerreichung notwendigen Handlungsrahmen.

Die Messung, Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos werden im Risikohandbuch dokumentiert. Das Handbuch LRC (Liquiditätsrisikocontrolling) bildet das Rahmenwerk des Liquiditätsrisikomanagements der Bremer Landesbank. Es definiert die Objekte der Risikosteuerung, den organisatorischen, methodischen und technischen Aufbau des Liquiditätsrisikocontrollings sowie die Einbindung in die Gesamtbanksteuerung.

Im Zuge der Weiterentwicklung der Konzernrisikosteuerung wurde eine Global Group Liquidity Policy formuliert, welche konsistent zur Liquidity Policy der Bank die Rahmenbedingungen für die konzernweite Liquiditätssteuerung setzt. Das beinhaltet insbesondere die Festlegung der jeweiligen Ziele sowie die Verantwortlichkeiten für die Liquiditätssteuerung unter verschiedenen Szenarien (Situationsmuster). Die Liquidity Policy sowie die Global Group Liquidity Policy werden jährlich überarbeitet.

Der Notfallplan Liquidity Management regelt die Aktivitäten und die Steuerung im Falle von Krisensituationen. Ziel dieses Planes ist die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der Bank bei unvorhergesehenen Extremsituationen am Markt. Ebenfalls im Zuge der Weiterentwicklung der konzernweiten Liquiditätssteuerung wurde das konzernweite Notfallmanagement gemäß den aufsichtsrechtlichen Anforderungen ausgebaut. Dies bezieht sich insbesondere auf die Notfallprozesse, auf die rechtliche Verteilung von Kompetenzen sowie auf die Sicherstellung der konzernweiten Liquidität.

In den Prozess der Liquiditätsrisikosteuerung sind in der Bank der Geld- und Devisenhandel, das Aktiv-Passiv-Management und das Marktpreisrisikocontrolling eingebunden.

Der Geld- und Devisenhandel und das Aktiv-Passiv-Management übernehmen das Management von liquiditätsrisikotragenden Positionen und tragen Gewinne und Verluste, die sich aus den Veränderungen der Liquiditätssituation ergeben. Die Liquiditätsablaufbilanz ist Grundlage für das Aktiv-Passiv-Management und wird im Dispositionsausschuss vorgestellt. In diesem Ausschuss wird auch über das Refinanzierungsrisiko berichtet und gegebenenfalls über Handlungsvorschläge hinsichtlich des weiteren strategischen Dispositionsverhaltens beraten.

Das Marktpreisrisikocontrolling ist verantwortlich für die Einführung und Weiterentwicklung von internen Verfahren zur Messung, Limitierung und Überwachung von Liquiditätsrisiken. Die Berechnung des Refinanzierungsrisikos und des klassischen Liquiditätsrisikos sowie die Überwachung der Einhaltung der Limite erfolgen ebenfalls durch das Marktpreisrisikocontrolling. Die OE Meldewesen/Rechnungslegungssysteme ermittelt und überwacht die Auslastung der Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung und übt in diesem Zusammenhang Service- und Kontrollfunktionen aus.

Die Hauptaufgaben des Arbeitskreises Liquiditätssteuerung bestehen darin, die Liquiditätssteuerung zu optimieren und damit in Zusammenhang stehende Detailfragen zeitnah zu klären. Dabei kommt einer kurzfristig reagiblen Steuerung der Neugeschäfts- und Funding-Aktivitäten eine besondere Bedeutung zu. Ebenso werden die im Projekt erarbeiteten Weiterentwicklungen über den Arbeitskreis in die tägliche Steuerung eingeführt.

Zur Steuerung des klassischen Liquiditätsrisikos setzt die Bank folgende Instrumente ein:

Gemäß Liquiditätsverordnung wird die Liquidität der Bank als gegeben angesehen, wenn die innerhalb der nächsten 30 Tage zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die während dieses Zeitraums zu erwartenden Liquiditätsabflüsse mindestens decken. Die Gegenüberstellung der Zahlungsmittel und der Zahlungsverpflichtungen ergibt die Liquiditätskennzahl, welche mindestens eins betragen muss. Die Anforderung wurde im Berichtsjahr 2010 durchgängig erfüllt.

Mit den Instrumenten der LST (Liquidity Stress Tests) werden täglich die Auswirkungen von unerwarteten Ereignissen auf die Liquiditätssituation der Bank simuliert. Dies bietet der Bank die Möglichkeit, vorausschauend zu planen und für Notfälle vorbereitet zu sein. Ziel ist es, Liquiditätsengpässe zu verhindern. In einem dynamischen und drei statischen Szenarien werden die Liquiditätszahlungsströme der Bank über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr betrachtet. In den verschiedenen Szenarien werden bestimmte Annahmen über den im Krisenfall zur Verfügung stehenden Zahlungsstrom der Bank simuliert. Eine bedeutende Neuerung im abgelaufenen Jahr ist die Erweiterung des LST um die Fremdwährungsdimension. Als wesentlich wurden die Liquiditätspositionen in USD identifiziert, die aktuell auf monatlicher Basis berichtet werden.

Mittels Current-Case-Szenarien (CC-Szenarien) werden Zahlungsströme von verschiedenen Produkten sowie Neugeschäfts- und Refinanzierungspotenziale simuliert. Mit den CC-Szenarien können die Auswirkungen von erwarteten Ereignissen auf die Liquiditätssituation der Bank durchgespielt werden. Dieses Instrument bietet der Bank die Möglichkeit, zu planen und das Neugeschäft im Kontext bestehender Vorratsliquidität und eines beeinträchtigten Refinanzierungsmarktes auszusteuern und Liquiditätsengpässe zu verhindern.

Zur Begrenzung des klassischen Liquiditätsrisikos hat die Bremer Landesbank ein Limitsystem implementiert. Durch ein Ampelsystem (Anzahl der Tage an Liquiditätsüberdeckung) werden die notwendigen Steuerungsmaßnahmen ausgelöst.

Mit Ermittlung des barwertigen Refinanzierungsrisikos analysiert die Bank die barwertigen Kosten für das Schließen einer passiven Liquiditätsinkongruenz im Zeitablauf aller Fälligkeiten in allen Laufzeiten und Währungen unter der Annahme einer definierten Erhöhung der Liquiditätsspreads (Spread-Parameter). Das barwertige Refinanzierungsrisiko wird durch das hierfür allokierte Risikokapital limitiert. Ferner wird die Höhe der passiven Liquiditätsinkongruenzen pro Laufzeitband (Liquiditätsablaufbilanz) zur Vermeidung von Konzentrationen in einzelnen Laufzeiten durch Volumenstrukturlimite begrenzt.

Für die Bank hat die Refinanzierung über Pfandbriefe eine hohe Bedeutung. Bei allen Emissionen der Bank werden die gesetzlichen Anforderungen des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) umfassend erfüllt.

An die Qualität der zur Deckung der Pfandbriefe hereinzunehmenden Darlehen stellt das PfandBG hohe Anforderungen. So hat die Prüfung der formal den Richtlinien des Gesetzes entsprechenden Indeckungnahme von Forderungen durch einen externen Treuhänder zu erfolgen. Außerdem sind die wesentlichen Strukturzahlen der Deckungsmasse alle drei Monate durch die Bank zu veröffentlichen.

In Anbetracht des sich abzeichnenden Trends an den relevanten Kapitalmärkten zur gedeckten Refinanzierung hat die Bremer Landesbank mit der Formulierung einer Funding- und Collateral-Management-Strategie reagiert. Ein wesentlicher Teil der Weiterentwicklungsaktivitäten im Jahr 2011 betrifft die weitere Umsetzung dieser Strategien.

Das Marktliquiditätsrisiko wird unter den Marktpreisrisiken subsumiert. Ziel ist es, das Marktliquiditätsrisiko grundsätzlich zu begrenzen, indem im Wesentlichen auf liquiden Märkten agiert wird.

Die Risiken, die sich aus der Konzentration der Liquiditätsgaps in Höhe und Laufzeit ergeben, werden durch Volumenstrukturlimite begrenzt. Risikokonzentrationen in der Refinanzierungsstruktur werden im Rahmen der formulierten Funding-Strategie als Bestandteil der Liquidity Policy beachtet. Die Ziele der Funding-Strategie sind die Sicherstellung einer hinsichtlich der Laufzeiten und Währungen weitgehend kongruenten Refinanzierungsstruktur, die Optimierung der Fundingkosten sowie die Sicherstellung einer angemessenen Diversifikation der Funding-Basis.

Über die Liquiditätsrisikosituation erfolgt die Berichterstattung durch den monatlichen Liquiditätsstatusbericht, welcher im Arbeitskreis Liquidität sowie im Dispositionsausschuss erörtert wird.

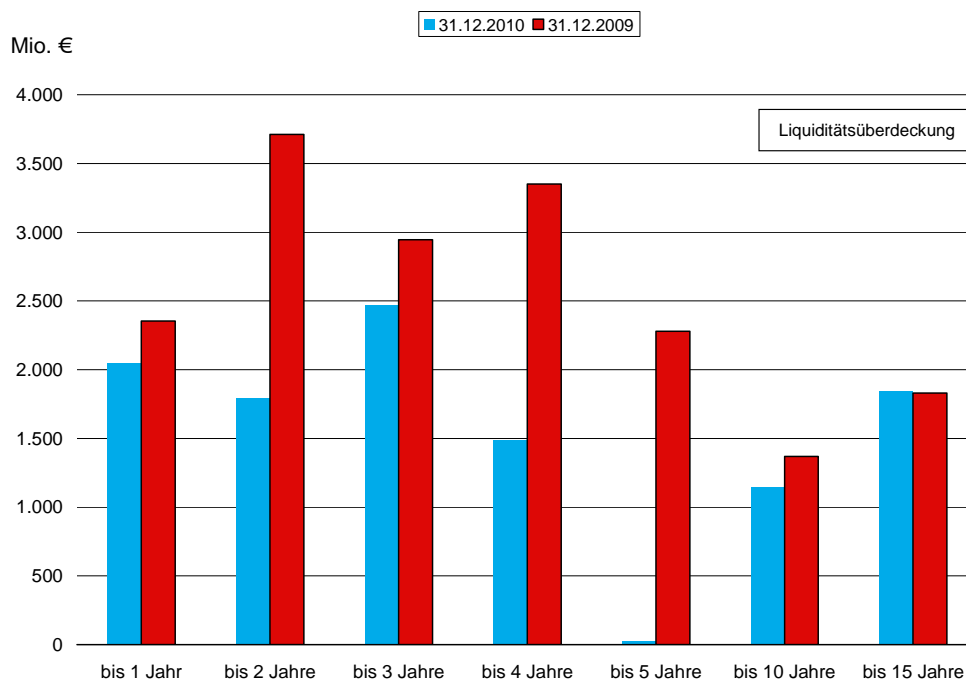
Darüber hinaus wird der Gesamtvorstand im Rahmen der Risikoberichterstattung monatlich informiert. Im RTF-Bericht wird der Vorstand ferner über die mit dem Pfandbriefgeschäft verbundenen Risiken informiert.

Die Liquiditätskennzahl wird neben der monatlichen Meldung an die Bundesbank täglich ermittelt und im Geldhandel zur Unterstützung der operativen Steuerung verwendet. Die Ergebnisse des Liquiditätsstresstests werden ebenfalls täglich den Liquiditätssteuerungseinheiten Geld- und Devisenhandel und Aktiv-Passiv-Management, die des Liquiditätsstatusberichts monatlich den Steuerungseinheiten im Bereich Financial Markets zur Verfügung gestellt. Im Dispositionsausschuss wird zweiwöchentlich die Liquiditätsablaufbilanz präsentiert und besprochen.

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise sind nach wie vor an den Geld- und Kapitalmärkten zu beobachten, wenngleich in differenzierterer Form als 2009. Die Bank hatte weiterhin ausreichenden Zugang zum Geld- und Kapitalmarkt. Dies zeigt sich darin, dass die Bremer Landesbank sich im Marktvergleich zu guten Bedingungen am Geld- und Kapitalmarkt refinanzieren konnte. Durch aufmerksame Beobachtung der Märkte und aktive Liquiditätssteuerung war im Geschäftsjahr 2010 jederzeit sichergestellt, dass die Bank mit ausreichend Liquidität ausgestattet ist.

Die zur internen Steuerung des Refinanzierungsrisikos genutzte Liquiditätsablaufbilanz stellt sich zum Berichtsstichtag wie folgt dar:

Kumulierte Liquiditätsabläufe



Die Liquiditätsablaufbilanz der Bank zeigt zum 31. Dezember 2010, dass die Liquiditätssituation weiterhin auskömmlich ist. Im gesamten Berichtszeitraum herrschte eine Liquiditätsüberdeckung bis auf vereinzelte, leichte Liquiditätsinkongruenzen im unterjährigen Bereich.

Die zur Steuerung genutzten Liquiditätslimite wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr stets eingehalten.

Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag im Jahresverlauf stets deutlich über der aufsichtsrechtlich geforderten Mindesthöhe von 1,00; per 31.12.2010 betrug die Liquiditätskennzahl 1,52.

Die im Rahmen der Liquiditätsstresstests (LST) durchgeführte dynamische Szenarioauswertung zeigt, dass die Liquiditätssituation der Bank auch durch unerwartete Ereignisse nicht gefährdet ist (durchgängig grüner Ampelstatus im Berichtsjahr, das heißt, die Anzahl der Tage mit positivem Liquiditätssaldo war stets größer als 180).

Mit der über den aufsichtsrechtlichen Rahmen hinausgehenden Steuerung des Liquiditätsrisikos wird sichergestellt, dass die Bank stets in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen termingerecht zu erfüllen.

Die Bremer Landesbank entwickelt ihr Liquiditätsrisikomanagement im Kontext der sich ändernden Anforderungen stets weiter.

Im Berichtsjahr 2010 wurden die bestehenden aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Verpflichtungen als Folge der Finanzmarktkrise verschärft. Durch einen verstärkten Ausbau des Liquiditätsmanagements und -controllings im Rahmen eines Projektes hat die Bank den gestiegenen Anforderungen Rechnung getragen. Die Bank entwickelt die Methoden und Modelle der Liquiditätsrisikosteuerung systematisch in enger Abstimmung innerhalb der NORD/LB-Gruppe weiter.

Die Entwicklungen im Jahr 2011 sind darauf gerichtet, die neuen umfangreichen aufsichtsrechtlichen Anforderungen, insbesondere zum Aufbau und zur Steuerung der Liquiditätsreserve umzusetzen. Hierbei werden die absehbaren Entwicklungen durch Basel III frühzeitig in den Entwicklungen berücksichtigt.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Abläufen, Mitarbeitern und Technologie oder durch externe Einflüsse eintreten. Die Definition schließt Rechtsrisiken sowie Reputationsrisiken als Folge- risiken ein. Nicht berücksichtigt werden Geschäfts- und strategische Risiken.

Das Rechtsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund fehlender beziehungsweise unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rechtsrahmens ein Schaden entsteht. Das Rechtsrisiko existiert nur im Außenverhältnis der Bank.

Im Verständnis der Bremer Landesbank sind das Compliance-Risiko und das Outsourcing-Risiko ebenfalls Bestandteil des operationellen Risikos.

Das Compliance-Risiko bezeichnet Risiken gerichtlicher, behördlicher oder disziplinarischer Strafen, die aus nicht ordnungsgemäßen Verfahren, Prozessen etc. (aufgrund der Nichteinhaltung von Gesetzen, Vorschriften, Verhaltensregeln und Normen) im Innenverhältnis der Bank resultieren.

Das Outsourcing-Risiko beschreibt Gefahren, die aus der Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen resultieren.

Die Leitlinien für den Umgang mit operationellen Risiken sind in der Risikostrategie der Bank formuliert. Die Bank verfolgt bei operationellen Risiken weitgehend eine Strategie der Vermeidung, die sich zum Beispiel in einem Internen Kontrollsystem, Notfallkonzepten für zeitkritische Prozesse und Aktivitäten oder im Abschluss von Versicherungen widerspiegelt.

Das Kontinuitätsmanagement der Bank wurde in einer Arbeitsanweisung grundsätzlich geregelt. Im Rahmen eines bereits laufenden Projektes wird das gesamte Thema Business Continuity Management (BCM) bis Mitte 2012 weiterentwickelt.

Im Rahmen eines integrierten Personalrisikomanagements werden durch das Personalmanagement die verschiedenen Risikoarten Engpassrisiko, Austrittsrisiko, auf Dauer unangemessene Personalausstattung nach Quantität und Qualität, Anpassungsrisiko sowie das Motivationsrisiko differenziert betrachtet und gesteuert. Die anforderungsgerechte und zielgerichtete Personalentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist Aufgabe der jeweiligen Führungskräfte. Das Personalmanagement berät und unterstützt die Bereiche bei der Durchführung von Personalentwicklungsmaßnahmen.

Im IT-Bereich sorgen Verfahrensanweisungen, Ersatzkapazitäten und Sicherungen für eine angemessene Stabilität der IT-Infrastruktur. Sicherheitskonzepte und Notfallpläne ergänzen die vorbeugenden Maßnahmen, um Schäden durch den Ausfall oder die Manipulation von Anwendungen und Informationen zu verhindern.

Die Bank verfügt über angemessenen Versicherungsschutz. Die Versicherungsdeckung wird regelmäßig überprüft.

Nach § 25a und § 25c KWG ist die Bank verpflichtet, durch die Schaffung angemessener geschäfts- und kundenbezogener Sicherungssysteme sowie Kontrollen betrügerische Handlungen zulasten der Bank und ihrer Tochterunternehmen bereits im Vorfeld zu verhindern. Darüber hinaus verurteilt der Vorstand jeden Versuch betrügerischen beziehungsweise unredlichen Handelns und/oder sonstiger krimineller Handlungen als schweres und nicht tolerierbares Vergehen („Null-Toleranz-Prinzip“). Die Bank lässt nichts unversucht, um betrügerische Handlungen zu verhindern oder zumindest so frühzeitig wie möglich aufzudecken sowie die entsprechenden Risiken auf das geringstmögliche Potenzial zu beschränken. Dabei wird etwaigen kriminellen Handlungen in enger Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden begegnet. Neben den bereits eingeführten Grundsätzen und Sicherungssystemen hat die Bank zu diesem Zweck eine detaillierte Gefährdungsanalyse durchgeführt und eine umfangreiche Fraud-Prevention-Organisation erarbeitet und eingeführt. Ein Baustein dieser Fraud-Prevention-Organisation ist die Schaffung eines Fraud-Managements, das in Personalunion vom Geldwäschebeauftragten der Bank ausgefüllt wird. Die Funktion Geldwäscheprävention/Fraud-Management ist im Bereich Compliance angesiedelt und direkt dem Risikovorstand unterstellt.

Zur Absicherung gegen rechtliche Risiken ist unter anderem bei Einleitung von rechtlichen Maßnahmen und beim Abschluss von Verträgen, die nicht auf freigegebenen Mustern basieren, die OE Recht einzuschalten.

Die Qualität externer Lieferanten und Dienstleister wird durch die Vereinbarung von Service-Level-Agreements oder detaillierter Leistungsverzeichnisse sowie durch die laufende Kontrolle der Leistung sichergestellt. Zur Umsetzung der MaRisk-Anforderungen zum Outsourcing wurde ein Prozess zur Beurteilung von Dienstleistern hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit unter Risikogesichtspunkten installiert. Für jede wesentliche Auslagerung wurde eine verantwortliche Stelle benannt, der das Leistungs- und Risikomanagement der Geschäftsbeziehung obliegt. Zudem wird für jede wesentliche Auslagerung ein individuelles Notfallkonzept erstellt.

In den Risikomanagementprozess operationeller Risiken der Bank sind der Vorstand, das Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling sowie alle weiteren Bereiche eingebunden. Der Vorstand legt den grundsätzlichen Umgang mit operationellen Risiken unter Berücksichtigung der Risikolage auf Gesamtbankebene fest. Das Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling ist für die zentrale Überwachung und unabhängige Berichterstattung der operationellen Risiken zuständig. Die Verantwortung für die Steuerung der operationellen Risiken liegt innerhalb der vorgegebenen Rahmenbedingungen dezentral bei den einzelnen Bereichen beziehungsweise Gesellschaften.

Die Konzeption und Definition der eingesetzten Controlling-Methoden, Verfahren und Begrifflichkeiten sowie deren laufende Weiterentwicklung obliegen dem Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling. Weiterentwicklungen erfolgen grundsätzlich in enger Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe.

Seit 2003 sammelt die Bank Schadensfälle aus operationellen Risiken und kategorisiert diese nach Ursachen und Auswirkungen. Die gesammelten Schadensfälle werden in das vom VÖB initiierte Datenkonsortium DakOR eingebracht.

Mit Hilfe der in der Bank jährlich durchgeführten Methode Risk-Assessment wird die vergangenheitsbezogene Schadensfallsammlung um die Zukunftskomponente ergänzt. Durch Expertenschätzungen werden detaillierte Einblicke in die Risikosituation der einzelnen Fachbereiche gewonnen und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen abgeleitet. Das Risk-Assessment erfolgt in einem ersten Schritt mittels eines Fragenkataloges, der qualitative Fragen enthält. Des Weiteren erfolgt in einem zweiten Schritt für Bereiche mit wesentlichen operationellen Risiken die Durchführung einer Szenariomethode, mit deren Hilfe eine Quantifizierung der operationellen Risiken erfolgt.

Die Ergebnisse aus Schadensfalldatenbank und Risk-Assessment werden analysiert und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen von den Bereichen initiiert. Im Rahmen der Risikoberichterstattung erfolgt monatlich die Darstellung der Schäden und der Ergebnisse aus dem Risk-Assessment sowie der Risiken. Bei der Ermittlung der Risiken wird seit 2008 eine VaR-Methode verwendet. Im Jahr 2010 wurde die VaR-Methode zu einer einheitlichen Methode innerhalb der NORD/LB-Gruppe weiterentwickelt und ein Allokationsmodell gruppenweit eingeführt.

Nettoschäden in % der Gesamtschadenssumme (ohne Schäden mit Kreditbezug)

Schadensfalldatenbank	Anteil 31.12.2010	Anteil 31.12.2009
Externe Einflüsse	48,0%	14,0%
Interne Abläufe	0,0%	6,2%
Mitarbeiter	51,8%	79,8%
Technologie	0,2%	0,0%

Die eingetretenen Schadensfälle des Jahres 2010 werden insgesamt als unwesentlich eingeschätzt. Der Bruttobetrag aller gemeldeten Schadensfälle (inklusive Fällen, die auch das Kreditrisiko betreffen) betrug 2010 ca. 4,6 Mio. € (Vorjahr: ca. 2,0 Mio. €).

Basierend auf den Ergebnissen des Risk-Assessments und den Einträgen in die Schadensfalldatenbank geht die Bank nicht davon aus, dass aus operationellen Risiken existenzgefährdende Schäden mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreten werden.

Im Rahmen von zwei Insolvenzverfahren von den Insolvenzverwaltern gerichtlich geltend gemachte Zahlungsansprüche in Höhe von insgesamt ca. 26,1 Mio. € zuzüglich Zinsen hält die Bank nach wie vor für unbegründet. In einem Fall wurde die Klage inzwischen erstinstanzlich, mit Ausnahme eines Teilbetrages von ca. 37 T €, abgewiesen; der Insolvenzverwalter hat Berufung eingelegt.

In jedem Fall können diese Ansprüche die Bank in ihrer Existenz nicht gefährden.

Hinsichtlich der Eigenkapitalunterlegung für das operationelle Risiko wurde auch im Jahr 2010 weiterhin der Standardansatz verwendet.

Mit den eingeführten Methoden und Verfahren zur Steuerung von operationellen Risiken hat die Bank die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllt. An der Weiterentwicklung der Methoden wird in Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe gearbeitet.

Sonstige Risiken

Über die bereits dargestellten Kredit-, Beteiligungs-, Markt-, Liquiditäts- und operationellen Risiken hinaus sind die sonstigen Risiken von untergeordneter Bedeutung für die Bank.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Bank verfolgt eine konservative Risikopolitik. Sie hat für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zur Begrenzung getroffen. Das Verlustpotenzial steht in einem angemessenen Verhältnis zur substanziellen Tragfähigkeit der Bank. Die Wirksamkeit der Risikosteuerungssysteme hat sich bereits vor dem Hintergrund der marktübergreifenden Liquiditäts- und Kreditkrise bewährt. Die gewonnenen Erkenntnisse werden für die Weiterentwicklung der Risikosteuerungssysteme in allen Risikoarten genutzt.

Die Risikodeckungsgrade befinden sich auf einem hohen Niveau; die Risikodeckung war im Berichtszeitraum jederzeit gegeben. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nach Einschätzung der Bremer Landesbank nicht. Dennoch spiegelt sich die Schiffskrise in der Entwicklung der Gesamtbankkennzahlen wider.

Im Jahr 2010 hat die Bank die geltenden aufsichtsrechtlichen Vorschriften zum Eigenkapital und zur Liquidität erfüllt.

Die Anforderungen aus der 3. MaRisk-Novelle wurden analysiert und werden in Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe zeitnah umgesetzt. Daneben wird die Weiterentwicklung der bestehenden Risikosteuerungssysteme hin zu einer integrierten Rendite-Risiko-Betrachtung vorangetrieben.

Die Bank hat nach Wegfall der Gewährträgerhaftung zufriedenstellende externe Ratings erreicht (Moody's Aa2, Fitch A). Hierbei soll die laufende Weiterentwicklung der Risikosteuerungssysteme und -prozesse sowie deren konsequente Anwendung auch einen Beitrag zur weiteren Verbesserung des Ratings leisten.

Ziel ist es weiterhin, die Steuerung des Kreditportfolios unter Rendite-Risiko-Gesichtspunkten zu optimieren. Dies geschieht im Einklang mit der strategischen Geschäftsausrichtung als Regionalbank mit überregionalem Spezialgeschäft.

Disclaimer – Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen zur Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Bremer Landesbank, die auf den derzeitigen Plänen, Einschätzungen, Prognosen und Erwartungen beruhen. Die Aussagen beinhalten Risiken und Unsicherheiten. Es gibt eine Vielzahl von Faktoren, die auf das Geschäft der Bremer Landesbank einwirken und zu großen Teilen außerhalb ihres Einflussbereiches liegen. Dazu gehören vor allem die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung der Finanzmärkte weltweit und mögliche Kreditausfälle. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können also erheblich von den im Bericht getroffenen Annahmen abweichen. Sie haben daher nur zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Gültigkeit. Es wird seitens der Bremer Landesbank keine Verpflichtung übernommen, die zukunftsgerichteten Aussagen angesichts neuer Informationen oder unerwarteter Ereignisse zu aktualisieren.

Bericht des Aufsichtsrates

Der Vorstand der Bank unterrichtete den Aufsichtsrat und den von ihm eingesetzten Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss regelmäßig über die geschäftliche Entwicklung und über die Lage der Bank. In drei Aufsichtsratssitzungen und fünf Sitzungen des Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschusses wurden Grundsatzfragen der Geschäftspolitik und des betrieblichen Bereiches eingehend erörtert. Die Gremien haben über die ihnen vorgelegten Geschäftsvorfälle und sonstigen Angelegenheiten, die nach der Satzung und den in deren Rahmen erlassenen Regelungen der Entscheidung dieser Gremien bedürfen, die entsprechenden Beschlüsse gefasst.

Den Jahresabschluss der Bremer Landesbank für das Geschäftsjahr 2010 hat die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, geprüft. Er entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Prüfungsgesellschaft hat den Jahresabschluss mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Ergänzend nahm der Wirtschaftsprüfer an der Jahresabschluss Sitzung des Aufsichtsrates am 8. April 2011 teil und berichtete über die Ergebnisse der Prüfung.

Der Aufsichtsrat hat dem Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers zugestimmt und nach dem Ergebnis seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen erhoben. In seiner Sitzung am 8. April 2011 billigte der Aufsichtsrat den Lagebericht sowie den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010, der damit festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat schlägt der Trägerversammlung vor, dem Vorstand Entlastung zu erteilen und den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2010 der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – von 48 Mio. € wie folgt zu verwenden:

1. Einstellung in die Gewinnrücklagen 20 Mio. €
2. Ausschüttung an die Träger 28 Mio. €

Der an die Träger ausgeschüttete Betrag entspricht einer Dividende von 20% auf das Stammkapital.

Die Dotierung der Gewinnrücklagen ist im vorliegenden Abschluss bereits berücksichtigt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand der Bank für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit und spricht ihm sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank seinen Dank und seine Anerkennung für die im Jahr 2010 geleistete Arbeit aus.

Bremen, 8. April 2011

Die Vorsitzende des Aufsichtsrates



Bürgermeisterin Karoline Linnert

Bericht der Trägerversammlung

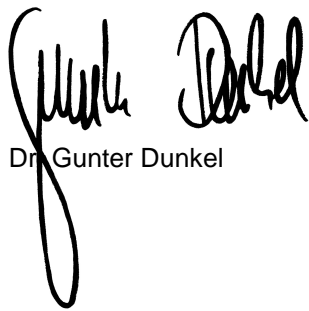
Die Trägerversammlung trat im Berichtsjahr zweimal zusammen, um die ihr durch Gesetz und Satzung auferlegten Aufgaben wahrzunehmen.

Sie beschloss am 8. April 2011 die vom Aufsichtsrat vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses 2010. Außerdem erteilte sie dem Vorstand der Bank Entlastung. Darüber hinaus haben die Träger dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Die Trägerversammlung dankt dem Aufsichtsrat, dem Vorstand und den Mitarbeitern der Bank für die im Jahr 2010 geleistete Arbeit.

Bremen, 8. April 2011

Trägerversammlung

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Gunter Dunkel', with a long vertical flourish extending downwards from the end of the signature.

Dr. Gunter Dunkel

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010

Aktivseite

T€		31.12.2009	
1. Barreserve		74.112	145.103
a) Kassenbestand		3.808	3.677
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		70.304	141.426
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	70.304		(141.426)
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind		0	0
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0	0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0		(0)
b) Wechsel		0	0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0		(0)
3. Forderungen an Kreditinstitute		5.521.963	4.791.798
a) Hypothekendarlehen		0	0
b) Kommunalkredite		3.534.361	3.610.957
c) andere Forderungen		1.987.602	1.180.841
darunter: täglich fällig	760.000		(164.044)
gegen Beleihung von Wertpapieren	0		(0)
4. Forderungen an Kunden		21.812.337	20.743.426
a) Hypothekendarlehen		1.530.849	1.507.496
b) Kommunalkredite		5.130.419	5.268.077
c) andere Forderungen		15.151.069	13.967.853
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren	0		(0)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		5.550.522	6.484.835
a) Geldmarktpapiere		0	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		5.539.652	6.368.167
ba) von öffentlichen Emittenten	1.383.776		1.258.489
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.363.625		(1.238.338)
bb) von anderen Emittenten	4.155.876		5.109.678
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	4.057.546		(5.038.035)
c) eigene Schuldverschreibungen		10.870	116.668
Nennbetrag	10.064		(113.253)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		16.730	23.956
6a. Handelsbestand		534.212	-
7. Beteiligungen		152.342	150.990
darunter: an Kreditinstituten	4.723		(4.723)
an Finanzdienstleistungsinstituten	8		(8)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		80.929	73.015
darunter: an Kreditinstituten	0		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	511		(0)
9. Treuhandvermögen		96.472	101.204
darunter: Treuhandkredite	40.965		(45.697)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch		0	0
11. Immaterielle Anlagewerte		1.977	1.935
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0	0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1.977	1.935
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0	0
d) geleistete Anzahlungen		0	0
12. Sachanlagen		34.806	29.567
13. Sonstige Vermögensgegenstände		338.753	1.003.172
14. Rechnungsabgrenzungsposten		12.939	20.402
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		12.357	13.135
b) andere		582	7.267
Summe der Aktiva		34.228.094	33.569.403

Passivseite

T€		31.12.2009	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		11.574.307	10.489.021
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		486.580	323.317
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		984.214	1.173.219
c) andere Verbindlichkeiten		10.103.513	8.992.485
darunter: täglich fällig	772.963		(1.005.351)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen			
an den Darlehensgeber ausgehändigte			
öffentliche Pfandbriefe	237.178		(262.395)
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		10.096.202	10.202.461
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		310.854	502.814
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		2.872.172	3.034.362
c) Spareinlagen		212.655	227.473
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist	199.066		(219.812)
von drei Monaten			
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist	13.588		(7.661)
von mehr als drei Monaten			
d) andere Verbindlichkeiten		6.700.521	6.437.812
darunter: täglich fällig	2.180.895		(2.151.657)
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		8.984.583	9.322.307
a) begebene Schuldverschreibungen		8.984.583	9.322.307
aa) Hypothekenspfandbriefe	694.310		(782.840)
ab) öffentliche Pfandbriefe	2.264.964		(2.688.260)
ac) sonstige Schuldverschreibungen	6.025.309		(5.851.207)
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten		0	0
darunter: Geldmarktpapiere	0		(0)
eigene Akzepte und	0		(0)
Solawechsel im Umlauf			
3a. Handelsbestand		428.800	-
4. Treuhandverbindlichkeiten		96.472	101.204
darunter: Treuhandkredite	40.965		(45.697)
5. Sonstige Verbindlichkeiten		535.051	1.089.154
6. Rechnungsabgrenzungsposten		14.567	29.248
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		14.521	17.637
b) andere		46	11.611
7. Rückstellungen		257.240	229.104
a) Rückstellungen für Pensionen			
und ähnliche Verpflichtungen		165.845	149.986
b) Steuerrückstellungen		31.827	27.525
c) andere Rückstellungen		59.568	51.593
8. Nachrangige Verbindlichkeiten		500.000	500.000
9. Genussrechtskapital		0	0
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken		442.195	330.000
darunter: für Handelsbestand		2.195	-
11. Eigenkapital		1.298.677	1.276.904
a) gezeichnetes Kapital		747.904	747.904
aa) Stammkapital	140.000		(140.000)
ab) sonstige Kapitaleinlage	607.904		(607.904)
b) Kapitalrücklage		40.000	40.000
c) Gewinnrücklage		482.773	461.000
ca) gesetzliche Rücklagen	0		0
cb) satzungsmäßige Rücklagen	204.000		(194.000)
cc) andere Gewinnrücklagen	278.773		(267.000)
d) Bilanzgewinn		28.000	28.000
Summe der Passiva		34.228.094	33.569.403

Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen

T€			31.12.2009	
1. Eventualverbindlichkeiten			4.207.020	4.476.110
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		4.207.020		4.476.110
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0		0
2. Andere Verpflichtungen			2.820.804	2.812.951
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		2.820.804		2.812.951

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

T€			31.12.2009	
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.057.038			1.067.075
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	115.066	1.172.104		187.387
2. Zinsaufwendungen		831.411		942.561
			340.693	311.901
3. Laufende Erträge aus			3.676	16.383
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		529		8.841
b) Beteiligungen		2.986		6.143
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		161		1.399
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			2.877	1.901
5. Provisionserträge		55.466		52.544
6. Provisionsaufwendungen		8.458		7.966
			47.008	44.578
7. Nettoertrag des Handelsbestandes			19.757	23.433
davon Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			2.195	–
8. Sonstige betriebliche Erträge			17.197	9.021
9. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			157.355	148.887
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	71.611			(63.883)
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	19.956	91.567		91.961
darunter: für Altersversorgung	7.600			(17.623)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		65.788		56.926
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			3.958	3.847
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen			16.728	3.144
12. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			110.000	0
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			24.115	108.416
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			0	20.005
15. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			8.649	0
16. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0	0
17. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			127.701	122.918
18. Außerordentliche Erträge		1.198.643		0
19. Außerordentliche Aufwendungen		1.203.228		0
20. Außerordentliches Ergebnis			–4.585	0
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		39.992		37.911
22. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 11 ausgewiesen		–444		–24
			39.548	37.887
23. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne			35.568	37.031
24. Jahresüberschuss			48.000	48.000
25. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			0	0
26. Einstellungen in Gewinnrücklagen			20.000	20.000
a) in die gesetzliche Rücklage		0		0
b) in die Rücklage für eigene Anteile		0		0
c) in satzungsmäßige Rücklagen		10.000		10.000
d) in andere Gewinnrücklagen		10.000		10.000
27. Vorabausschüttung			0	0
28. Bilanzgewinn			28.000	28.000

Anhang

I. Allgemeine Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und den Grundlagen für die Währungsumrechnung in Euro

1. Grundlagen zur Aufstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss der Bremer Landesbank zum 31. Dezember 2010 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) erstellt.

Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung basiert auf der RechKredV. Die Vergleichswerte von 2009 beinhalten die im Vorjahr veröffentlichten sowie testierten Werte und wurden nicht nach BilMoG angepasst. Die Bilanz ist gemäß § 268 Abs. 1 HGB unter Berücksichtigung einer teilweisen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt worden.

Durch das BilMoG wurden die bisher für Realkreditinstitute anwendbaren besonderen Ausweisvorschriften der RechKredV insoweit geändert, dass diese nunmehr auf alle Pfandbriefbanken anzuwenden sind. Die Bremer Landesbank ist eine Pfandbriefbank im Sinne von § 1 Abs. 1 PfandBG, da sie aufgrund erworbener Hypotheken, Schiffshypotheken und Forderungen gegen staatliche Stellen gedeckte Schuldverschreibungen unter der Bezeichnung Pfandbriefe, Hypothekendarlehen, Schiffspfandbriefe bzw. öffentliche Pfandbriefe ausgibt. Die neuen Ausweisvorschriften werden erstmals im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 angewendet. Die Änderungen betreffen die Aufgliederung der Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, verbrieft Verbindlichkeiten sowie den aktiven und den passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

2. Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – Anlagebestand

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute werden zum Nennwert bilanziert. Soweit bei Hypothekendarlehen und anderen Forderungen Unterschiedsbeträge zwischen Nennbeträgen und Auszahlungsbeträgen bestehen, die Zinscharakter haben, erfolgt die Bilanzierung gemäß § 340e Abs. 2 HGB zum vollen Wert. Die Unterschiedsbeträge werden unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und planmäßig aufgelöst.

Minder- oder unverzinsliche Forderungen werden mit dem Barwert angesetzt, gegebenenfalls korrigiert um Einzel- und Pauschalwertberichtigungen.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird durch Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Die Einschätzung der Risiken aus der Inanspruchnahme aus Eventualverbindlichkeiten erfolgt im Rahmen der Einzelfallbetrachtung analog der Bildung von Einzelwertberichtigungen. Die Berücksichtigung von Länderrisiken erfolgt unter Prüfung der Einhaltung der Länderlimite (Ratingverfahren für Länder- und Transferrisiken). Eine Einzelwertberichtigung wird einzelfallbezogen ermittelt. Die Vorsorgen für Länderrisiken wurden nach unveränderten Grundsätzen ermittelt. Für sonstige allgemeine Kreditrisiken

bestehen angemessene Pauschalwertberichtigungen. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung erfolgt weiterhin in Anlehnung an die Verlautbarungen des BFA 1/1990 und BMF vom 10. Januar 1994.

Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Wertpapiere des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten bewertet, soweit keine dauerhaften Wertminderungen vorliegen. Die Wertpapiere des Anlagebestandes werden grundsätzlich bis zur Endfälligkeit gehalten. Es handelt sich hierbei um Emittenten, bei denen derzeit keine Ausfallrisiken erkennbar sind und auch zukünftig keine akuten Bonitätsverschlechterungen erwartet werden. Die Abgrenzung der Wertpapiere des Anlagebestandes und der Wertpapiere der Liquiditätsreserve erfolgt über Depotbestandskonten.

Optionsprämien und Future-Margin-Zahlungen aus noch nicht fälligen Geschäften sowie anteilige Zinsen aus Zinsswapgeschäften werden unter den Sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen, noch nicht amortisierte Beträge aus Zinsbegrenzungsvereinbarungen beziehungsweise noch nicht amortisierte Upfront-Beträge aus Zinsswapgeschäften sind in den Rechnungsabgrenzungsposten enthalten.

Für Credit Default Swaps (CDS), bei denen die Bank in der Sicherungsgeberposition ist, erfolgt die bilanzielle Behandlung analog der Verfahrensweise bei Eventualforderungen und -verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen. Ist mit einer Inanspruchnahme aus dem CDS zu rechnen, werden Rückstellungen gebildet. Erfolgskomponenten aus CDS in der Sicherungsgeberposition werden im Provisionsertrag ausgewiesen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden mit den Anschaffungskosten oder im Falle einer dauernden Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen, wobei sich der beizulegende Wert aus dem Barwert der mit dem Eigentum an dem Unternehmen verbundenen zukünftigen Nettozuflüsse an die Unternehmenseigner (Zukunftserfolgswert) ergibt.

Die zur Ermittlung des Ertragswertes abzuinzehenden Nettoeinnahmen der Unternehmenseigner ergeben sich vorrangig aus den Ausschüttungen der vom Unternehmen erwirtschafteten finanziellen Überschüsse. Ausgangspunkt der Ermittlung des beizulegenden Wertes der Beteiligung ist folglich eine Prognose über die Ergebnisentwicklung des Jahres 2010 sowie eine Detailplanung für das Jahr 2011 und gegebenenfalls eine Mittelfristplanung über die folgenden bis zu vier Jahre (Planungsphase I). Für die Folgejahre, die über den Planungshorizont hinausgehen, wird generell eine ewige Lebensdauer der Unternehmung unterstellt. Dazu wird eine sogenannte ewige Rente ermittelt, die den nachhaltigen Zustand des Beteiligungsunternehmens widerspiegeln soll (Planungsphase II). Diese erwarteten Zukunftserfolge werden unter Berücksichtigung der erwarteten Ausschüttungen auf den Bilanzstichtag abgezinst.

Der verwendete Diskontierungszinssatz repräsentiert die Rendite aus einer zur Investition in das Beteiligungsunternehmen adäquaten Alternativanlage hinsichtlich Fristigkeit sowie Risiko und wird auf Basis eines Kapitalmarktmodells abgeleitet. Der Diskontierungszinssatz setzt sich aus den Komponenten risikofreier Zinssatz sowie Risikozuschlag aufgrund des Risikos künftiger finanzieller Überschüsse zusammen. Der Risikozuschlag stellt dabei das Produkt aus einer durchschnittlichen Marktrisikoprämie und des Betafaktors dar, der die unternehmensspezifische Risikostruktur des jeweils zu bewertenden Unternehmens zum Ausdruck bringt. Als relatives

Maß beschreibt der Betafaktor, in welchem Ausmaß die Rendite des betreffenden Wertpapiers an dem Beteiligungsunternehmen die Veränderungen der Rendite des Marktportfolios nachvollzieht.

Zur Bewertung von Beteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen werden Vergleichsgruppen vergleichbarer börsengehandelter Titel gebildet und für jeden Einzelwert das Beta in Relation zum jeweiligen landesweiten Index berechnet. In Summe fließt der auf diese Weise ermittelte Betafaktor der Vergleichsgruppe als wesentlich wertbestimmender Multiplikator in die Berechnung des Kapitalisierungszinses ein.

Das Raw Beta stellt dabei das historische Beta eines Unternehmens dar, wie es sich aus einer linearen Regression der Aktienrendite gegen die Rendite des Marktportfolios ergibt. Alternativ zur Verwendung des Raw Betas repräsentiert das Adjusted Beta eine Schätzung der künftigen Betaentwicklung. Seit 2009 wird der Adjusted Betafaktor ($\text{Adjusted Beta} = \text{Raw Beta} \times 0,67 + 0,33$) genutzt, um die Volatilität der Beteiligungsbewertung im Zeitablauf zu glätten.

Bei Gegenständen des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden in Anlehnung an die steuerlichen Möglichkeiten die maximal anerkannten Abschreibungen geltend gemacht. Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten zwischen 150 und 1.000 € liegen, werden als Sammelposten aktiviert und über fünf Jahre pauschal mit jeweils 20% p.a. abgeschrieben. Im Berichtsjahr betragen diese Abschreibungen 0,6 Mio. € (Vorjahr: 0,3 Mio. €). Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 150 € nicht übersteigen, werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen passiviert worden. Unterschiedsbeträge zwischen Aufnahme- und Erfüllungsbeträgen mit Zinscharakter werden unter den Abgrenzungsposten ausgewiesen und planmäßig aufgelöst.

Zerobonds werden mit dem Kursbetrag bei Ausgabe zuzüglich Aufzinsung gemäß Emissionsrendite bilanziert.

Für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften sowie Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen bestehen nach dem Vorsichtsprinzip bemessene Rückstellungen.

Für alle Finanzinstrumente des Bankbuches ist dem handelsrechtlichen Vorsichtsprinzip (Nachweis der verlustfreien Bewertung des Anlagebuches) dadurch Rechnung zu tragen, dass für einen Verpflichtungsüberschuss aus der Bewertung der gesamten Zinsposition des Bankbuches eine Rückstellung gemäß § 249 HGB („Drohverlustrückstellung“) zu bilden ist. Der Verpflichtungsüberschuss besteht dann, wenn der Wert der Leistungsverpflichtung der Bremer Landesbank den Wert seines Gegenleistungsanspruches übersteigt. Für den Nachweis der verlustfreien Bewertung verwendet die Bremer Landesbank als Methode die barwertige Betrachtungsweise. Die Bilanzierung und Bewertung dieser Geschäfte liegt somit außerhalb des Regelungsbereiches des durch das BilMoG neu gefassten § 254 HGB.

Die für diesen Rückstellungstest erforderlichen Berechnungen erfolgen bei der Bremer Landesbank nach der Barwertmethode, das heißt die Bank vergleicht die Summe der zinsinduzierten Barwerte (Abzinsung mit der Swapkurve) aller zinstragenden Geschäfte mit der Summe

der Buchwerte aller zinstragenden Geschäfte. Verwaltungskosten werden bei der Barwertermittlung berücksichtigt, indem die auf das Bankbuch entfallenden Verwaltungskosten auf die Gesamtlaufzeit abgezinst werden. Risikokosten sind nicht zu berücksichtigen, da die Barwertermittlung rein zinsinduziert erfolgt. Zum 31. Dezember 2010 ergab sich eine positive Barwertermittlung und somit kein Rückstellungsbedarf.

3. Bildung und Bilanzierung von Bewertungseinheiten

Die Bremer Landesbank vollzieht in folgenden Fällen ökonomische Sicherungsbeziehungen durch die Bildung von Bewertungseinheiten auch bilanziell nach:

- einzelgeschäftsbezogene Zinssicherungen von festverzinslichen Wertpapieren der Liquiditätsreserve und des Anlagebestandes durch Zinsswaps;
- einzelgeschäftsbezogene Zinssicherungen von Schuldscheindarlehen durch Zinsswaps.

Neben den vorgenannten als Bewertungseinheiten abgebildeten Sicherungsbeziehungen bestehen folgende wirtschaftliche Sicherungszusammenhänge, die nicht durch Bildung von Bewertungseinheiten, sondern durch die im Folgenden genannten Maßnahmen bilanziell nachvollzogen werden:

- Währungssicherungen im Bankbuch: Der wirtschaftliche Sicherungszusammenhang wird durch die Umrechnung der Fremdwährungs-Aktiva, Fremdwährungs-Passiva und schwebender Währungsgeschäfte gemäß § 256a HGB i.V.m. § 340h HGB bilanziell nachvollzogen (siehe Grundsätze der Währungsumrechnung);
- Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos im Bankbuch im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung (Gesamtbanksteuerung). Der wirtschaftliche Sicherungszusammenhang wird durch die Einbeziehung aller zinstragenden Bankbuch-Aktiva und -Passiva sowie aller Zinsderivate des Bankbuches in die Ermittlung des Rückstellungsbedarfes für die verlustfreie Bewertung von Zinsrisiken im Bankbuch abgebildet.

Soweit handelsbilanzielle Bewertungseinheiten gebildet werden, kommt bei der Bremer Landesbank die sogenannte Einfrierungsmethode zur Anwendung, das heißt soweit sich Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft aus dem abgesicherten Risiko ausgleichen, werden die Wertänderungen nicht bilanziert. Die Voraussetzung für die Bildung einer Bewertungseinheit für bilanzielle Zwecke setzt – unabhängig von der Entscheidung im Risikomanagement – einzelfallbezogen eine bewusste dokumentierte Entscheidung von Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft voraus.

Es handelt sich bei allen Bewertungseinheiten der Bremer Landesbank um perfekte Mikro-Hedges, worunter solche Sicherungsbeziehungen verstanden werden, bei denen die den Cashflow bestimmenden Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft exakt übereinstimmen. Die Übereinstimmung der den Cashflow bestimmenden Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft wird bei Bildung der Bewertungseinheit sowie während der Laufzeit durch eine handelsunabhängige Stelle kontrolliert. Aus den vorgenannten Gründen gleichen sich die zwischen Bildung der Bewertungseinheiten und dem Bilanzstichtag eingetretenen Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft, soweit diese Gegenstand der Bewertungseinheit sind, vollständig aus. Die rückwirkende Ermittlung der bisherigen Unwirksamkeit erfolgt daher bei der Bremer Landesbank für alle Bewertungseinheiten durch die Critical-Terms-Match-Methode.

Zudem erwartet die Bremer Landesbank aus den vorgenannten Gründen, dass sich auch zukünftige Wertänderungen über die gesamte Laufzeit einer Bewertungseinheit in vollem Umfang ausgleichen werden; das heißt, die prospektive Beurteilung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen erfolgt ebenfalls für alle Bewertungseinheiten nach der Critical-Terms-Match-Methode.

4. Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – Handelsbestand

Finanzinstrumente des Handelsbestandes werden gemäß § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlages bewertet. Die Veränderung des beizulegenden Zeitwertes im Vergleich zum letzten Bilanzstichtag beziehungsweise zu den Anschaffungskosten – das Bewertungsergebnis – wird im Posten Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes erfasst. Neben dem Risikoabschlag werden in diesem Posten Erträge und Aufwendungen aus der Zuführung und Auflösung des Sonderpostens „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ nach § 340e Abs. 4 HGB ausgewiesen. Bezüglich der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte wird auf das Kapitel „Ermittlung von Zeitwerten“ verwiesen.

Die laufenden Erträge (Zinserträge und Dividenden) aus Finanzinstrumenten des Handelsbestandes und Zinsaufwendungen zur Refinanzierung der Handelsaktivitäten werden im Nettoaufwand oder Nettoertrag des Handelsbestandes ausgewiesen.

Für die Ermittlung des Risikoabschlages beziehungsweise des VaR wird der nach handelsrechtlichen Vorgaben abgegrenzte Handelsbestand zugrunde gelegt und hierauf die bankaufsichtsrechtlich bestimmten Parameter angewendet. Die Bremer Landesbank ist nicht verpflichtet, einen VaR nach SolvV zu ermitteln. Für den Risikoabschlag im Sinne von § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB wird der für die interne Steuerung (tägliche Marktpreismeldung) kalkulierte interne Value-at-Risk (VaR) auf den Handelsbestand angewendet und von den Handelsaktiva abgesetzt. Die verwendeten und damit auch für die handelsrechtliche Bilanzierung maßgeblichen VaR-Parameter sind:

- Verwendung eines VaR auf Basis der Varianz-Kovarianz-Methode, der neben der integrierten Berücksichtigung der einzelnen Risikoarten Aufschläge für Risiken aus nichtlinearen Produkten (AddOns) additiv enthält. Die Methodik wird analog in der internen Marktpreisrisikosteuerung der Bremer Landesbank genutzt.
- Ergänzende Information: Risikoarten, die in der Bremer Landesbank berücksichtigt werden:
 - Allgemeines Zinsrisiko
 - Besonderes Zinsrisiko (emittentenspezifisches Risiko)
 - Währungsrisiko
 - Aktienkursrisiko
 - Optionspreisrisiko
- Konfidenzniveau: 99%
- Haltedauer: 10 Tagen
- Beobachtungszeitraum: 1 Jahr

5. Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – interne Geschäfte

Die Bremer Landesbank verwendet interne Geschäfte, um Marktpreisrisiken vom Anlagebestand in den Handelsbestand zu transferieren, von wo aus sie im Rahmen von Handelslimiten zentral gesteuert werden. Da diese internen Geschäfte handelsbuchseitig alle Voraussetzungen für die aufsichtsrechtliche Einbeziehung in das Handelsbuch gemäß § 1a Abs. 7 KWG erfüllen, sind sie infolge des grundsätzlichen bestandsmäßigen Gleichlaufs von Handelsbuch und bilanziellem Handelsbestand auch Teil des bilanziellen Handelsbestandes. Entsprechend werden die internen Handelsgeschäfte handelsrechtlich wie externe Handelsgeschäfte ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert (abzüglich Risikoabschlag) bewertet und angesetzt.

Anlagebestandsseitig gelten für die internen Geschäfte dieselben Ansatz- und Bewertungsvorschriften wie für entsprechende externe Geschäfte des Anlagebestandes. So werden beispielsweise interne Zinsderivate des Anlagebestandes in den Saldierungsbereich der Rückstellung für die Zinsrisiken des Bankbuches einbezogen. Bezüglich weiterer Informationen zur anlagebestandsseitigen Bilanzierung von Derivategeschäften verweisen wir auf die Ausführungen im Kapitel „Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – Anlagebestand“.

Um eine einseitige Beeinflussung der Vermögenslage durch die handelsbestandsseitige Zeitwertbilanzierung der internen Derivate zu vermeiden, rechnet die Bremer Landesbank die aus der Zeitwertbilanzierung von internen Geschäften resultierenden Handelsaktiva mit den aus der Zeitwertbilanzierung von externen Geschäften resultierenden Handelspassiva (und vice versa) auf. Zum 31. Dezember 2010 wurden aus internen Geschäften resultierende Handelsaktiva in Höhe von 525,9 Mio. € von den externen Handelspassiva und aus internen Geschäften resultierende Handelspassiva in Höhe von 800,8 Mio. € von den externen Handelsaktiva auf diese Weise abgesetzt.

6. Ermittlung von Zeitwerten

Beizulegende Zeitwerte sind zum einen für bilanzielle Zwecke (Bewertung von originären und derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestandes zum beizulegenden Zeitwert) und zum anderen für Offenlegungszwecke (Angabe des beizulegenden Zeitwerts für derivative Finanzinstrumente des Anlagebestandes) zu ermitteln. Für beide Verwendungszwecke werden die beizulegenden Zeitwerte gleichermaßen wie folgt ermittelt:

Für in einem aktiven Markt gehandelte Finanzinstrumente entspricht der beizulegende Zeitwert unmittelbar dem Börsen- beziehungsweise Marktpreis, das heißt, es werden in diesem Fall keine Anpassungen oder Barwertberechnungen vorgenommen, um den beizulegenden Zeitwert zu ermitteln. Sofern öffentlich notierte Börsenpreise verfügbar sind, werden diese verwendet. Andernfalls wird auf andere Preisquellen zurückgegriffen (z.B. Quotierungen von Market Makers). Beispiele für in einem aktiven Markt gehandelte Finanzinstrumente sind bei der Bremer Landesbank börsengehandelte Wertpapiere, börsengehandelte Optionen sowie Futures.

In allen übrigen Fällen ist der beizulegende Zeitwert durch Anwendung allgemein anerkannter Bewertungsmethoden zu bestimmen. Zu den allgemein anerkannten und von der Bremer Landesbank eingesetzten Bewertungsmethoden zählen im Bereich der OTC-Derivate insbesondere folgende Methoden:

Bewertungsmethode	Anwendungsbereich	Wesentliche Einflussgrößen (Input-Parameter)
Discounted-Cash-Flow-Methode	Illiquide verzinsliche Wertpapiere, Credit Default Swaps	Swapkurven, Bonitätsinformationen Swapkurven, Credit Spreads ggf. Bonitätsinformationen
	Zinsswaps, FRAs, Wertpapiertermingeschäfte	Swapkurven Kontraktdateien, konkrete Wertpapierterminkurse, Swapkurven
	Zinswährungsswaps, Devisentermingeschäfte	Swapkurven in den getauschten Währungen; Basisswap Spreads; Devisenkurs
Hull & White-Modell für Optionen	Bermudan Swaptions	Volatilität des zugrunde liegenden Marktpreises/Kurses; risikoloser Zins
Black-Scholes-Modell	FX-Optionen	Wechselkurse Volatilität des zugrunde liegenden Marktpreises/Kurses; risikoloser Zins
	OTC-Aktienoptionen	Volatilität des zugrunde liegenden Marktpreises
Black-76-Modell	Caps und Floors Swaptions Bandooptionen	Wechselkurse Volatilität des zugrunde liegenden Marktpreises/Kurses; risikoloser Zins

Die wesentlichen Einflussgrößen konnten für alle OTC-Derivate der Bremer Landesbank verlässlich ermittelt werden, so es keine Fälle gab, in denen die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts nicht möglich war.

7. Grundsätze der Währungsumrechnung

Der Anschaffungsvorgang ist erfolgsneutral zu halten. Die differenzierte Folgebewertung von Devisen des Handelsbestandes (§ 340e Abs. 3 und Abs. 4 HGB) und des Nicht-Handelsbestandes (§ 340h i.V.m. § 256a HGB) erfolgt durch eine strikte Trennung zwischen den Devisenbeständen.

Im Anlagebuch werden aus dem Kriterium der besonderen Deckung nach § 340h HGB Folgen für die Ertragsrealisierung abgeleitet. Voraussetzung der besonderen Deckung ist die Währungsidentität, das heißt eine besondere Deckung kann nur in jeweils einer Währung sowie in der Höhe vorliegen, in der sich die Positionen beziehungsweise Geschäfte in Fremdwährung betragsmäßig entsprechen. Die Währungsrisiken des Anlagebuches werden über Dispositionsmeldungen an die Handelsabteilung transferiert. Dort erfolgt grundsätzlich unter Einsatz von entsprechenden Instrumenten eine währungsidentische Refinanzierung dieser Geschäfte. Kurzfristige Fremdwährungsspitzen auf dem Fremdwährungsverrechnungskonto werden täglich ausgesteuert.

Erfolgswirksamkeit der Umrechnungsergebnisse im Anlagebestand:

- Erträge aus der Umrechnung besonders gedeckter Geschäfte werden gemäß § 340h HGB zwingend erfolgswirksam vereinnahmt.
- Entsprechendes gilt nach § 256a Satz 2 HGB für Erträge aus der Umrechnung von Fremdwährungsposten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger.

Fremdwährungsgeschäfte, die nicht besonders gedeckt sind und eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben sowie weder dem Handelsbestand zugeordnet noch bezüglich des Währungsrisikos in eine Bewertungseinheit i.S.d. § 254 HGB einbezogen werden, werden imparitatisch bewertet.

Nach den GoB wird für die Umrechnung der Termingeschäfte im Anlagebuch der Terminkurs des Abschlussstichtages herangezogen. Dienen Devisentermingeschäfte der Absicherung von zinstragenden Bilanzposten, entspricht es den GoB, den Terminkurs aufzuspalten und seine beiden Elemente (Kassakurs und Swapsatz) getrennt bei der Ergebnisermittlung zu berücksichtigen. Die Swapbeträge werden zeitanteilig abgegrenzt. Die Ermittlung der positiven oder negativen Kassakursdifferenzen werden innerhalb derselben Währung saldiert und in dem Bilanzposten Sonstige Vermögensgegenstände beziehungsweise Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Durch die Reststellenbewertung wird untersucht, ob am Abschlussstichtag aus der fristgemäßen Schließung der Position Verluste drohen und entsprechende Rückstellungen zu bilden sind.

Für Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten ergeben sich die Euro-Anschaffungskosten aus den in Euro umgerechneten Anschaffungskosten in Fremdwährung zum Anschaffungszeitpunkt (Erfolgsneutralität des Anschaffungsvorgangs). Alle auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden am Abschlussstichtag (Folgebewertung) zunächst in der jeweiligen Fremdwährung nach den allgemeinen Grundsätzen bewertet. Der sich danach ergebende Wert wird nach § 256a HGB mit dem Devisenkassamittelkurs des Abschlussstichtages in Euro umgerechnet. Nicht abgewickelte Kassageschäfte in Fremdwährung werden ebenfalls mit dem Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände (5.131,2 Mio. €) und Schulden (2.043,1 Mio. €) wurden zu den Kassamittelkursen zum 31. Dezember 2010 umgerechnet.

Fremdwährungsgeschäfte des Handelsbestandes werden nach den für den Handelsbestand geltenden Regeln bilanziert und bewertet. Die Ergebnisse der Währungsumrechnung werden im Posten Nettoertrag des Handelsbestandes ausgewiesen.

8. Angaben zu den Pensionsrückstellungen

Die Pensionsverpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Methoden berechnet und unter Anwendung der sogenannten Projected-Unit-Credit-Methode (PUC-Methode) bewertet. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Absatz 2 Satz 2 HGB). Dieser Zinssatz betrug per 31. Dezember 2010 5,15%.

Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen zum 31. Dezember 2010 wurden darüber hinaus die folgenden Bewertungsparameter zugrunde gelegt:

Parameter	
Fluktuation (ohne Ruhestand/Vorruhestand)	1,500%
Rententrend:	
Vorstand/Vertragsangestellte p.a.	2,500%
Gesamtversorgungen p.a.	3,500%
Additive Versorgungsungen p.a.	2,000%
Beitragsorientierte Versorgungsungen p.a.	1,000%
Gehaltstrend:	
Tarifsteigerungen p.a.	2,000%
Individuelle Gehaltsanhebungen (ruhegehaltfähig) p.a.	0,375%

Bei den Berechnungen wurden als biometrische Rechnungsgrundlagen die sogenannten Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck verwendet. Als Renteneintrittsalter wurde das nach dem am 30. April 2007 im Bundesgesetzblatt (BGBl I. S. 554) verkündeten Rentenversicherungs-Altersgrenzenanpassungsgesetz frühestmögliche Pensionsalter zugrunde gelegt.

Der verbleibende Zuführungsbetrag aufgrund der geänderten Bewertung der Pensionsverpflichtungen beträgt per 31. Dezember 2010 insgesamt 87.009 T€ (Artikel 67 Abs. 2 EGHGB). Darüber hinaus bestehen mittelbare Versorgungsverpflichtungen gemäß Artikel 28 Abs. 2 EGHGB in Höhe von 18.636 T€.

9. Latente Steuern

Basis für die Bewertung der latenten Steuern war der in Deutschland zurzeit geltende Körperschaftsteuersatz von 15% zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5% und ein durchschnittlicher Gewerbesteuersatz von ca. 15,13%. Die latenten Steuern wurden daher mit einem inländischen Ertragsteuersatz von 30,96% bewertet.

Passive latente Steuern auf handels- und steuerrechtlich abweichende Wertansätze aus Abzugsbeträgen nach § 6b EStG und der steuerlich zulässigen Übertragung von Beteiligungen zum Buchwert wurden mit aktiven latenten Steuern auf abweichende Wertansätze bei Pensionsrückstellungen und sonstigen Rückstellungen verrechnet.

Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert.

II. Erläuterung der einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die nachfolgenden Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgen entsprechend der Reihenfolge des Ausweises in den Formblättern.

1. Bilanz

Bilanz – Aktiva

in T€	31.12.2010	31.12.2009
Pos. 3: Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen an verbundene Unternehmen	282.367	44.490
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	23.018	10.900
Nachrangige Forderungen	35.415	54.295
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	3.451.399	3.457.223
Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen gemäß § 28 PfandBG	1.650.226	1.583.030
Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen auf Altbestand	1.107.825	1.383.027
Pos. 4: Forderungen an Kunden		
Forderungen an verbundene Unternehmen	54.409	50.652
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	147.041	153.866
Pos. 5: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
ba) Von öffentlichen Emittenten		
börsenfähig und börsennotiert	1.383.776	1.258.489
bb) Von anderen Emittenten		
börsenfähig und börsennotiert	3.974.834	4.901.721
börsenfähig, nicht börsennotiert	181.042	207.731
Von verbundenen Unternehmen	237.007	236.964
Von Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	551.052	550.995
c) Eigene Schuldverschreibungen		
börsenfähig und börsennotiert	10.870	113.397
börsenfähig, nicht börsennotiert	–	3.270
Unterbliebene Abschreibungen auf niedrigeren beizulegenden Wert		
Buchwert	3.300.112	3.617.700
Zeitwert	3.246.096	3.546.400
Stille Reserven		
Buchwert	989.552	101.237
Zeitwert	1.045.948	102.608

in T€	31.12.2010	31.12.2009
Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen gemäß § 28 PfandBG	185.000	340.000
Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen auf Altbestand	347.500	347.500
Pos. 6: Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Stille Reserven		
Buchwert	8	8
Zeitwert	11	10
Pos. 6a: Handelsbestand		
Derivative Finanzinstrumente	442.343	–
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	93.950	–
abzüglich Risikoabschlag	–2.081	–
Pos. 7: Beteiligungen		
börsenfähige und börsennotierte Anteile	2.794	2.794
börsenfähige, nicht börsennotierte Anteile	–	–
Pos. 9: Treuhandvermögen		
Forderungen an Kunden	40.965	45.697
Beteiligungen	46.559	46.559
Sachanlagen	8.948	8.948
Pos. 12: Sachanlagen		
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte		
– Grundstücke und Gebäude	24.719	21.969
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.775	4.029
Pos. 13: Sonstige Vermögensgegenstände		
Zinsabgrenzung für Finanzswapgeschäfte	316.064	927.738
Sonstige Ansprüche gegen ausländische Banken	8.350	957
Ansprüche auf Erstattung von Steuern	7.408	10.453
Prämien für Optionsgeschäfte	257	5.178

Entwicklung des Anlagevermögens

in T€	Anschaffungs-/Herstellungskosten	-----Veränderungen-----					Restbuchwert 31.12.2010	Restbuchwert 31.12.2009	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Zuschreibungen des Geschäftsjahres
		Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Abschreibungen kumuliert					
Beteiligungen	155.104	51	61	1	2.753	152.342	150.990	1	1.354	
Anteile an verbundenen Unternehmen	81.407	-	24	-1	452	80.930	73.015	-	7.915	
Wertpapiere des Anlagevermögens	4.694.686	-	339.429	-	-	4.355.257	4.608.380	-	-	
Immaterielle Vermögensgegenstände	11.283	1.241	-	-	10.547	1.977	1.935	1.200	-	
Sachanlagen	103.853	8.050	331	-	76.766	34.806	29.567	2.758	-	

Die nachstehend aufgeführten Posten der Aktiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt:

Forderungen an Kreditinstitute per 31.12.2010

in T€	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Forderungen an Kreditinstitute						
a) Kommunalkredite	3.534.361	151.930	171.924	161.217	1.487.024	1.562.266
b) Andere Forderungen	1.987.602	760.001	592.814	435.240	181.067	18.480
Summe	5.521.963	911.931	764.738	596.457	1.668.091	1.580.746

Forderungen an Kreditinstitute per 31.12.2009

in T€	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Forderungen an Kreditinstitute						
a) Kommunalkredite	3.610.957	238.505	149.555	157.700	1.238.191	1.827.006
b) Andere Forderungen	1.180.841	164.044	601.936	192.103	190.975	31.783
Summe	4.791.798	402.549	751.491	349.803	1.429.166	1.858.789

Forderungen an Kunden per 31.12.2010

in T€	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Forderungen an Kunden						
a) Hypothekendarlehen	1.530.849	–	35.876	67.456	352.887	1.074.630
b) Kommunalkredite	5.130.419	2.101.339	67.456	528.608	1.550.414	882.602
c) Andere Forderungen	15.151.069	931.784	1.060.873	1.519.589	5.005.818	6.633.005
Summe	21.812.337	3.033.123	1.164.205	2.115.653	6.909.119	8.590.237

Forderungen an Kunden per 31.12.2009

in T€	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Forderungen an Kunden						
a) Hypothekendarlehen	1.507.496	–	39.869	57.228	319.794	1.090.605
b) Kommunalkredite	5.268.077	–	–	552.220	1.816.170	2.899.687
c) Andere Forderungen	13.967.853	773.788	1.246.347	1.258.026	4.954.235	5.735.457
Summe	20.743.426	773.788	1.286.216	1.867.474	7.090.199	9.725.749

Von den täglich fälligen Forderungen entfallen 683.722 T€ (Vorjahr: 531.068 T€) auf unbefristete Forderungen.

Schuldverschreibungen

Die im Folgejahr fälligen begebenen Schuldverschreibungen betragen 846.301 T€ (Vorjahr: 725.882 T€).

Bilanz – Passiva

In T€	31.12.2010	31.12.2009
Pos. 1: Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	486.245	245.773
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	757	837
Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	664.052	738.861
Pos. 2: Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	29.034	31.739
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	23.572	30.660
Pos. 3: Verbriefte Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	238.335	119.119
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Pos. 3a: Handelsbestand		
Derivative Finanzinstrumente	428.800	–
Pos. 4: Treuhandverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	40.747	45.432
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	55.725	55.772
Pos. 5: Sonstige Verbindlichkeiten		
Zinsen für stille Einlagen	35.568	37.031
Zinsen auf nachrangige Verbindlichkeiten	984	927
Zinsabgrenzung aus Finanzswapgeschäften	274.344	905.883
Erhaltene Optionsprämien	6.199	12.479
Steuerverbindlichkeiten	2.721	2.174
Pos. 8: Nachrangige Verbindlichkeiten		
Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten	12.232	16.717

Spezifikation der 10% des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigenden Mittelaufnahme:

Währung	Betrag 31.12.2010 T€	Zinsaufwand 2010 T€	Zinssatz % p.a.	Laufzeitende
€	200.000	2.813	variabel	28.06.2030
€	85.000	1.184	variabel	21.03.2031
€	65.000	923	variabel	05.04.2041
€	150.000	7.312	4,875	15.12.2015
Gesamt	500.000	12.232		

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann für diese Mittelaufnahme nicht entstehen. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Bedingungen der Nachrangigkeit gemäß § 10 Abs. 5a KWG. Ihre Ursprungslaufzeit beträgt in allen Fällen mindestens zehn Jahre. Weitere nachrangige Verbindlichkeiten bestehen nicht.

Die nachstehend aufgeführten Posten der Passiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt:

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten per 31.12.2010

in T€	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
a) Begebene Hypotheken- Namenspapiere	486.580	–	10.895	62.685	328.000	85.000
b) Begebene öffentliche Namenspapiere	984.214	402	34.800	64.399	809.613	75.000
c) Andere Verbindlichkeiten	10.103.513	772.963	2.491.032	346.246	2.262.536	4.230.736
Summe	11.574.307	773.365	2.536.727	473.330	3.400.149	4.390.736

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten per 31.12.2009

in T€	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
a) Begebene Hypotheken- Namenspapiere	323.317	–	31.329	43.988	218.000	30.000
b) Begebene öffentliche Namenspapiere	1.173.219	11	55.260	273.335	599.613	245.000
c) Andere Verbindlichkeiten	8.992.485	1.005.352	1.038.026	1.122.394	2.064.139	3.762.574
Summe	10.489.021	1.005.363	1.124.615	1.439.717	2.881.752	4.037.574

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden per 31.12. 2010

in T€	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Begebene Hypotheken-Namenspapiere	310.854	886	4.992	77.608	78.868	148.500
b) Begebene öffentliche Namenspapiere	2.872.172	751	31.690	191.103	1.718.435	930.193
c) Spareinlagen	212.655	–	201.235	6.453	4.947	20
d) Andere Verbindlichkeiten	6.700.521	2.180.895	1.613.452	381.505	1.178.450	1.346.219
Summe	10.096.202	2.182.532	1.851.369	656.669	2.980.700	2.424.932

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden per 31.12. 2009

in T€	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Begebene Hypotheken-Namenspapiere	502.814	116	44.419	102.835	204.444	151.000
b) Begebene öffentliche Namenspapiere	3.034.362	185	18.526	234.992	1.315.316	1.465.343
c) Spareinlagen	227.473	–	219.812	4.364	3.280	17
d) Andere Verbindlichkeiten	6.437.812	2.151.657	1.300.313	361.424	1.174.694	1.449.724
Summe	10.202.461	2.151.958	1.583.070	703.615	2.697.734	3.066.084

Verbriefte Verbindlichkeiten

Die im Folgejahr fälligen verbrieften Verbindlichkeiten betragen 1.935.227 T€ (Vorjahr: 1.816.509 T€).

2. Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

in T€		31.12.2010	31.12.2009
Pos. 2:	Zinsaufwand		
	Aufzinsungen für Rückstellungen	364	–
Pos. 7:	Nettoertrag des Handelsbestandes		
	Risikoabschlag gem. § 340e Abs. 3 HGB	–1.222	–
	Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	2.195	–
Pos. 8:	Sonstige betriebliche Erträge		
	Forderungsverkäufe	7.209	–
	Zuschreibungen auf unter den Sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen, gekündigten Wertpapieren	3.924	–
	Auflösung von Rückstellungen	2.906	3.853
	Kostenerstattungen	1.154	1.377
	Grundstückserträge	844	871
Pos. 11:	Sonstige betriebliche Aufwendungen		
	Zuführungen zu Sonstigen Rückstellungen	663	477
	Aufzinsungen für Pensionsrückstellungen	12.769	–
	Sonstige Aufzinsungen	1.569	–
Pos. 18:	Außerordentliche Erträge		
	BilMoG-Erstanwendungseffekt Handelsgeschäfte (Derivate sowie eigene Emissionen und Wertpapiere)	1.198.643	–
Pos. 19:	Außerordentliche Aufwendungen		
	BilMoG-Anpassungsbetrag für Pensionsrückstellungen	6.215	–
	BilMoG-Anpassungsbetrag für Vorruhestands- sowie Jubiläumsverpflichtungen	497	–
	BilMoG-Erstanwendungseffekt Derivate	1.193.213	–
	Risikoabschlag gemäß § 340e Abs. 3 HGB (Erstanwendungseffekt)	3.303	–

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen zum weit überwiegenden Teil das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

III. Sonstige Angaben

1. Haftungsverhältnisse und Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Für die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen in Höhe von 4,2 Mrd. € erfolgt eine Einschätzung des Ausfallrisikos der in Anspruch genommenen Avale im Rahmen der allgemeinen Kreditbearbeitung. Die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen entfallen im Wesentlichen auf Kreditderivate in Höhe von 3,0 Mrd. €.

Die Anderen Verpflichtungen von 2,8 Mrd. € entfallen auf Kreditzusagen gegenüber Kunden. Davon entfallen ca. 1,1 Mrd. € auf die Segmente Schiffsfinanzierungen und 1,6 Mrd. € auf Firmenkunden.

Von den Sonstigen finanziellen Verpflichtungen sind folgende wesentliche Beträge zu nennen:

- Die Bremer Landesbank haftet gemeinsam mit den anderen Gesellschaftern der DekaBank Deutsche Girozentrale für diese als Gewährträger.
- Eine Einschussverpflichtung besteht gegenüber der M Cap Finance Deutsche Mezzanine Fonds Zweite GmbH & Co. KG, Leipzig, in Höhe von 4.124 T€ (Vorjahr: 4.124 T€).
- Eine weitere Nachschussverpflichtung sowie zusätzliche Mithaftung für andere Gesellschafter besteht gegenüber der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt, in Höhe von 3.300 T€.
- Die Beiträge für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurden nach risikoorientierten Grundsätzen neu bemessen. Daraus resultieren Nachschusspflichten in Höhe von 43.139 T€. Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.
- Im Zusammenhang mit der Einziehung der Geschäftsanteile an der FinanzIT GmbH haben sich die ausscheidenden Gesellschafter NORD/LB, Bremer Landesbank und Landesbank Saar verpflichtet, gemeinsam mit den verbleibenden Gesellschaftern der FinanzIT für Risiken der Gesellschaft aus der Zeit bis zu ihrem Ausscheiden aufzukommen, sofern diese tatsächlich eingetreten und nicht durch bereits gebildete Rückstellungen abgedeckt sind.
- Als Sicherheit für Geschäfte an Terminbörsen wurden Wertpapiere in Höhe von 26.080 T€ (Vorjahr: 26.293 T€) hinterlegt, davon bei der Eurex 21.072 T€ (Vorjahr: 21.270 T€) und bei J. P. Morgan 5.008 T€ (Vorjahr: 5.023 T€).

2. Mitarbeiter

Anzahl der Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt

	2010	2009
Männlich	497	477
Weiblich	509	478
Gesamt	1.006	955

3. Bezüge, Vorschüsse, Kredite und Haftungsverhältnisse von beziehungsweise gegenüber Organmitgliedern

3.1 Gesamtbezüge der Organmitglieder ¹⁾

in T€	31.12.2010	31.12.2009
Vorstand	2.357	2.333
Aufsichtsrat	157	156
Beirat	69	70

3.2 Gesamtbezüge früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebener ¹⁾

in T€	31.12.2010	31.12.2009
Vorstand	2.024	2.172
Aufsichtsrat	–	–
Beirat	–	–

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis wurden 17.713 T€ (Vorjahr: 17.604 T€) zurückgestellt. Der verbleibende Zuführungsbetrag aufgrund der geänderten Bewertung der Pensionsverpflichtungen beträgt per 31.12.2010 5.869 T€ (Artikel 67 Abs. 2 EGHGB).

Mittelbare Versorgungsverpflichtungen gemäß Artikel 28 Abs. 2 EGHGB bestehen für diesen Personenkreis nicht.

3.3 Vorschüsse, Kredite und Haftungsverhältnisse

Der Gesamtbetrag der Organmitgliedern gewährten Vorschüsse, Kredite sowie Haftungsverhältnisse beläuft sich auf 2.443 T€ (Vorjahr: 3.228 T€).

¹⁾ Gemäß § 5a des Senatsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen besteht eine Ablieferungspflicht für Vergütungen aus der Aufsichts- und Beiratstätigkeit.

4. Andere Angaben

Nicht zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossene Geschäfte

Im Geschäftsjahr 2010 sind keine Geschäfte zu nicht marktüblichen Bedingungen mit nahestehenden Personen und Unternehmen eingegangen worden.

Dritten gegenüber erbrachte Dienstleistungen

Die Dritten gegenüber erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind von untergeordneter Bedeutung.

Verrechnung von Vermögensgegenständen mit Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen

Den Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen stehen keine gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB zu verrechnende Vermögensgegenstände gegenüber.

Ausschüttungssperre von Vermögensgegenständen

Es wurden keine Vermögensgegenstände im Geschäftsjahr 2010 nach § 268 Abs. 8 HGB aktiviert, die einer Ausschüttungssperre unterliegen.

5. Termingeschäfte

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte beinhalten vor allem die nachfolgenden Arten von Geschäften:

Termingeschäfte (Anlagebestand) in Mio. €	Nominalwerte 31.12.2010	Positive Zeitwerte 31.12.2010	Negative Zeitwerte 31.12.2010
Termingeschäfte in fremder Währung	7.808	60	266
Zinsbezogene Termingeschäfte	10.596	29	87

Termingeschäfte (Handelsbestand) in Mio. €	Nominalwerte 31.12.2010	Positive Zeitwerte 31.12.2010	Negative Zeitwerte 31.12.2010
Termingeschäfte in fremder Währung	5.427	136	116
Zinsbezogene Termingeschäfte	35.844	1.098	830

Innerhalb des Anlagebestandes dienen die Termingeschäfte je nach Risikoart der Absicherung von Währungs-, Liquiditäts- und Zinsrisiken. Im Handelsbuch dienen die Termingeschäfte der Steuerung von Zins- und Währungsrisiken; offene Positionen werden unter Berücksichtigung der Limiteinhaltung eingegangen.

6. Derivative Geschäfte

Die in den folgenden Tabellen aufgeführten derivativen Finanzinstrumente, die der Übertragung von Marktpreis- und Adressausfallrisiken zwischen verschiedenen Parteien dienen, leiten ihren Wert unter anderem von Zinssätzen, Indizes und Devisenkursen ab. Die derivativen Produkte der Bremer Landesbank umfassen im Wesentlichen Zins- und Zinswährungsswaps, Forward Rate Agreements, Caps und Floors, börsengehandelte Futures und Optionen, Devisenoptionen und Termingeschäfte sowie Kreditderivate. Die Derivate werden als standardisierte Börsenkontrakte oder in Form bilateraler Verträge außerbörslich (OTC) abgeschlossen.

Die Bremer Landesbank setzt die Derivate vorwiegend zur Steuerung der Handelspositionen und des Anlagebestandes durch das Aktiv-Passiv-Management ein.

Im Rahmen der Bewertung wird eine Unterscheidung zwischen börsengehandelten und außerbörslichen Produkten getroffen. Bei börsengehandelten Kontrakten findet ein täglicher Barausgleich (Variation Margin) statt.

Die in den folgenden Abschnitten dargestellten Marktwerte entsprechen den tatsächlichen Werten am Bilanzstichtag (Marktpreise) beziehungsweise den anhand marktüblicher Bewertungsmethoden ermittelten beizulegenden Zeitwerten.

Die positiven und negativen Zeitwerte wurden nach der Marktbewertungsmethode zum Bilanzstichtag für die genannten Produktgruppen einzeln ermittelt.

6.1 Nicht zum Zeitwert bewertete Derivate-Gliederung nach Risikoart und Geschäftstyp (Anlagebestand)

Im Folgenden werden die dem Anlagebestand zugeordneten derivativen Geschäfte dargestellt:

in Mio. €	Nominalwerte	Positive Zeitwerte	Negative Zeitwerte	Buchwert	Erfasst in Bilanzposten
	31.12.2010	31.12.2010	31.12.2010		
Zinsrisiken					
Zinsswaps	10.582	29	87	–	–
Zinsoptionen					
Käufe	14	0	0	6	Sonstige Verbindlichkeiten
Zinsrisiken – insgesamt –	10.596	29	87	6	–
Währungsrisiken					
Währungsswaps/ Zinswährungsswaps	7.804	64	270	212	Sonstige Verbindlichkeiten
Caps, Floors in Fremdwährung	4	0	0	–	–
Währungsrisiken – insgesamt –	7.808	64	270	212	–
Kreditrisiken					
Kreditderivate – insgesamt –	3.072	–	233	–	–

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe beziehungsweise Long- und Short-Positionen dar. Für alle Kontrakte werden Zeitwerte und Buchwerte exklusive Stückzinsen gezeigt. Eine Verrechnung positiver und negativer Zeitwerte von Kontrakten mit der gleichen Gegenpartei wurde nicht vorgenommen. Die vorstehende Tabelle enthält auch diejenigen Derivate, die in Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB eingebracht wurden.

Alle Zeitwerte ließen sich verlässlich ermitteln. Bezüglich der angewandten Bewertungsmethoden wird auf das Kapitel „Ermittlung von Zeitwerten“ auf Seite 81 verwiesen.

6.2 Nominalvolumina der Derivate (Handelsbestand)

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe beziehungsweise Long- und Short-Positionen dar.

in Mio. €	Nominalwerte 31.12.2010
Zinsrisiken	
Zinsswaps	34.320
Zinsoptionen	171
Käufe	3
Verkäufe	168
Caps, Floors	1.184
Sonstige Zinstermingeschäfte	168
Zinsrisiken – insgesamt –	35.843
Währungsrisiken	
Devisentermingeschäfte	777
Währungsswaps/Zinswährungsswaps	4.190
Caps, Floors	185
Devisenoptionen	275
Käufe	145
Verkäufe	130
Währungsrisiken – insgesamt –	5.427
Kreditrisiken	
Kreditderivate – insgesamt –	344

6.3 Fristengliederung der Derivate (Handelsbestand)

Nominalwerte in Mio. €	Zinsrisiken	Währungsrisiken	Aktien- und sonstige Preisrisiken	Kreditderivate
	31.12.2010	31.12.2010	31.12.2010	31.12.2010
Restlaufzeiten				
Bis 3 Monate	2.122	1.075	–	–
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	4.130	1.312	–	–
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	17.408	2.628	–	24
Mehr als 5 Jahre	12.183	412	–	320
Insgesamt	35.843	5.427	–	344

6.4 Kontrahentengliederung der Derivate (Handelsbestand)

in Mio. €	Nominalwerte	Positive Zeitwerte	Negative Zeitwerte
	31.12.2010	31.12.2010	31.12.2010
Banken in der OECD	36.814	1.106	916
Öffentliche Stellen in der OECD	10	1	–
Sonstige Kontrahenten (inklusive Börsenkontrakte)	4.790	139	42
Summe	41.614	1.246	958

6.5 Angaben zu Bewertungseinheiten

Die Bremer Landesbank hat folgende Vermögensgegenstände in handelsbilanzielle Mikro-Bewertungseinheiten einbezogen (Angaben der Vermögensgegenstände in Buchwerten ohne aufgelaufene Zinsen):

in T€	Buchwerte 31.12.2010
Vermögensgegenstände	
Festverzinsliche Wertpapiere des Anlagebestandes	867.248
Schuldscheindarlehen	55.689
Gesamtsumme	922.937

Es handelt sich um 27 Mikro-Bewertungseinheiten von Wertpapieren des Anlagebestandes und 2 Mikro-Bewertungseinheiten von Schuldscheindarlehen, bei denen das Zinsrisiko durch Swaps abgesichert worden ist. Der Zeitraum der Sicherungsbeziehung besteht grundsätzlich bis zur Endfälligkeit des jeweiligen Grundgeschäftes. Die Endfälligkeiten der Grundgeschäfte liegen innerhalb des Zeitraums 2012 bis 2031. Da die Grundgeschäfte Wertpapiere des Anlagebestandes und Schuldscheindarlehen betreffen, ergeben sich aus der Absicherung keine unterlassenen Abwertungen von Vermögensgegenständen. Aufgrund der perfekten Hedge-Beziehungen wird erwartet, dass sich zinsinduziert die zukünftigen Wertänderungen in vollem Umfang ausgleichen.

7. Weitere Angaben

7.1 Offenmarktgeschäfte

Im Rahmen von Offenmarktgeschäften wurden bei der Deutschen Bundesbank Anleihen im Buchwert von 2.533,3 Mio. € (Vorjahr: 750 Mio. €) hinterlegt.

7.2 Pensionsgeschäfte

Der Buchwert der im Rahmen von echten Pensionsgeschäften in Pension gegebenen Wertpapiere und anderer Vermögensgegenstände betrug 787 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €).

7.3 Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

Als Sicherheiten für eigene Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Forderungen gegenüber Kunden in Höhe von 4.240,0 Mio. € (Vorjahr: 3.691,8 Mio. €) abgetreten.

7.4 Abschlussprüferhonorar

Im Geschäftsjahr wurde für den Abschlussprüfer folgendes Honorar erfasst:

in T€	1.1.–31.12.2010
a) Die Abschlussprüfung	966
b) Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	278
c) Steuerberatungsleistungen	–
d) Sonstige Leistungen	19

8. Deckungsrechnung

8.1 Report gemäß § 28 Pfandbriefbankgesetz (PfandBG) per 31.12.2010

8.1.1 Hypothekendarbriefe

Nominal- und Barwertdeckung für Hypothekendarbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG)

in Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert Dynamisches Verfahren Mind. +100 bp		Risikobarwert Dynamisches Verfahren Mind. -100 bp	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	658,8	624,8	667,7	650,8	642,4	632,0	694,3	670,8
Gesamtbetrag der Deckungswerte	924,2	848,7	996,6	917,7	959,5	880,2	1.035,9	958,1
Überdeckung	265,4	223,9	328,9	266,9	317,1	248,2	341,6	287,3
Überdeckung in %	40,3	35,8	49,3	41,0	49,4	39,3	49,2	42,8

Laufzeitstruktur des Deckungsregisters für Hypothekendarbriefe

(§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

in Mio. €	Hypothekendarbriefe		Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen	
	2010	2009	2010	2009
Bis zu 1 Jahr	67,0	230,0	201,5	126,2
Mehr als 1 Jahr und bis zu 2 Jahre	101,3	67,0	66,0	169,7
Mehr als 2 Jahre und bis zu 3 Jahre	40,0	101,3	121,2	41,3
Mehr als 3 Jahre und bis zu 4 Jahre	169,5	40,0	77,8	86,3
Mehr als 4 Jahre und bis zu 5 Jahre	147,0	99,5	81,3	45,5
Mehr als 5 Jahre und bis zu 10 Jahre	134,0	87,0	351,1	371,2
Mehr als 10 Jahre	0,0	0,0	25,3	8,5

Anteil Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG)

Derivate sind nicht enthalten.

Weitere Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 2 und 3 PfandBG

(§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG)

in Mio. €	Nominalwerte	
	2010	2009
Weitere Deckungswerte	25,0	30,0

Aufschlüsselung des Hypothekenregisters nach Größenklassen
(§ 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG)

Größenklassen	in Mio. €		prozentual	
	2010	2009	2010	2009
Bis zu 0,3 Mio. €	376,8	312,5	40,8	36,8
Mehr als 0,3 Mio. € bis zu 5,0 Mio. €	420,4	270,3	45,5	31,8
Mehr als 5,0 Mio. €	32,0	25,9	3,4	3,1
Sichernde Überdeckung	95,0	240,0	10,3	28,3
Gesamtsumme	924,2	848,7	100,0	100,0

Aufschlüsselung des Hypothekenregisters nach Nutzungsarten
(§ 28 Abs. 2 Nr. 1b und c PfandBG)

	in Mio. €		prozentual	
	2010	2009	2010	2009
Wohnungen	97,4	79,8	10,5	9,4
Einfamilienhäuser	216,7	177,9	23,4	21,0
Mehrfamilienhäuser	209,6	150,6	22,7	17,7
Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,6	0,3	0,1	0,0
Summe der wohnwirtschaftlich genutzten Grundstücke	524,3	408,6	56,7	48,1
Bürogebäude	33,3	31,0	3,6	3,7
Handelsgebäude	19,6	22,3	2,1	2,6
Industriegebäude	1,9	0,1	0,2	0,0
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	250,1	146,7	27,1	17,3
Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe der gewerblich genutzten Grundstücke	304,9	200,1	33,0	23,6
Summe der wohnwirtschaftlich und gewerblich genutzten Grundstücke	829,2	608,7	89,7	71,7
Sichernde Überdeckung, Liquiditätsdeckung gem. § 4 Abs. 1a PfandBG, weitere Deckung	95,0	240,0	10,3	28,3
Gesamtsumme	924,2	848,7	100,0	100,0

Sämtliche wohnwirtschaftlich beziehungsweise gewerblich genutzten Grundstücke sind in Deutschland gelegen.

Rückständige Leistungen (>90 Tage) (§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG)

Per 31.12.2010 bestanden rückständige Leistungen von 565,26 €, die älter als 90 Tage waren (31.12.2009: 565,13 €).

8.1.2 Öffentliche Pfandbriefe

Nominal- und Barwertdeckung für öffentliche Pfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG)

in Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert Dynamisches Verfahren Mind. +100 bp		Risikobarwert Dynamisches Verfahren Mind. -100 bp	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	3.336,9	3.662,6	3.511,7	3.859,9	3.335,7	3.676,3	3.706,2	4.063,2
Gesamtbetrag der Deckungswerte	4.200,5	4.333,3	4.382,0	4.512,1	4.194,3	4.345,3	4.594,0	4.700,5
Überdeckung	863,6	670,7	870,3	652,2	858,6	669,0	887,8	637,3
Überdeckung in %	25,9	18,3	24,8	16,9	25,7	18,2	24,0	15,7

Laufzeitstruktur des Deckungsregisters für öffentliche Pfandbriefe

(§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

in Mio. €	Öffentliche Pfandbriefe		Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen	
	2010	2009	2010	2009
Bis zu 1 Jahr	276,5	760,8	697,9	876,2
Mehr als 1 Jahr und bis zu 2 Jahre	401,8	276,5	377,1	489,8
Mehr als 2 Jahre und bis zu 3 Jahre	311,1	390,6	275,3	299,6
Mehr als 3 Jahre und bis zu 4 Jahre	586,6	286,6	274,3	181,5
Mehr als 4 Jahre und bis zu 5 Jahre	454,6	464,1	1.242,7	236,0
Mehr als 5 Jahre und bis zu 10 Jahre	897,0	1.118,6	755,2	1.807,0
Mehr als 10 Jahre	409,3	365,4	578,0	443,2

Anteil Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG)

Derivate sind nicht enthalten.

Weitere Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG (§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG)

in Mio. €	Nominalwerte	
	2010	2009
Weitere Deckungswerte	115,0	182,5

Aufschlüsselung des Deckungsregisters für öffentliche Pfandbriefe

(§ 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG)

in Mio. €	Staat		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige Schuldner	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Deutschland	0,0	0,0	387,5	442,1	1.819,5	2.102,1	1.943,5	1.689,1
Luxemburg	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	50,0	100,0

Rückständige Leistungen (>90 Tage) per 31.12.2010 und per 31.12.2009 bestanden keine rückständigen Leistungen, die älter als 90 Tage waren.

8.1.3 Schiffspfandbriefe

Nominal- und Barwertdeckung für Schiffspfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG)

in Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert Dynamisches Verfahren Mind. +100 bp		Risikobarwert Dynamisches Verfahren Mind. -100 bp	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	413,8	370,3	430,7	389,6	417,3	376,3	445,0	403,9
Gesamtbetrag der Deckungswerte	799,6	965,5	800,0	949,5	676,3	792,3	749,1	897,2
Überdeckung	385,8	595,2	369,3	559,9	259,0	416,0	304,1	493,3
Überdeckung in %	93,2	160,7	85,7	143,7	62,1	110,6	68,3	122,1

Laufzeitstruktur des Deckungsregisters für Schiffspfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

in Mio. €	Schiffspfandbriefe		Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen	
	2010	2009	2010	2009
Bis zu 1 Jahr	101,3	155,0	767,1	887,0
Mehr als 1 Jahr und bis zu 2 Jahre	118,0	66,3	13,1	53,8
Mehr als 2 Jahre und bis zu 3 Jahre	45,0	18,0	4,0	9,3
Mehr als 3 Jahre und bis zu 4 Jahre	50,0	42,0	4,9	3,5
Mehr als 4 Jahre und bis zu 5 Jahre	10,0	0,0	9,4	7,0
Mehr als 5 Jahre und bis zu 10 Jahre	86,5	76,0	1,1	4,9
Mehr als 10 Jahre	3,0	13,0	0,0	0,0

Anteil Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG)

Derivate sind nicht enthalten.

Weitere Deckungswerte gemäß § 26 Abs. 1 Nr. 3 und 4 PfandBG

(§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG)

in Mio. €	Nominalwerte	
	2010	2009
Weitere Deckungswerte	0,0	0,0

Aufschlüsselung des Schiffsregisters nach Größenklassen (§ 28 Abs. 4 Nr. 1a PfandBG)

Größenklassen	in Mio. €		prozentual	
	2010	2009	2010	2009
Bis zu 0,5 Mio. €	2,4	1,6	0,3	0,2
Mehr als 0,5 Mio. € bis zu 5,0 Mio. €	401,3	440,5	50,2	45,6
Mehr als 5,0 Mio. €	345,9	448,4	43,3	46,4
Sichernde Überdeckung	50,0	75,0	6,2	7,8
Summe	799,6	965,5	100,0	100,0

Verteilung der Deckungswerte nach Staaten, in denen die Schiffe und Schiffsbauwerke registriert sind (§ 28 Abs. 4 Nr. 1b PfandBG)

Staaten	Seeschiffe				Binnenschiffe				Sichernde Überdeckung			
	in Mio. €		prozentual		in Mio. €		prozentual		in Mio. €		prozentual	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Bahamas	7,3	7,4	0,9	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deutschland	591,4	746,2	74,0	77,3	0,0	0,7	0,0	0,1	50,0	75,0	6,2	7,8
Gibraltar	11,6	14,9	1,4	1,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Griechenland	23,5	11,8	2,9	1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Liberia	0,0	28,2	0,0	2,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Malta	27,3	28,3	3,4	2,9	3,5	3,8	0,4	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Marshall Islands	41,2	0,0	5,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Niederlande	18,0	29,1	2,3	3,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Panama	4,6	4,8	0,6	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Türkei	0,0	1,7	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zypern	21,2	13,6	2,7	1,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe	746,1	886,0	93,4	91,7	3,5	4,5	0,4	0,5	50,0	75,0	6,2	7,8

*) Bezogen auf den Gesamtbetrag der Deckungswerte von 799,6 Mio. € per 31.12.2010 und von 965,50 Mio. € per 31.12.2009.

Rückständige Leistungen (>90 Tage)

Per 31.12.2010 bestanden keine rückständigen Leistungen, die älter als 90 Tage waren (31.12.2009: 0 T€).

8.2 Zusätzliche Angaben zu Hypotheken- und Schiffspfandbriefen

8.2.1 Hypothekenspfandbriefe (§ 28 Abs. 2 Nr. 3a–c PfandBG)

	Gewerblich genutzte Grundstücke		Zu Wohnzwecken dienende Grundstücke	
	2010	2009	2010	2009
Zahl der per 31.12.2010 anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0,0	0,0	0,0	0,0
Zahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Zahl der Fälle, in denen die Pfandbriefbank während des Geschäftsjahres Grundstücke zur Verhütung von Verlusten an Hypotheken hat übernehmen müssen	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Hypothekenschuldnern zu entrichtenden Zinsen (in Mio. €)	0,0	0,0	0,1	0,1

8.2.2 Schiffspfandbriefe (§ 28 Abs. 4 Nr. 2a–c PfandBG)

	Seeschiffe		Binnenschiffe	
	2010	2009	2010	2009
Zahl der per 31.12.2010 anhängigen Verfahren zur Zwangsversteigerung von Schiffen oder Schiffsbauwerken	0,0	0,0	0,0	0,0
Zahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Zahl der Fälle, in denen die Pfandbriefbank während des Geschäftsjahres Schiffe oder Schiffsbauwerke zur Verhütung von Verlusten an Schiffshypotheken hat übernehmen müssen	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Darlehensschuldern zu entrichtenden Zinsen (in Mio. €)	0,0	0,0	0,0	0,0

8.3 Deckungsrechnung Altbestand

Der Altbestand des Pfandbriefumlaufs wurde gemäß § 51 PfandBG gekapselt und wird getrennt im bisherigen Deckungsregister nach den bis zum Inkrafttreten des Pfandbriefgesetzes geltenden Vorschriften weitergeführt.

Hypothekenkreditgeschäft

T€		Summe
Deckungspflichtige Verbindlichkeiten		
Pfandbriefe		
Inhaberschuldverschreibungen	194.173	
Namenschuldverschreibungen	<u>205.653</u>	<u>399.826</u>
Deckungswerte		
Forderungen an Kreditinstitute	–	–
Forderungen an Kunden	477.966	
Wertpapiere öffentlicher Emittenten	<u>17.500</u>	<u>495.466</u>
Deckungsüberhang		95.640

Kommunalkreditgeschäft

T€		Summe
Deckungspflichtige Verbindlichkeiten		
Pfandbriefe		
Inhaberschuldverschreibungen	307.280	
Namenschuldverschreibungen	<u>2.610.007</u>	<u>2.917.287</u>
Deckungswerte		
Forderungen an Kreditinstitute	1.107.825	
Forderungen an Kunden	1.833.844	
Wertpapiere öffentlicher Emittenten	<u>330.000</u>	<u>3.271.669</u>
Deckungsüberhang		354.382

9. Anteilsbesitz

Die nachstehende Aufstellung enthält den Anteilsbesitz der Bremer Landesbank gemäß §§ 285 Nr. 11 und 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB. Erfasst wurde der jeweils letzte festgestellte Jahresabschluss der Gesellschaften.

lfd Nr.	Name und Sitz des Unternehmens	Anteile am Kapital in %	Eigenkapital ¹⁾ in T€	Ergebnis in T€
1	Ammerländer-Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede	32,26	27.493	1.117
2	BGG Oldenburg GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	7.715 ⁴⁾	919 ⁴⁾
3	BGG Bremen GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	1.918 ⁴⁾	165 ⁴⁾
4	BLB I Beteiligungs-GmbH, Bremen	100,00	43 ⁴⁾	21 ⁴⁾
5	BLB Immobilien GmbH, Bremen	100,00	44.695 ⁴⁾	0 ²⁾⁴⁾
6	BLB Leasing GmbH, Oldenburg	100,00	511	0 ²⁾
7	BREBAU GmbH, Bremen	48,84	63.392	4.563
8	BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT – Aktiengesellschaft von 1877 –, Bremen	12,61	15.704	920
9	Bremer Spielcasino GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Bremen	49,00	– ³⁾	– ³⁾
10	Bremer Toto und Lotto GmbH, Bremen	33,33	4.283	181
11	Bremische Grundstücks-GmbH, Bremen	100,00	57.433 ⁴⁾	7.761 ⁴⁾
12	Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG Präsident-Kennedy-Platz, Bremen	100,00	4.200 ⁴⁾	820 ⁴⁾
13	Bremische Grundstücks-GmbH & Co. Wohnanlagen Groß-Bonn, Bremen	100,00	100 ⁴⁾	85 ⁴⁾
14	Deutsch-Indonesische Tabak-Handelsgesellschaft mbH, Bremen	24,53	157	2
15	GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen	7,75	288.612	34.055
16	GeWoBau – Gesellschaft für Wohnungsbau – Vechta GmbH, Vechta	20,46	9.111	515
17	Grundstücksgemeinschaft Escherweg 5 GbR, Bremen	50,00	–1.182 ⁴⁾	–384 ⁴⁾
18	Grundstücksgemeinschaft Escherweg 8 GbR, Bremen	50,00	90 ⁴⁾	–283 ⁴⁾
19	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg	22,22	60.132	3.307
20	Interessengemeinschaft KATHARINENKLOSTERHOF GbR, Bremen	30,70	770	–64
21	NORDWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	7.835 ⁴⁾	4.179 ⁴⁾
22	Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,00	5.710	360
23	Schiffsbetriebs-Gesellschaft Bremen mbH, Bremen	100,00	1.070	11
24	Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH, Bremen	100,00	37.485	1.849
25	WLO Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Oldenburg mbH, Wildeshausen	23,84	41	0
26	Wohnungsbaugesellschaft Wesermarsch mbH, Brake	21,71	22.704	198

Anmerkungen:

¹⁾ Eigenkapitalbegriff entsprechend §§ 266 und 272 HGB.

²⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisübernahmevertrag.

³⁾ Die Angaben unterbleiben nach § 286 Abs. 3 Satz 2 HGB.

⁴⁾ Die Angaben beziehen sich auf den vorgelegten, aber noch nicht festgestellten Jahresabschluss 2010.

10. Angaben zu Investmentvermögen

Die nachstehende Aufstellung enthält die Investmentanteile gemäß § 285 Nr. 26 HGB.

Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds, Frankfurt am Main	in T€	
	2010	2009
Ausschüttung	510	984
Marktwert	16.721	23.947
Buchwert	16.721	23.947
Unterlassene Abschreibungen	–	–

Der Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds kann in Vermögensgegenständen gemäß §§ 47 bis 52 InvG investieren. Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe liegen nicht vor.

IV. Organe der Bremer Landesbank

1. Mitglieder des Vorstandes

Dr. Stephan-Andreas Kaulvers

(Vorsitzender)

Unternehmensbereich Banksteuerung:

Gesamtbanksteuerung

Kommunikation und Marketing

Personalmanagement

Revision

Stabsbereich Vorstand

Heinrich Engelken

(Stellv. Vorsitzender)

Unternehmensbereich Risikosteuerung:

Compliance

Geldwäscheprävention

Marktfolge Finanzierungen

Organisation/Informatik

Risikocontrolling

Unternehmensservice

Dr. Guido Brune

Unternehmensbereich Vertrieb:

Geschäftsfeld Financial Markets

Geschäftsfeld Firmenkunden

Geschäftsfeld Privatkunden

Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen

BLB Immobilien GmbH

BLB Leasing GmbH

Eckhard Fiene

(Mit Wirkung zum 26.6.2010 aus dem Vorstand

ausgeschieden; bis dahin Zuständigkeit für

folgende Teile des Unternehmensbereiches

Vertrieb:

Geschäftsfeld Financial Markets

Geschäftsfeld Privatkunden)

2. Mitglieder des Aufsichtsrates

Karoline Linnert

(Vorsitzende)
Bürgermeisterin
Die Senatorin für Finanzen der Freien
Hansestadt Bremen

Thomas Mang

(Bis 31.12.2010 stellv. Vorsitzender)
Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen

Hartmut Möllring

(Ab 1.1.2011 stellv. Vorsitzender)
Niedersächsischer Minister der Finanzen

Hermann Bröring

Landrat des Landkreises Emsland,
Meppen

Dr. Claas Brons

Geschäftsführer der Firma Y. & B. Brons,
Emden

Dr. Wolfgang Däubler, Prof. i. R.

Deutsches und Europäisches Arbeitsrecht,
Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht
Universität Bremen

Annette Düring

Vorsitzende DGB Region
Bremen/Elbe-Weser

Dr. Gunter Dunkel

Vorsitzender des Vorstandes der
NORD/LB Norddeutsche Landesbank
Girozentrale

Heinz Feldmann

Vorsitzender des Vorstandes der
Sparkasse LeerWittmund

Lars-Peer Finke

Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Martin Grapentin

Vorsitzender des Vorstandes der
Landessparkasse zu Oldenburg

Elke Heinig

Bankkauffrau
Bremer Landesbank

Cora Hermenau

Staatssekretärin des
Niedersächsischen Finanzministeriums

Andreas Klarmann

Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Dr. Johannes-Jörg Riegler

Mitglied des Vorstandes der
NORD/LB Norddeutsche Landesbank
Girozentrale

Jürgen Scheller

Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Lutz Stratmann

Rechtsanwalt
Oldenburg

Doris Wesjohann

Vorstandsmitglied der
Lohmann & Co. AG,
Visbek

3. Mandate gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Zum 31.12.2010 wurden folgende Mandate gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB von Angehörigen des Konzerns Bremer Landesbank wahrgenommen. Dabei wurden Kreditinstitute großen Kapitalgesellschaften gleichgestellt.

Vorstandsmitglieder der Bremer Landesbank Gesellschaft/Firma	
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers	NORD Holding Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Hannover DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT – Aktiengesellschaft von 1877 –, Bremen GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg Norddeutsche Landesbank Luxembourg S.A., Luxemburg (bis 31.12.2010) LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Hannover
Heinrich Engelken	BREBAU GmbH, Bremen GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg
Dr. Guido Brune	BREBAU GmbH, Bremen DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
Mitarbeiter der Bremer Landesbank	
Mathias Barghoorn	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg
Harald Groppe	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg

4. Mutterunternehmen

Die Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover/Braunschweig/Magdeburg, stellt als Mutterunternehmen der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – einen Konzernabschluss für den größten Kreis auf, in den der Jahresabschluss der Bank einbezogen ist. Daneben erstellt die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – einen eigenen Konzernabschluss. Die Konzernabschlüsse werden bei dem elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Bremen, den 15. März 2011

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – Vorstand



Dr. Stephan-Andreas Kaulvers



Heinrich Engelken



Dr. Guido Brune

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.“

Bremen, den 15. März 2011

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – Vorstand



Dr. Stephan-Andreas Kaulvers



Heinrich Engelken



Dr. Guido Brune

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Hamburg, den 18. März 2011

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Frank Bühring
Wirtschaftsprüfer


Lutz Meyer
Wirtschaftsprüfer

Erläuterung der Bremer Landesbank zum Corporate Governance Kodex

Erläuterung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Der Deutsche Corporate Governance Kodex wurde im Jahre 2002 durch eine von der Bundesministerin für Justiz eingesetzten Regierungskommission verabschiedet. Die derzeit gültige Fassung datiert vom 26. Mai 2010. Der Kodex verfolgt das Ziel, die in Deutschland geltenden Regeln für die Unternehmensleitung und deren Kontrolle transparent zu machen. Er enthält national und international anerkannte Standards guter und vertrauensvoller Unternehmensführung, insbesondere hinsichtlich der Leitung und Organisation eines Unternehmens, zu Kontrollmechanismen sowie zur Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat.

Der Corporate Governance Kodex ist auf börsennotierte Unternehmen ausgerichtet und somit für Kreditinstitute in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts rechtlich nicht verpflichtend. Der Bremer Landesbank und ihrem Vorstand ist es jedoch ein wichtiges Anliegen, sich als verlässlicher Partner zu positionieren und das Vertrauen der Anleger, der Kunden, der Mitarbeiter und der Öffentlichkeit durch Transparenz zu fördern. Aus diesem Grund hat sich die Bank dazu entschieden, sich im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung an den Grundsätzen des Kodex zu orientieren, soweit dies im Rahmen der gegebenen Rechtsform und der Trägerstruktur möglich und angemessen ist, und ihr Corporate Governance System offenzulegen.

Allgemeines

Die Bremer Landesbank ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt. Die Bremer Landesbank hat ihren Sitz in Bremen. Sie unterhält Niederlassungen in Bremen und Oldenburg.

Die Organe der Bank sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Trägerversammlung. Während der Vorstand die Geschäfte der Bank führt, ist es Aufgabe des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse (Allgemeiner Arbeits- und Kreditausschuss, Prüfungsausschuss und Förderausschuss), den Vorstand zu bestellen, zu beraten und zu überwachen. Der Trägerversammlung obliegen insbesondere Entscheidungen von Grundsatzfragen.

Vorstand

Der Vorstand führt die Geschäfte der Bank unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzung der Bank und der vom Aufsichtsrat und der Trägerversammlung beschlossenen Richtlinien und Grundsätze für die Geschäfte der Bank sowie seiner Geschäftsordnung in eigener Verantwortung. Er ist dabei an das Interesse der Bank gebunden und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet.

Der Vorstand hat insbesondere dafür Sorge zu tragen, wirksame Risikomanagementsysteme einzurichten, um Entwicklungen, die den Fortbestand der Bank gefährden könnten, früh zu erkennen. Das Risikomanagement muss dabei den jeweiligen aufsichtsrechtlichen Anforderungen des KWG sowie der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht entsprechen. Ferner muss

das Risikomanagement der Bank in das von der Trägerin NORD/LB Girozentrale als übergeordnetem Kreditinstitut einzurichtende jeweilige gruppenübergreifende Risikomanagement- und Kreditrisikoüberwachungssystem überleitbar sein.

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, falls dieser bestellt ist, und weiteren ordentlichen oder stellvertretenden Mitgliedern. Der Vorstandsvorsitzende regelt die Geschäftsverteilung im Einvernehmen mit den übrigen Mitgliedern des Vorstandes. Der Aufsichtsrat ist über die Geschäftsverteilung zu unterrichten. Jedem Vorstandsmitglied ist mindestens ein abgegrenzter Geschäftsbereich zuzuweisen, in dem es über Angelegenheiten des laufenden Geschäftes innerhalb der festgelegten Kompetenzen selbstständig entscheidet und einzelne seiner Entscheidungsbefugnisse an Angestellte delegieren kann. Zugleich ist ein Vorstandsmitglied als Vertreter zu bestellen. Der Vorstand kann für bestimmte Geschäfte seine Entscheidungsbefugnisse auf ein Vorstandsmitglied übertragen oder für diesen Fall die Beteiligung eines weiteren Vorstandsmitgliedes, in der Regel des Vertreters, vorsehen.

Der Vorstand tritt regelmäßig einmal wöchentlich zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Der Vorstandsvorsitzende kann Sondersitzungen anberaumen; er ist dazu verpflichtet, wenn ein Vorstandsmitglied dies unter Angabe der Gründe verlangt. Die Sitzungen werden protokolliert, soweit der Vorstand dies im Interesse einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung für erforderlich hält.

Der Vorstand erörtert die strategische Ausrichtung der Bank mit dem Aufsichtsrat und dessen Ausschüssen und berichtet ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung. Er berichtet zudem auf der Grundlage im Einzelnen festgelegter Informations- und Berichtspflichten regelmäßig über wesentliche Angelegenheiten der Bank, insbesondere über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, die Rentabilität der Bank und insbesondere des Eigenkapitals, den Geschäftsgang, die Lage der Bank, über Geschäfte, die für die Rentabilität und die Liquidität der Bank sowie ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von erheblicher Bedeutung sein können, sowie über die Risikosituation der Bank und ihre Vergütungssysteme. Darüber hinaus berichtet der Vorstand dem Aufsichtsrat – insbesondere unter Risikogesichtspunkten – unverzüglich aus wichtigem Anlass, wenn dies für die Lage der Bank von besonderer Bedeutung ist und bindet ihn bei grundlegenden Entscheidungen entsprechend ein.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird vom Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss des Aufsichtsrates festgelegt. Die Bezüge umfassen feste und variable Bestandteile und werden regelmäßig überprüft.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Vorstand zu beraten und dessen Geschäftsführung zu überwachen. Er beschließt über die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes, die allgemeinen Richtlinien für die Geschäfte der Bank, den Vorschlag zur Unternehmensplanung an die Trägerversammlung, die Geschäftsordnung für den Vorstand, die Grundsätze für die Anstellungsverhältnisse der Angestellten, die Bestimmung und Beauftragung des Abschlussprüfers, die Feststellung des Jahresabschlusses, den Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen im Sinne des § 271 HGB sowie die Errichtung und Auflösung von Niederlassungen und Filialen. Der Aufsichtsrat kann beschließen, dass weitere Geschäfte und Maßnahmen, die für die Bank von besonderer Bedeutung sind, seiner Zustimmung bedürfen.

Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern, von denen zwölf Vertreter der Träger und sechs Vertreter der Arbeitnehmer sind, die nach den Vorschriften des Bremischen Personalvertretungsgesetzes von der Belegschaft der Bank unmittelbar gewählt werden. Die Amtszeit beträgt vier Jahre. Den Vorsitz des Aufsichtsrates führt der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen. Den stellvertretenden Vorsitz führen jeweils im Wechsel von zwei Jahren der Niedersächsische Finanzminister und der Verbandsvorsteher des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Zur Unterstützung des Aufsichtsrates wurden der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss, der Prüfungsausschuss und der Förderausschuss gebildet.

Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss besteht aus acht Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Vorstandes der NORD/LB Norddeutsche Landesbank Girozentrale. Dem Ausschuss gehören ferner drei Mitglieder für die NORD/LB Norddeutsche Landesbank Girozentrale, der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen und drei Arbeitnehmervertreter an. Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss hat in regelmäßig stattfindenden Sitzungen insbesondere den Vorstand in der laufenden Geschäftsführung nach den Weisungen des Aufsichtsrates zu überwachen und die Sitzungen des Aufsichtsrates vorzubereiten. Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss ist auch zuständig für die Festsetzung der Anstellungsbedingungen für den Vorstand.

Der Prüfungsausschuss besteht aus drei bis fünf Mitgliedern, und zwar mindestens aus je einem Vertreter der Träger sowie einem dem Aufsichtsrat angehörenden Beschäftigten der Bank, der auf Vorschlag der Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat von diesem gewählt wird, und gegebenenfalls bis zu zwei weiteren vom Aufsichtsrat zu wählenden Mitgliedern. Mindestens ein Mitglied des Prüfungsausschusses muss unabhängig sein und über Sachverstand auf den Gebieten der Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Der Prüfungsausschuss berichtet dem Aufsichtsrat auf der Grundlage der Berichte der Abschlussprüfer über das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses. Dem Prüfungsausschuss obliegen außerdem die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses und der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems, des Internen Revisionssystems und des Risikomanagementsystems, die Überwachung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses, die Überprüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der von diesem für die Bank erbrachten zusätzlichen Leistungen.

Dem Förderausschuss gehören der Vorsitzende des Aufsichtsrates, ein vom Aufsichtsrat aus seiner Mitte zu wählendes Mitglied aus dem Geschäftsgebiet der Bank sowie ein vom Vorsitzenden des Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschusses zu benennendes Mitglied an. Er berät den Vorstand in dem diesem von der Trägerversammlung zugewiesenen Rahmen über die Fördertätigkeit der Bank durch Spenden und Sponsoring.

Trägerversammlung

Träger der Bremer Landesbank sind zu 92,5% die NORD/LB Norddeutsche Landesbank Girozentrale und zu 7,5% das Land Bremen. Jeder Träger kann bis zu drei Vertreter in die Trägerversammlung entsenden. Das Stimmrecht richtet sich nach den Kapitalanteilen der Träger. Die Vertreter jedes Trägers können ihre Stimme nur einheitlich abgeben.

Die Trägerversammlung entscheidet über die allgemeinen Grundsätze der Geschäftspolitik, die Änderung der Satzung, die Festsetzung und Änderung des Stammkapitals, die Änderung des Beteiligungsverhältnisses, die Aufnahme sowie die Festsetzung der Höhe und der Bedingungen sonstigen haftenden Eigenkapitals, den Abschluss, die Änderung und die Aufhebung von Gewinnabführungs- und Beherrschungsverträgen, die Entlastung des Vorstandes, die Zustimmung zur Errichtung von Niederlassungen und Filialen, die Unternehmensplanung für das jeweils folgende Geschäftsjahr und die Mehrjahresplanung, die Festsetzung der Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates, der Ausschüsse und Beiräte sowie über alle sonstigen Angelegenheiten, die ihr in der Satzung zugewiesen sind.

Interessenkonflikte

Die Vorstandsmitglieder unterliegen während ihrer Tätigkeit für die Bank einem umfassenden Wettbewerbsverbot.

Es ist die Aufgabe der Aufsichtsratsmitglieder, den Vorstand zu beraten und zu überwachen. Die Aufsichtsratsmitglieder sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

Organmitglieder und Mitarbeiter dürfen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder für sich noch für andere Personen von Dritten Zuwendungen oder sonstige Vorteile fordern oder annehmen oder Dritten ungerechtfertigte Vorteile gewähren. Ferner darf kein Organmitglied bei seinen Entscheidungen persönliche Interessen verfolgen und Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Mögliche Interessenkonflikte sind dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offenzulegen.

Alle Geschäfte zwischen dem Unternehmen einerseits und dem Vorstand und dem Aufsichtsrat sowie dessen Ausschüssen sowie ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmungen andererseits haben branchenüblichen Standards zu entsprechen.

Die Übernahme von Nebentätigkeiten durch Vorstandsmitglieder, insbesondere der Eintritt in Organe oder Beiräte anderer Unternehmen, bedarf der Einwilligung des Gesamtvorstandes. Dieser unterrichtet den Aufsichtsrat regelmäßig über die Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder.

Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge eines Aufsichtsratsmitgliedes mit der Bank bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrates.

Die Vorstandsmitglieder haben bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden. Verletzen die Vorstandsmitglieder ihre Pflichten, sind sie der Bank zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Für die Sorgfaltspflicht und die Verantwortlichkeit der Mitglieder des Aufsichtsrates gilt dies entsprechend.

Impressum

Herausgeber

Bremer Landesbank
Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –

Konzept, Text, Gestaltung

Bremer Landesbank
Gestalt und Form, Bremen

Stand: Mai 2011